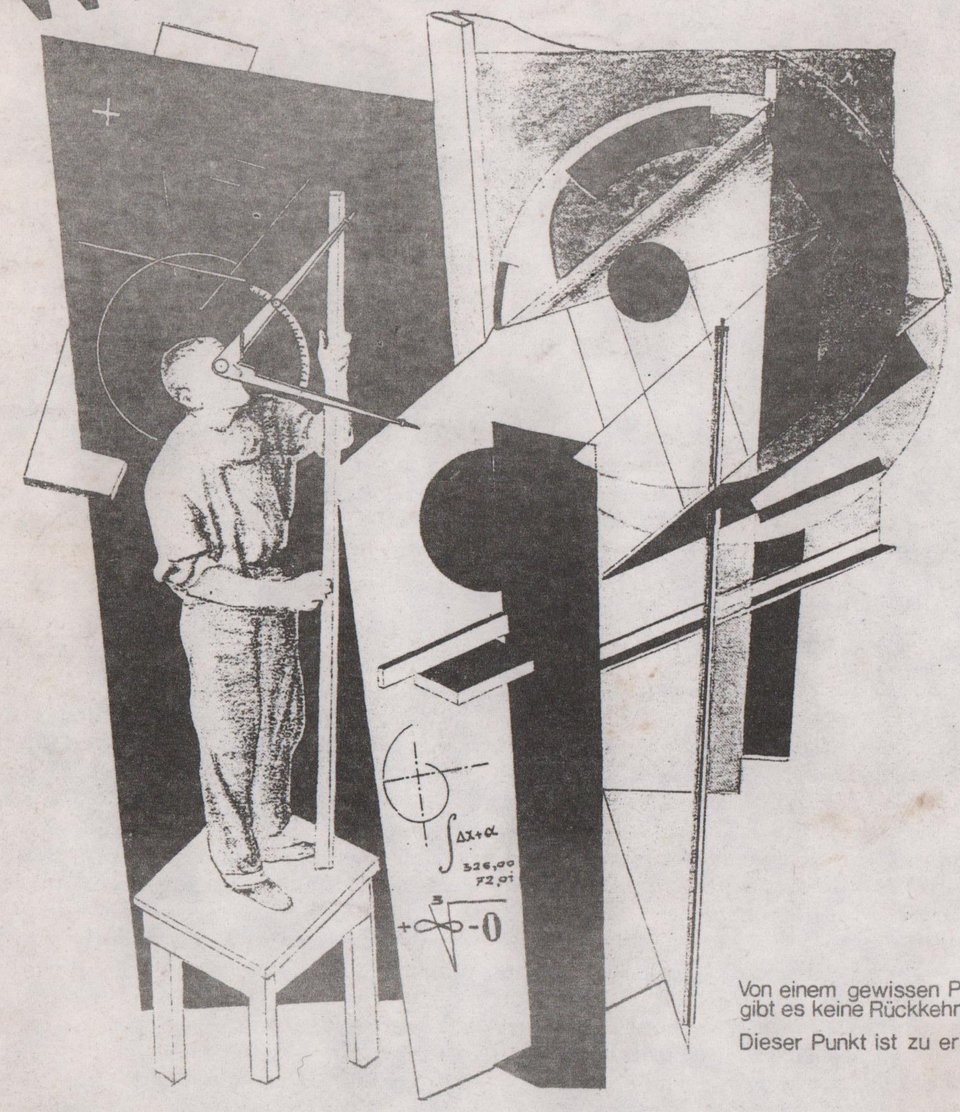
Arch W 3453

Brief aus Sheffield zum Buch "Zehn Tage, die England veränderten"

Meine Meinung zum Buch "Zehn Tage..." ist etwas zwiespältig. Als allgemeine Beschreibung des modernen Englands und seiner Machtverhältnisse als Hintergrund zu den Riots finde ich es weitgehend in Ordnung. Das ziemlich eindeutige Lob einiger Gruppen, vor allem der Skins und deren nihilistischer Tendenzen, empfand ich als naiv und gefährlich. Durch persönliche Erfahrung weiß ich ganz genau, daß viele der Skinheads, die an der "Schlacht von Orgrave" '84 (Randale gegen die Bullen) teilgenommen haben, oft genau die sind, die nachts nach Schwarzen jagen, um sie zusammenzuprügeln.
Die Verfasser halten das Problem Rassismus für eine Ablenkung vom Klassenkrieg; aber was meinen sie mit "Klassenkrieg"? Meinen sie damit jede Auseinandersetzung mit den Bullen? Jede Gewaltform, egal, woher sie kommt?
Im Buch gibt es einen Haufen Kritik an Sozialisten und Anarchisten, besonders gegen gewisse Individuen, die scheinbar noch schlimmer sind als die Herrschenden. Natürlich müssen wir uns gegen die Versuche einer Avantgarde wehren, die Initiative bei Protestaktionen zu übernehmen. Das heißt aber nicht, daß es überall richtugnslos zugehen muß.
Die härtesten Riots (als z. B. ein Bulle in Tottenham umgebracht wurde) waren Reaktionen auf spezifische Zwischenfälle bzw. Angriffe (die Erschießung einer Frau durch die Bullen). In sich selbst aber sind die Riots längst keine vorrevolutionären Aktionen.
"Die Befreiung der Rioters kann nur die militante Sache der Rioters selbst sein", steht am Schluß - was heißt aber diese Wiederverarbeitung der alten Parolen?
Sind Riots als Taktik realistisch? Überhaupt nicht, wenn man die Hi-Tech-Ausrüstung der Sicherheitskräfte ansieht. Kurz, die Verfasser überschätzen das revolutionäre Potential der Riots.
"Großbritannien stolpert kopfüber in Richtung soziale Revolution." Ich glaube nicht; da machen die Verfasser den wesentlichen Fehler, die eigene Propaganda zu glauben.
Wie gesagt, fand ich die Analyse der gesellschaftlichen Lage interessanter und wertvoller als die sektiererische Hexenjagd gegen alle, die sowas wie "Ideen" oder politische Richtung haben.



WILDCAT »INFO«



Von einem gewissen Punkt an gibt es keine Rückkehr mehr.

Dieser Punkt ist zu erreichen.

INFO Nr. 21
Mai 1988

Liebe GenossInnen,

wir müssen wohl nochmal darauf hinweisen, daß in den Monaten, in denen eine wildcat erscheint, kein Info herauskommt! Deshalb gab's nämlich im April keines.

Zu der Postanschrift vom Info wäre noch zu sagen, daß es nicht mehr reicht, einfach nur das Postfach anzugeben: die Post will den Namen, auf den das Postfach läuft! Also in Zukunft die Post mit dem Zusatz **c/o J. Kuri** an dieselbe Anschrift - die richtige Postadresse ist also:

INFO

c/o J. Kuri
Postfach 35 31
3300 Braunschweig

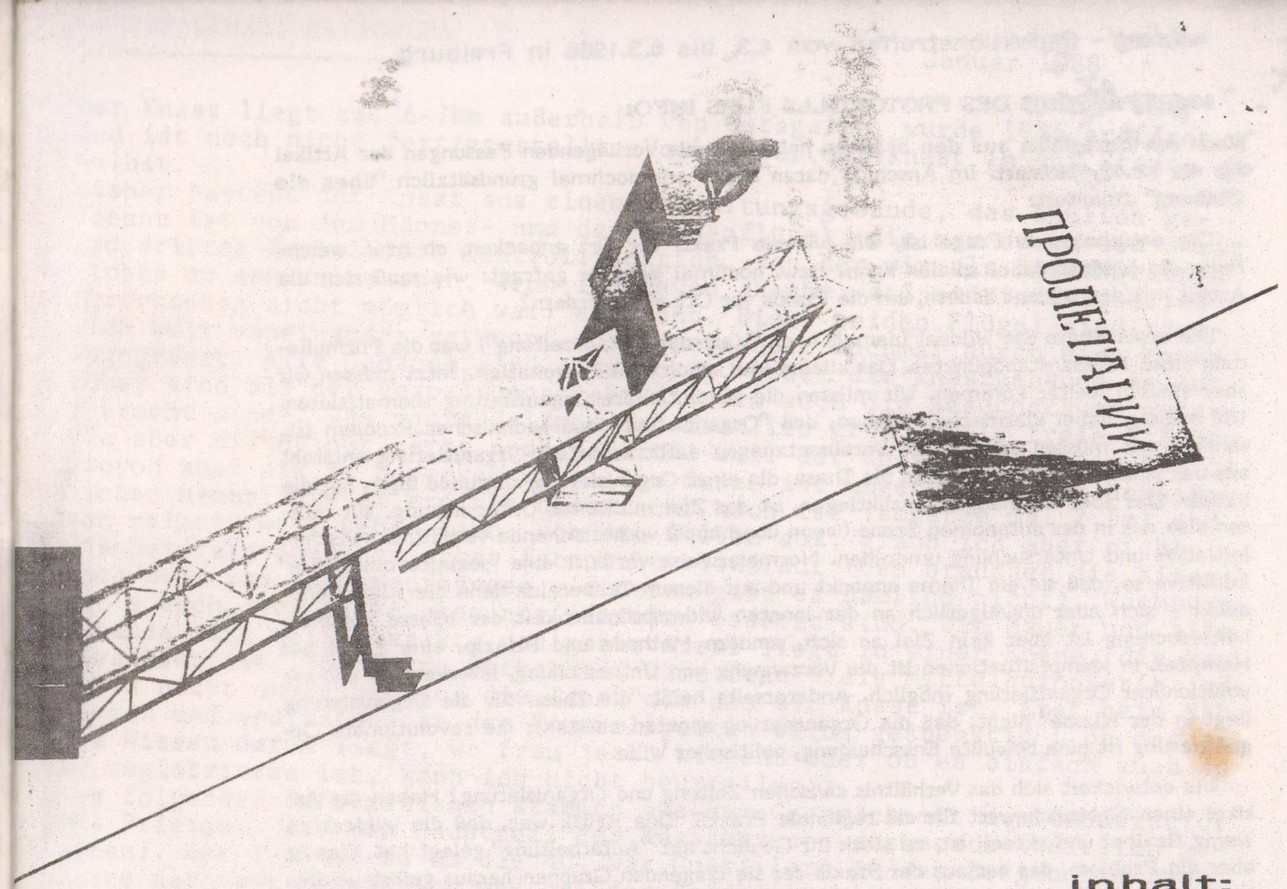
Zur Vorsicht auch nochmal die Bankverbindung:

J. Kuri
Dresdner Bank Braunschweig
Konto-Nummer 1 263 882 01
Bankleitzahl 270 800 60

Ein paar kurze Anmerkungen zum Inhalt:
Die beiden Texte auf Seite 16 und 17 (*Golf-Krieg oder Klassenkrieg? / Anti-Terrorismus*) haben wir aus England zugeschickt bekommen, mit der Bitte, sie trotz des schlechten Deutsch abzudrucken. Haben wir gemacht, obwohl wir damit eigentlich nicht so besonders viel anfangen können. Ein Diskussionsbeitrag zu summers ist sogar mal eingegangen: eine Genosse aus Sheffield hat geschrieben, und er benennt in aller Kürze einige reale Schwachpunkte des Textes. Zum Rest brauchen wir wohl nichts zu sagen, die Sachen sprechen für sich selbst. Es sind aber wieder einige Flugblätter bei uns eingegangen, die wir nicht abdrucken: wir sind nicht der überregionale autonome Info-Laden! Es geht uns ja mit dem Info um eine Diskussion unter den LeserInnen der wildcat, um Militante Untersuchung, Klassenzusammensetzung, Organisierung der Revolutionäre und der Arbeiterklasse. Nicht um autonome Wahllosigkeit mit Schwerpunkt "Betriebsarbeit". Deswegen werden wir auch in Zukunft die Aufrufe zur nächsten Antifa-Demo in Hintertupfingen oder den Erlebnisbericht von der letzten Mastbesetzung nicht abdrucken. Andererseits gehören zu dieser Diskussion auch die Flugblätter, die mann oder frau im Betrieb verteilt, oder die Diskussionen um Organisierung und revolutionäre Perspektive in der Scene - das müssen wir halt jedesmal auf's neue sehen, was letztendlich reinkommt.

So weit -
kommunistische Grüße

Ach, übrigens: das Bild auf dem Titelblatt ist - wie könnte es anders ein? - von Lissitzky und heißt *Tatlin bei der Arbeit am Monument der 3. Internationale*, der Spruch ist von Franz Kafka (!?).



inhalt:

Protokoll vom wildcat - Redaktionstreffen ..... Seite 4

Thesenpapier einer Arbeitsgruppe aus dem IWF-Frauenplenum ..... Seite 6

Redebeitrag zur Frauendemo am 8. März ..... Seite 11

Golf-Krieg oder Klassenkrieg? ..... Seite 16

Anti-Terrorismus ..... Seite 17

Post-Protokoll (mit Zusätzen) ..... Seite 18

Zusammenfassung von: Lenin, Was Tun ..... Seite 32

Auszüge aus: Alexandra Kollontai, Ich habe viele Leben gelebt ..... Seite 48

Auszüge aus: Alix Holt, Die Bolschewiki und die Frauenunterdrückung ..... Seite 53

Rheinhausen-Visite am 14. März 1988 ..... Seite 57

Regionalknast Matagalpa (Nicaragua) ..... Seite 61

Brief aus Sheffield ..... Seite 64

KURZFASSUNG DES PROTOKOLLS FÜRS INFO:

Nach den Berichten aus den Städten haben wir die vorliegenden Fassungen der Artikel für die Nr.45 kritisiert. Im Anschluß daran haben wir nochmal grundsätzlich "über die Zeitung" diskutiert:

Die entscheidende Frage ist, wie wir die Praxis vor Ort anpacken, ob bzw. welche Rolle die Wildcat dabei spielen kann. Bzw. nochmal genauer gefragt: wie muß sich die Arbeit mit der Wildcat ändern, um die Praxis vor Ort zu befördern?

Die erste Phase der Wildcat (damals noch "Karlsruher Stadtzeitung") war die Formulierung eines Klassenstandpunktes. Das alleine war schon eine Provokation. Jetzt müssen wir aber endlich weiter kommen. Wir müssen die revolutionäre Organisierung thematisieren. Wir müssen dabei klarmachen können, daß "Organisation" kein technisches Problem ist, sondern wir müssen erstmal die Voraussetzungen dafür schaffen: Organisierung entsteht aus der Analyse der Verhältnsse; die These, die einer Organisierung zugrunde liegt, hat die Klasse. Das aber überhaupt rauszukriegen, ist das Ziel militanter Untersuchung. Wir müssen also das in der autonomen Szene (wenn überhaupt) vorherrschende Verhältnis zwischen Initiative und Untersuchung umdrehen. Normalerweise verläuft eine "sozialrevolutionäre" Initiative so, daß sie ein Thema anpackt und auf diesem Teilbereich dann die Klasse entdeckt - sich aber unweigerlich an der inneren Widersprüchlichkeit der Klasse zersetzt. Untersuchung ist aber kein Ziel an sich, sondern Methode und Prinzip, eine Frage des Kampfes. In Kampfsituationen ist die Verzahnung von Untersuchung, Intervention und revolutionärer Organisierung möglich. Andererseits heißt "die These für die Organisierung liegt in der Klasse" nicht, daß die Organisierung spontan entsteht; die revolutionäre Organisierung ist eine bewußte Entscheidung, politischer Wille.

Wie entwickelt sich das Verhältnis zwischen Zeitung und Organisierung? Haben die Artikel einen Gebrauchswert für die regionale Praxis? Eine Kritik war, daß die Wildcat zu wenig flexibel und aktuell ist, zu stark ihr Gewicht auf "Aufarbeitung" gelegt hat. Das ist aber ein Problem, das nur aus der Praxis der sie tragenden Gruppen heraus gelöst werden kann, nicht als "redaktioneller Beschluß". Es hatte in den letzten drei Jahren seine historische Berechtigung, die Kontinuität der Zeitungsarbeit zu garantieren. Jetzt müssen wir aber auch hier weiterkommen. Es muß klarer werden, auf was und auf wen hin wir die Zeitung machen, wir müssen die einzelnen Hefte mehr zuspitzen, die Verbindung zur Praxis muß deutlicher heraustreten. Wir müssen auch wieder in erster Person reden (anstatt der abstrakten "Ableitungen").

Ein Instrument dazu könnten die Editorials werden. Sie sollten den politischen Rahmen und Zusammenhang herstellen. Auf den Redaktionstreffen sollte also auch die Diskussion um die Editorials im Mittelpunkt stehen und nicht die Diskussiond er Einzelartikel. Das wäre ein Weg, den Zusammenhang zwischen Einzelausarbeitungen und kollektiver politischer Diskussion wieder auf die Füße zu stellen.

Ganz wichtig ist uns der Versuch, die Diskussion und Herstellung der Wildcat wieder kollektiv zu organisieren. Wahrscheinlich wird die Nr.46 so erstellt werden. Ihren Schwerpunkt wird sie in der Diskussion über den Sozialstaat haben. Auf mehreren Ebenen:

- Keynesianismus, Monetarismus gescheitert?
- Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit, Sozialversicherungsausweis
- europäischer Sozialstaat: 1992
- Kostendämpfung usw.
- Steuerreform
- Europäisierung der Gewerkschaften und Klassenkämpfe
- Beispiel Wohngeld

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird es in den nächsten Monaten sein, in der Analyse der inneren Struktur der Klasse in Westeuropa weiterzukommen. Wir haben jede Menge Artikel über Kämpfe in Westeuropa übersetzt und nachgedruckt. Im nächsten Schritt müssen wir stärker als bisher eine Kommunikation zwischen den Kämpfen hinkriegen.

Technisch müssen wir die Kohleprobleme in den Griff kriegen: Seitenzahlen begrenzen und vielleicht noch stärker den Vertrieb über Weiterverkäufer organisieren (ideal wäre es, wenn in jeder Stadt/Region jemand den Vertrieb insgesamt übernimmt, Handverkauf, Büchertische, Buchläden ....); vielleicht können wir auch die Druckkosten noch etwas senken.

Das TheKla soll in Zukunft auch stärker mit eigenen Sachen gefüllt werden und regelmäßiger erscheinen (also öfter TheKla anstatt x verschiedene Dokus, Broschüren oder so) - das nächste (Zerowork) wird allerdings nochmal ausschließlich "fremde" Sachen bringen.

Diskussion über das Lenin-Papier:

Die Thesen im Info sind noch nicht geordnet; es ist überhaupt ein Problem, "Lenin über Negri" zu diskutieren, weil Negri die Sachen immer so dreht, wie sie ihm aktuell ins Konzept passen. Das ganze soll also in unseren Diskussion kritisiert und weiterentwickelt werden und dann überarbeitet und im Zusammenhang mit den Aufarbeitungen zum Linkskommunismus, den Wobblies usw. als TheKla erscheinen.

Die zentrale Fragestellung ist: welche Beziehung stellt Lenin zwischen Klassenzusammensetzung und revolutionärer Organisation her?

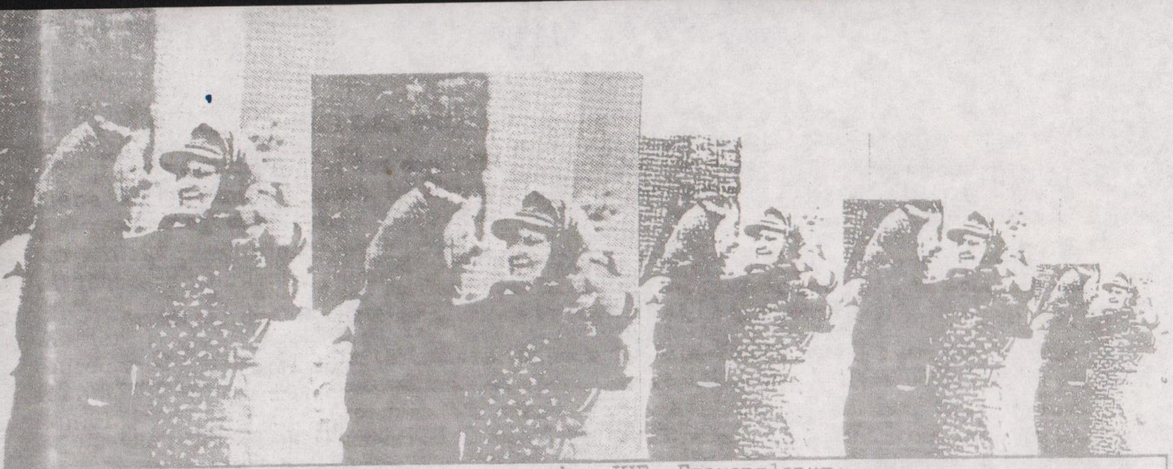
Wichtig ist erstmal Lenins Vorgehen: in einer ersten Phase analysiert er die "Entwicklung des russischen Kapitalismus"; er "entdeckt" die spontanen Klassenkämpfe (stellt allererste Beziehungen zur Klasse her, indem er sich vor die Fabriktore stellt und Flugblätter verteilt). In einer zweiten Phase analysiert er, warum der Aufstand von 1905 gescheitert ist. In einer dritten Phase bereitet er den Aufstand vor. (Natürlich ist das eine Verkürzung; Negri verlegt die "dritte Phase" ins Schweizer Exil: Ausarbeitungen zu Hegel, Analyse des Imperialismus und des Staates - wobei Analyse des Staats immer heißt: wie können wir ihn stürzen, also Vorbereitung des Aufstands.)

Lenins Kernaussage: revolutionäre Politik muß sich auf die fortgeschrittensten Pole der Klassenzusammensetzung stützen (der Imperialismus entwickelt seinen eigenen Todfeind: die internationale Arbeiterklasse). Hier müssen wir die Diskussion in Zukunft nochmal anpacken: was ist mit der Kritik: "so wird die 'revolutionäre Partei' zum Hebel der kapitalistischen Entwicklung" ? Zweitenns: "der Klassenbegriff muß umfassender entwikkelt werden; was war in Rußland mit den anderen Teilen des Proletariats? heute?" - "Klassenzusammensetzung" ist allerdings kein Begriff des Umfangs, sondern eben der Zuspitzung: fortgeschrittenste Pole an den Punkten der am meisten entwickelten produktiven Kooperation; produktive Kooperation in ihrer Doppeltheit als vom Kapital erzwungen und von den Arbeitern entwickelt. So haben wir auch über Lenins "Fabrikdisziplin" diskutiert: der Begriff stößt uns auf den ersten Blick ab, dahinter steht aber die Doppeltheit der produktiven Kooperation, die Fragestellung, diese in revolutionäre Organisation umzudrehen (so wie die Wobblies die damals in den USA herrschende produktive Kooperation in revolutionäre Organisation umgedreht haben).

Auf einer analytischen aber auch praktischen Ebene ist das die Frage nach dem "Arbeiterstandpunkt": die Wirklichkeit ist vielfältig und unerschöpflich; gibt es einen (Arbeiter-)Standpunkt, von dem aus wir sie dennoch verstehen (und verändern) können?

Um unsere Diskussion über die revolutionären Ansätze in diesem Jahrhundert systematischer zu machen, haben wir am schluß nochmal überlegt, ob wir eine Art Fragenkatalog machen sollten, um die einzelnen Ansätze auf die zentralen Inhalte hin abzuklopfen: Untersuchungsbegriff, Begriff von Proletariat/Klasse usw.

Beim nächsten Treffen soll es um die Rätekommunisten, nochmal Lenin und die KPD/Weimar gehen....



Thesenpapier einer Arbeitsgruppe aus dem IWF- Frauenplenum:
Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.
Wir Frauen haben nichts zu verlieren als unsere Schürzen.
Wir haben eine Welt zu gewinnen.

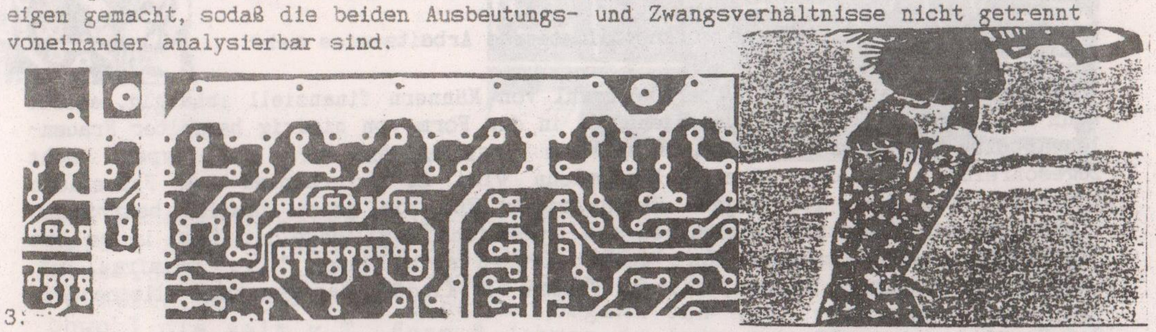
1.
Die materielle Grundlage der heutigen "Macht der Moral", der alltäglichen Gewalt gegen Frauen, der Frauenunterdrückung, ist das patriarchal- kapitalistische Produktionsverhältnis. Dieses ist ein doppelt widersprüchliches zwischen dem Kapital und dem von ihm in Arbeit zu verwandelnden Lebensprozessen von Frauen und Männern (Anm.1) und zwischen dem Mann und "seiner" (Haus-)Frau.(1) Diese These setzen wir explizit gegen den Biologismus und die Theorie einiger Feministinnen, daß allein die Gewalt Ursprung der Frauenunterdrückung sei. Mit Hilfe der politischen ökonomie erklären wir also die Gewalt aus den Produktionsverhältnissen. Darunter verstehen wir keine reinen abstrakten oder statischen ökonomischen Gesetzlichkeiten, sondern ein Kräfteverhältnis zwischen den Klassen innerhalb der antagonistischen, patriarchal- kapitalistischen Gesellschaft.

Gesellschaftliche Verhältnisse werden von Menschen produziert und ebenso produzieren die gesellschaftlichen Verhältnisse Menschen.



2.
Heute existieren zwei Formen der kapitalistischen Arbeit nebeneinander. Die Lohnarbeit gilt als gesellschaftlicher Bereich, die Hausarbeit als 'Privatsphäre'. In früheren Gesellschaften, z.B. der feudalen, gab es diese Trennung nicht. Wie die Männer waren die Frauen offen an der gesellschaftlichen Arbeit, der Feudalrente, dem Mehrprodukt, beteiligt. Es gab zwar eine geschlechtliche Arbeitsteilung, trotzdem war Frauenarbeit nicht ans Haus gebunden. Eine sog. 'Kindheit' war unbekannt; folglich gab es die Kindererziehung wie wir sie heute kennen nicht.(2)
Seit der Markt- und Stadtentfaltung im Mittelalter befand sich die alte patriarchale Bauernfamilie im Auflösungsprozeß, was jahrhundertelang andauerte.
Erst im Bürgertum bildete sich eine neue Familienstruktur heraus.(3)
In den Slums der Städte jedoch, während der Frühindustrialisierung, schien sich vollends die Auflösung sämtlicher Formen der Familie abzuzeichnen: Kinder- und Frauenlohnarbeit nahmen damals rapide zu (4), die moderne Hausarbeit im heutigen Sinne existierte noch nicht.
Erst mit der Massenproduktion benötigte das Kapital psychisch und physisch stabile Arbeitskräfte.(5) Kinderarbeit wurde verboten, proletarische Kleinfamilien entstanden (Kruppsche- Werksiedlungen) und damit die moderne Hausarbeit, einschließlich der Kindererziehung. Das Haus wurde zur 'gesellschaftlichen Fabrik' für die Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft.(6)

Mit der Veränderung der jeweiligen Produktionsverhältnisse hat sich auch das patriarchale Verhältnis radikal gewandelt.
Das patriarchale Unterdrückungsverhältnis bildet die Grundlage des Kapitalismus. Die kapitalistische Arbeitsweise im Haus- und Lohnarbeitsbereicht hat es sich zu eigen gemacht, sodaß die beiden Ausbeutungs- und Zwangsverhältnisse nicht getrennt voneinander analysierbar sind.



3.
Die konkrete Organisation der modernen Hausarbeit wird über die Ehe und die auf ihr beruhende Kleinfamilie gewährleistet. Die alleinige Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen ist dabei die Art und Weise, wie das bestehende Patriarchat in kapitalistischer Form übernommen wird.(1)
Mit Hausarbeit sind alle Arbeiten gemeint, die die Frau verrichtet, zum Gebären, Aufziehen, Erhalten der Kinder, sowie zum Erhalt der Arbeitskraft der Männer und sich selbst. Dazu gehört Sexualität, 'sich schön machen', Beziehungsarbeit, 'auf den anderen eingehen', Putzen, Waschen, Kochen, Einkaufen gehen usw. Die Zeiteinteilung der Hausfrau orientiert sich an der Lohnarbeit und an den Schulzeiten der Kinder. Wie die Lohnarbeit ist auch die Hausarbeit entfremdete Arbeit. Die Hausarbeit ist ein Teil der Mehrwertbildung, weil sie über die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frau in der Familie den Anteil der notwendigen Arbeitszeit der Ware Arbeitskraft senkt.
Teile der Hausarbeit sind inzwischen von privaten oder staatlichen Institutionen abgelöst worden; das bedeutet mehr staatliche bzw. soziale Kontrolle. Für die psychosoziale Be-und Erziehungsarbeit gibt es jedoch kaum eine institutionelle Alternative zur Familie, die komplementär funktional fürs Kapital wäre. (...die Schwierigkeit der "Liebes- und Gefühlsproduktion" im Kapitalismus)
Durch die Erziehungsarbeit sollen nicht selbstbewußte, in kollektivem Bewußtsein für eine bessere Gesellschaft kämpfende Menschen erzogen, sondern Arbeitskräfte für einen Arbeitsmarkt herangezüchtet werden, wo Identifikation mit der Arbeit und Hierarchieakzeptanz die beste Grundlage für Ausbeutbarkeit bilden. Doch gegen dieses Erziehungsmodell haben sich Mütter seit der antiautoritären Bewegung immer wieder praktisch zur Wehr gesetzt.



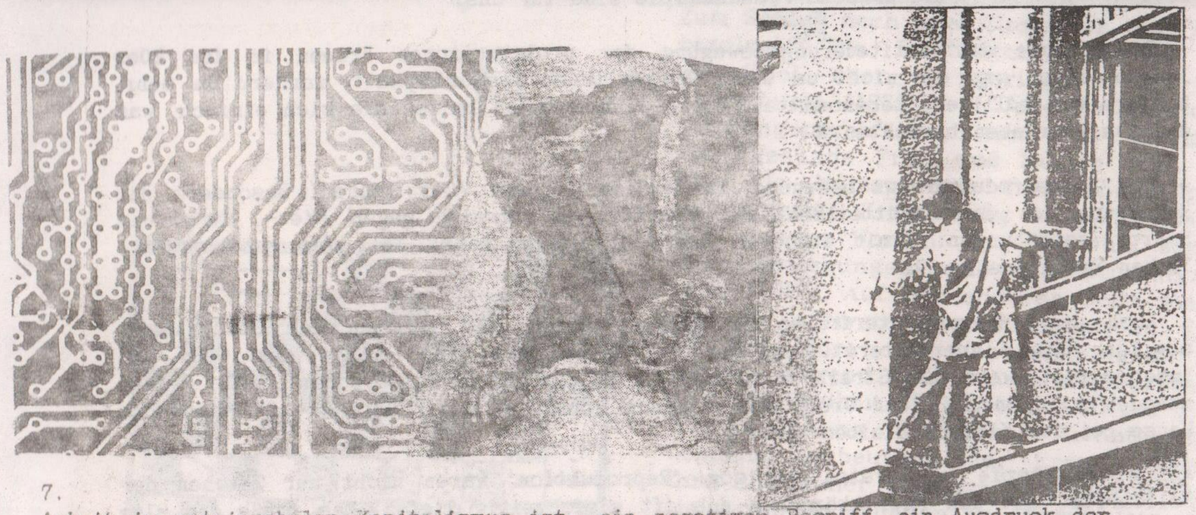
4.
Da es uns um die Erweiterung des marxistischen Klassenbegriffes geht, wenden wir seine Begrifflichkeiten auf die Hausarbeit an:
Parallel zur kapitalistischen Lohnarbeit sind Hausfrauen "juristisch-rechtlich frei" sich an den nächst besten Proletarier über den Mythos der "Liebesheirat", also den "Heirats-arbeits-vertrag", verkaufen zu können. Frauen sind keine Sklavinnen mehr. Sie können sich jederzeit scheiden lassen. Es ist klar, daß hier unter "Freiheit" nicht die Freiheit gemeint ist, für die wir kämpfen. Die "Freiheit" besteht nur darin, nicht von der Familie verkauft und verheiratet zu werden, wie z.B. in der Türkei, sondern die Ware Arbeitskraft selbst verkaufen zu müssen.
Die Frauen sind auch "frei an Produktionsmitteln". Dies bedeutet neben der "Freiheit" von Grund und Boden auch die Enteignung des Verhütungswissens durch die Hexenverfolgung und schließt ebenso den heutigen Angriff auf die Gebärfähigkeit der Frauen durch die Gentechnologie mit ein. Im Zuge der Durchkapitalisierung des ganzen Haushaltes der proletarischen Frau bleibt ihr nichts weiter als ihre eigene Arbeitskraft, die sie als sog. "Gleiche" doppelt auf dem Arbeits- und Heiratsmarkt verkaufen muß.
Eben diese sog. "Freiheiten" bedingen den doppelten ökonomischen Zwang zur Arbeit und sind die Basis des Gewaltverhältnisses der Männer über die Frauen.



Die Hausarbeit ist also keine vorkapitalistische Arbeitsweise mehr.

5.
Proletarische Frauen sind in der Mehrzahl von Männern finanziell abhängig, selbst wenn sie doppelt als sog. "Zuverdienerin" in der Form von niedrig bezahlter Frauenlohnarbeit "mit"schuften; denn über den Familienlohn wird den Typen Macht zugeschreiben. Aus dem höheren Männerlohn wird im Unterschied zum Frauenlohn zumindest zum Teil das magere Haushaltsgeld für die ganze Familie bestritten. Ebenso kommen Steuererleichterungen und staatliche Familiengelder fast immer dem "Haushaltsvorstand" zu gute. Kurz gesagt können sich Männer "ihre" Hausfrau, d.h. ihre Hausarbeitskraft leisten, während Frauen mit Kindern dagegen kaum alleine über die Runden kommen.
Das Familieneinkommen des Mannes, und darin die Lohndifferenz zwischen Frauen- und Männerlohnarbeit, der niedrige Tauschwert der Frauenarbeitskraft, bezweckt so die Legitimierung und Manifestierung des patriarchalen Machtverhältnisses des Mannes innerhalb der Familie, worauf die Klassenspaltung zwischen Männern und Frauen aufbaut.
Umgekehrt ergibt sich aus der Zuweisung der unbezahlten Hausarbeit an die Frau ihre Rolle als sog. "Zuverdienerin" im Lohnarbeitsbereich. Konkret heißt das, das Abdrängen der Lohnarbeiterinnen in die miesest bezahltesten Arbeiten unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen und der höchsten Ausbeutung: Die Akkordarbeit in den Fabriken, die flexible Kapovaz-, Teilzeitarbeit,(Anm. 2) die Heimarbeit, die Maloche in den Sozialstationen, Krankenhäusern, Putzkolonnen, fast-food-restaurants, die sog. 'Dienstleistungen.

6.
Das Kapital versucht immer mehr Arbeit unter seinen Verwertungsprozeß zu bringen. Denn der herrschenden Klasse geht es um Profite durch Warenproduktion, um einen immer höheren Anteil vom Mehrprodukt in der Form des Mehrwerts. Es geht ihr um lebendige Arbeit. Daran ändern die Maschinen und Computer nichts; sie produzieren keinen Mehrwert, sondern geben nur den Wert ab, der in ihnen bereits in geronnener Arbeit steckt. Das Kapital versucht den bezahlten Teil der Arbeit zu senken und will sich mehr unbezahlte Arbeit (über absoluten und relativen Mehrwert oder über mehr Hausarbeit) aneignen. Jetzt in der Krise des Kapitals bedeutet das einen frontalen Angriff besonders auf die Frauen. Inwieweit die geplante 'Umstrukturierung' der Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse durchsetzbar ist, hängt jedoch von den Kämpfen der Klasse - und darin der Frauen - ab.



7.
Arbeit im patriarchalen Kapitalismus ist ein negativer Begriff, ein Ausdruck der Unterdrückung und Ausbeutung. Arbeit soll Tauschwerte produzieren, das steht im Vordergrund. Deshalb gibt es innerhalb dieser Arbeit keinen Freiraum für Selbstbestimmung.
Doch aus dem Hunger nach einem anderen, einem befreiten, nicht entfremdeten Leben, aus dem Bedürfnis nach einer radikal neuen Gesellschaft - in der "Arbeit" nicht mehr an Profiten, sondern an Gebrauchswerten und am Menschen orientiert ist - entspringt die Wut, die Verweigerung, der Widerstand und der Kampf
gegen die Ausbeutung, die kapitalistische Doppelarbeit, gegen das Privateigentum, gegen Imperialismus und Patriarchat:

In den 70er Jahren haben Frauen sich massiv gegen ihre Hausfrauen- und Gebärrolle, auch gegen den § 218, gewehrt. Als Reaktion darauf erhöht der Staat nun die Familienbeihilfen, das Erziehungs- und Kindergeld u.a Diese staatlichen Gelder sind in einigen Ausnahmefällen sogar männerunabhängig, was sich nur auf den Widerstand und die Verweigerung der Frauen zu Gebären zurückführen läßt. Das Mutter undKind-Modell wird z.B. sog. "alleinstehenden" Frauen mit Kindern bis zu drei Jahren gewährt. Damit sollen die Mütter regelmäßig kontrollierbar gemacht werden; Frauen, die auch mit Kids unabhängig bleiben wollen, eben auch viele Mütter aus der Szene. Wachsen die Kinder nicht nach Maß auf, kann das Mutter-Kind-Modell schon mal entzogen werden oder kommt gar die Fürsorge. Wenn alle staatlichen Maßnahmen fehllaufen, greifen Caritas oder andere krichliche Gruppierungen den Müttern unter die Arme, alles unter Kontrolle versteht sich.
Trotz finanzieller Unterstützung und staatlicher Familienpolitik geht die Verweigerung der Frauen zu Gebären weiter. Nicht umsonst jammert das Kapital und Frau Süßmuth über den Mangel an deutschen Kindern, sprich Arbeitskräften, und reden die Grünen eine neue Mütterlichkeit herbei.
Eine "Bewußtseinsänderung" soll in Zukunft mit Hilfe eines Entwurfs für den CDU-Parteitag im Juni in Wiesbaden eingeleitet werden. Er sieht ein neues Beratungsgesetz zum § 218 vor. "Die Zahl der Abtreibungen, die auf 300 000 pro Jahr geschätzt wird, soll drastisch verringert werden. Schwangerschaftsabbrüche sollen nicht mehr als Heilbehandlungen mißverstanden werden... Der Entwurf sieht auch eine Reihe weiterer Verbesserungen für Familien mit Kindern vor. Für jedes Kind sollen wenigstens 3 Erziehungsjahre in der Rentenversicherung anerkannt werden. Das Kindergeld soll vom 2. Kind an erhöht werden. Das Erziehungsgeld soll auf 2 Jahre, der Erziehungsurlaub auf 3 Jahre erhöht werden." (Tagesspiegel vom 20.2.88)

Mit all diesen Geldern will die Regierung die Kleinfamilie wieder attraktiver machen. Das wird ihr jedoch nicht gelingen. Mehr und mehr Frauen leben außerhalb der alten Familienstrukturen und fordern bewußt oder unbewußt dafür Geld ein.
Es geht jedoch nicht nur um einen männerunabhängigen "Lohn für Hausarbeit", das würde unsere Hausfrauenrolle nur festschreiben. Auch geht es nicht nur gegen die niedrige Bezahlung der Frauenlohnarbeit. Es geht vielmehr, wie bereits erwähnt, um den Kampf gegen unsere doppelte Ausbeutung, gegen die Arbeit an sich, gegen das Privateigentum, das erst durch kapitalistische Arbeit bedingt wird.

Bezugspunkte für proletarische Frauenkämpfe sind für uns:

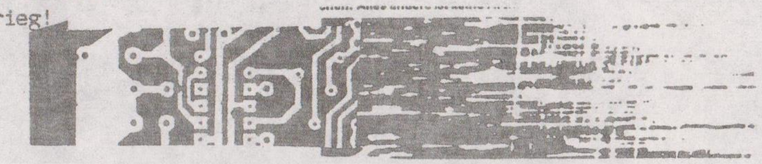
- Die Kämpfe der Antiteuerungsbewegung der proletarischen Frauen in den 20er Jahren: Ihnen ging es nicht um einen bürgerlichen Konsumboykott, sondern um mehr, bessere und billigere Lebensmittel. Durch Plünderungen holten sie sich einfach, was sie zum überleben brauchten.(8)

- Die Selbstreduzierungs-bewegung in Italien in den 70er Jahren: Besonders die Hausfrauen in den Stadtteilkomitees kämpften erfolgreich gegen Miet-, Strom-und Fahrpreiserhöhungen. Damit eigneten sie sich wieder einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums an.(9)

- Auch die Bergarbeiterfrauen in Großbritannien: Sie machten den Streik erst möglich. Ohne ihre Unterstützung in den Großküchen, ihre Kämpfe um Geld und Lebensmittel, wäre der Streik nach wenigen Wochen zusammengebrochen. Viele Frauen standen nicht nur in der Großküche, sondern streikten mit, während ihre Männer zu Hause bei den Kindern bleiben mußten.

All diese Kämpfe im Bereich der sog. 'Reproduktion' waren nicht nur Zeichen der Solidarität mit den Fabrikkämpfen, die oft gleichzeitig liefen. Das hieße die alte Nebenwiderspruchtehorie hochholen. Nein die Frauen kämpften gegen IHRE wachsende Ausbeutung, gegen den Angriff des Kapitals auf IHRE Arbeit!

Nieder mit der kapitalistischen Arbeit!
Friede im Patriarchat bleibt Krieg!
Für den Kommunismus. (Anm.3)



Literatur:

(1) Adelheid Biesecker, Arbeit ist Zwang - Frauenarbeit ist doppelter Zwang
(2) Bock/ Duden, Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit
(3) Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland
(4) Karl Marx, Das Kapital 1, ' die sog. ursprüngliche Akkumulation', 'Weiber-und Kinderarbeit' S. 416 ff, u.a.
(5) Autonomie Nr. 14
(6) Mariarosa Dalla Costa
(8) Silvia Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann
(9) ZeroWork, dieses Buch erscheint demnächst in dt. übersetzung bei den wildcats.

Anmerkung 1:
d.h. das Kapital versucht sämtliche Lebensprozesse unter seine Verwertung zu bringen.
Anmerkung 2:
Teilzeitarbeit orientiert sich nur in den allerseltensten Fällen an den Bedürfnissen der Frauen nach weniger Arbeit, wie es vom Kapital ideologisch verkauft wird. Geht doch die Teilzeitarbeit meist mit einem sehr niedrigen Lohn einher, der nicht für die Reproduktion der Frau ausreicht. So wird der Frau wieder mal die Rolle als "Zuverdienerin" zugewiesen, die nicht alleine überleben kann.
Anm.3
Bei der Diskussion über dieses Thesenpapier fragten sich einige Frauen, was wir mit "Kommunismus" meinen. Kurz und platt: eine radikal neue befreite Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und ohne Klassen. Kommunismus schließt natürlich die Frauenbefreiung mit ein. Wir sehen nicht ein, warum viele Frauen "Kommunismus" nur auf eine befreite Gesellschaft für Männer reduzieren. Der Begriff Kommunismus macht auch klar, daß die jetzige Gesellschaft nicht reformierbar ist, daß unsere Befreiung nur über eine Revolution laufen kann, die alle materiellen Bedingungen und Gewaltverhältnisse völlig verändert.
Eine kommunistische Bewegung existiert nicht erst seit den K- und DKP- Grüppchen. Kommunismus ist die reale Bewegung, die den jetzigen Zustand in Richtung Revolution aufhebt.

Redebeitrag zur Frauendemo am 8. März

Das Kapital versucht unsere "soziale Ader" in eine Goldgrube zu verwandeln - verwandeln wir die Goldgrube in ein Minenfeld !



Wir wollen zu dem doppelten Zwangs- und Ausbeutungsverhältnis, dem die meisten von uns unterliegen, und zu den Kämpfen dagegen, etwas sagen.
Zunächst etwas zur Hausarbeit, die ja so oft unerwähnt bleibt, weil sie als nicht kapitalistische Arbeitsweise angesehen und als "unproduktiv", "unsichtbar", als gesellschaftlich "wertlos" dargestellt wird, was TYPisch für Frauenarbeit im patriarchalen Kapitalismus ist.
Falls wir einen "Heirat-arbeits-vertrag" - genannt Ehe - eingehen, wird unsere Hausarbeit über den "Familienlohn", den der "Vertragspartner" = Ehemann mit nach Hause bringt, nicht entlohnt. Dieser ist gesetzlich nur verpflichtet für "Kost und Logis" - d.h. ein Unterhalts- bzw. Haushaltsgeld - für uns und auch unsere Kinder aufzukommen. Wie gering unser Anteil am "Familienlohn" bemessen ist wissen wir alle selbst! Nicht zuletzt wird die Sparsamkeit der Hausfrau als eines der wichtigsten Klischees der bürgerlichen Kleinfamilie ständig propagiert.

Da sich aber in den 70er Jahren mehr und mehr Frauen gegen die Festschreibung ihrer Rolle als Hausfrauen und Gebärerinnen, sowie gegen das herkömmliche Frauenbild zur Wehr gesetzt haben, speisen der Staat und die Kirchen inzwischen wieder mehr Mütter mit minimalen Prämien, wie Erziehungs- und Kindergeld, Mutter- und Kind-Modelle oder einmaligen Beihilfen ab. Wachsen die Kinder nicht nach Maß auf, wird die Knete entzogen und Jugendamt oder Fürsorge versuchen mit ihren Sozialarbeitern die Widerspenstigen zur Arbeit, zur Schule und Ausbildung zu zähmen. Durch die Erziehungsarbeit von uns Frauen sollen nicht selbstbewußte, in kollektivem Bewußtsein für eine bessere Gesellschaft kämpfende Menschen erzogen, sondern Arbeitssklaven für einen Arbeitsmarkt herangezüchtet werden, wo Identifikation mit der Arbeit und Hierarchieakzeptanz die beste Grundlage für Ausbeutbarkeit bilden. Doch gegen dieses Erziehungsmodell haben sich Mütter seit der antiautoritären Bewegung immer wieder praktisch gewehrt.

Frauen tragen jedoch nur das Gros der unbezahlten Arbeit. "Alleinstehende" Frauen bekommen günstigstenfalls, ausnahmsweise von ihrem Arbeitgeber einen bezahlten freien Tag für ihre Hausarbeit. Kurz und gut: es ist nicht verwunderlich, daß die Hausarbeit als nichtkapitalistische Arbeit erscheint. Sie wird als private, persönliche und vor allen Dingen als aus "Liebe" verrichtete Dienstleistung angesehen. Dem "Haushaltsvorstand" Ehemann wird die VorHERRschaft über das Geld gesetzlich und ideologisch zugeschrieben und somit auch die Herrschaft über Frau und Kinder. So bilden die Macht- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der Familie die Grundlage der Geschlechter- und Klassenspaltung.

Was das im Konkreten bedeutet, erleben wir Frauen in tausenden von Alltagssituationen: Vergewaltigungen, Schläge, sexistische Anmache und permanente Erniedrigung sind nur die Spitze des Eisbergs.

Uns Frauen wird also einerseits unsere finanzielle Abhängigkeit im Hausarbeitsbereich und andererseits Niedriglohnarbeit als "Zuverdienerin" im Lohnarbeitsbereich zugewiesen. "Zuverdienerin" werden wir deshalb genannt, weil wir ja angeblich nur etwas zum eigentlichen Familienlohn des Mannes beisteuern, unser eigenes lächerliches Unterhaltsgeld aufbessern. Real sieht es doch wohl so aus, daß es um den Familienlohn auch nicht sonderlich gut bestellt ist. Denn Frauen müssen heute fast alles doppelt malochen, also sowohl Hausarbeit als auch Lohnarbeit machen. Wir werden doppelt ausgebeutet.+



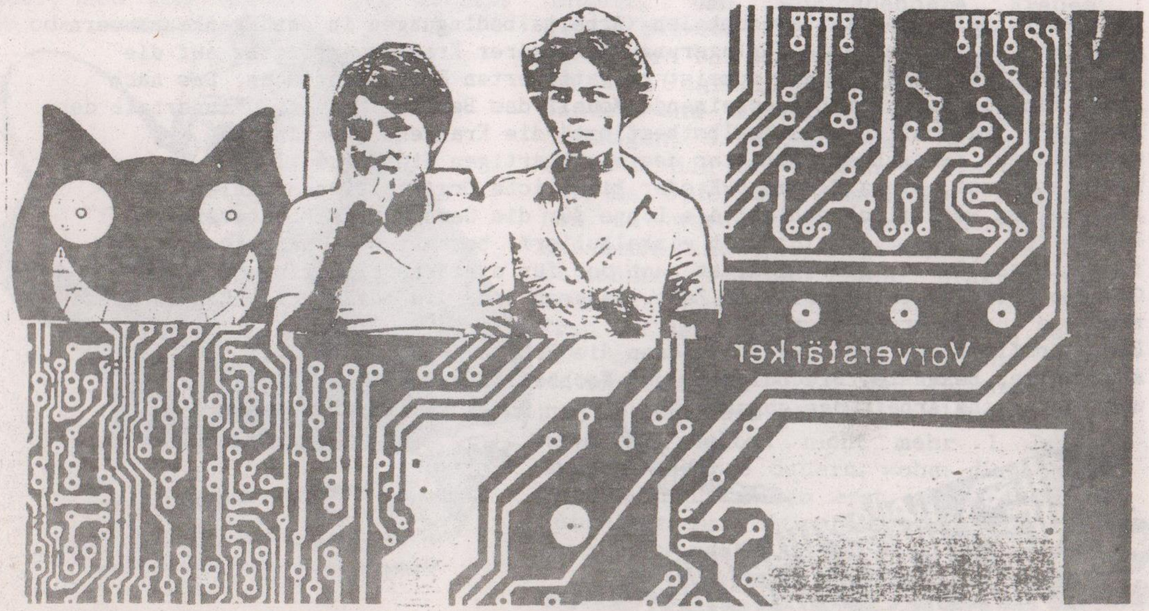
Über unsere Rolle als "Zuverdienerin" werden immer mehr Frauen in die schlecht bezahlten Arbeitsbereiche gepreßt: Akkordarbeit in den Fabriken, flexible Kapovaz - und Teilzeitarbeit, Putzkolonnen, fast-food-restaurants, Sozialstationen und Krankenhäuser.



Seit den 80er Jahren versucht das Kapital auch vermehrt über Sklavenhändler und private Subunternehmer neue ArbeiterInnenschichten zu rekrutieren, mit deren Hilfe es die Stammbelegschaften der Betriebe zersetzen und ihre erkämpften Garantien, Löhne und Arbeitsbedingungen angreifen will. Besonders geeignet scheinen hierfür: AusländerInnen, Jugendliche ohne Ausbildung und natürlich die "zuverdienenden" Frauen. Sie alle werden gezwungen Scheißarbeit für wenig Geld zu machen. Sie sollen je nach Konjunktur in den Fabriken, am Bau, im Putzsektor, Handel, im Büro oder gar für die Drecksjobs im AKW flexibel einsetzbar sein. Nicht nur als Urlaubs- und Krankenvertretung, sondern auch in Wochenend- und Sonderschichten. Durch die Leiharbeit versucht das Kapital den allgemeinen Tendenzen einer Organisierung der ArbeiterInnen entgegenzutreten. über ungarantierte Beschäftigungsverhältnisse und willkürliche Sozialversicherungsgarantien oder Kündigungsschutz- und Urlaubsbestimmungen, sowie unterschiedlicher Lohnhöhe, sollen gemeinsame Kämpfe erschwert werden. Individuelles Verweigerungsverhalten, Krankfeiern oder langsamer arbeiten können jetzt direkte Kündigungen nach sich ziehen. Die kurzfristige Beschäftigung und der ständige Wechsel des Arbeitsplatzes in jeweils wieder unterschiedlicher Zusammensetzung sollen persönliche Kontakte unter den Arbeitenden erschweren und kontinuierleiche Diskussionen über Arbeit und eigene Interessen verunmöglichen. Doch die Kämpfe gegen die Leiharbeit, wie beim Großeinsatz bei Stollwerk, zeigen uns, daß dies nicht so ohne weiteres durchsetzbar ist. Offensichtlich identifizieren sich immer weniger Menschen mit ihrer Arbeit. Ganz im Gegenteil: der Haß auf die Arbeit ist enorm verbreitet.

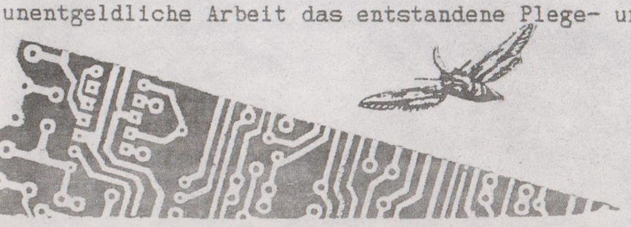
Überhaupt nimmt die Unzufriedenheit bei den ArbeiterInnen zu, gerade bei den von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit bedrohten Kernbelgschaften. Aktuelles Beispiel sind die Kämpfe in Rheinhausen.

Natürlich vollzieht sich die sog. "Umstrukturierung" des Arbeitsmarktes nicht nur im produktiven Sektor der Gesellschaft, den Fabriken, sondern auch im reproduktiven, z.B. dem sog. "Dienstleistungsbereich".



Wir sollen immer besser, schneller, kontrollierbarer und vor allem billiger arbeiten, egal ob dies auf Kosten unserer Gesundheit und unserer elementaren Lebensbedürfnisse geht. Was vor einem Jahrzehnt sozialliberale Reformer versprachen, nämlich mehr Freizeit bei weniger Arbeit, optimale Versorgung im Alter und bei Krankheit, nennt sich heute "Luxusmedizin" oder "medizinische überversorgung" und macht nicht vor nazistischen Begriffen wie "Euthanasie" oder "Sterbehilfe" halt. Damit werden jetzt tendenziell sämtliche Verantwortung und damit auch sämtliche Kosten der eigenen Gesundheit bzw. Krankheit auf den einzelnen abgeschoben. Wir rauchen und saufen zuviel, schlafen zu wenig und sind unsportlich. Die allgemeinen immer gesundheitsschädlicheren Arbeits- und Umweltbedingungen, die Verseuchung von Luft und Wasser durch Chemikalien und Radioaktivität kommen in der öffentlichen Rechnung nicht vor. Mensch ist für seine Krankeiten wieder selbst verantwortlich. Eine immer größer werdene Anzahl von Menschen ist immer schneller in der ihnen zugewiesenen Funktion als Rädchen in der fabrikmäßig durchorganisierten Gesellschaft vernutzt, verschlissen, nicht mehr produktiv verwertbar und nunmehr Kostenfaktor in der volkswirtschafltichen Bilanz. So soll z.B. mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz die klinische Krankenversorgung noch weiter betriebswirtschlaftlich kalkuliert und durchrationalisiert werden. Ganze Krankenhäuser hier in Berlin werden dicht gemacht, tausende von Krankenhausbetten gestrichen, innerklinische Dienste wie Wäscherei, Küche, Technischer Dienst, Reinigungsdienste etc. wurden privatisiert und die dadurch "freigesetzten" ArbeiterInnen in vorher beschriebener Weise zur Flexibilität bei mieser Bezahlung und all ihren Konsequenzen gezwungen.
Frauen, die in Pflegeberufen beschäftigt sind, wie Krankenschwestern, sollen vermehrt durch ihren persönlichen Einsatz, der sehr oft mit dem starken Verantwortungsbewußtsein den kranken Menschen gegenüber verknüpft ist, ausgebeutet und benutzt werden. Hier sind weiterhin überstunden, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsschichten angesagt, ohne daß sich dies entsprechend auf dem Bankkonto bemerkbar machen würde. Auf ihrem Rücken wird mit steigender Arbeitsintensität durch ArbeiterInnenmangel und wachsender Krankenzahlen die Durchkapitalisierung des Gesundheitswesens vorangetrieben. Sie sollen die Selektion der Kranken forcieren, da für die Pflege von Schwerstkranken die Pflegezeit kürzer wird. Dies bedeutet ein schnelles "Absterben alter Menschen und Behinderter", denn sie treiben durch ihre Nichtproduktivität nach kapitalistischem Kalkül den sog. "Sozialstaat"in die Krise des Gesundheitssystems. Nach dem Motto: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen! Aber die GesundheitsarbeiterInnen wollen sich damit nicht mehr abfinden. Wie in Irland und Großbritannien sind auch hier Streiks und Demos angesagt.

Die andere Seite der kathastrophalen (Arbeits)bedingungen in den Krankenhäusern bedeutet die vielgerühmte Verlagerung stationärer Krankenversorgung auf die häusliche Krankenpflege der zumeist privatisierten Sozialstationen. Das nach außen hin als menschlich erscheinende Modell des Berliner Senats, "innerhalb der Familie", "menschlich" und "selbstbestimmt" die Kranken zu behandeln, verschleiert den wahren Charakter des einzigartigen Einsparmodells.
Sozialkonzerne, wie z.B. das DRK oder kirchliche Orgánisationen zahlen im Allgemeinen wesentlich schlechtere Löhne für die GesundheitsarbeiterInnen. Wegezeiten werden z.B. nicht mit einkalkuliert, bezahlt wird nach genau festgelegten Leistungen und nicht nach der für die Herstellung menschlicher Grundbedürfnisse erforderlichen Zeit. Dadurch sind die meisten Kranken zu Hause nach wie vor unterversorgt.
Diese profitträchtige Lücke solen dann die Frauen füllen, die sich als Angehörige, Bekannte, FreundInnen oder NachbarInnen bereit erklären, durch unentgeldliche Arbeit das entstandene Plege- und Kommunikationsdefizit



auszugleichen. Die zahlreichen Aufrufe der Wohlfahrtsorganisationem nach ehrenamtlichen Helferinnen sprechen für sich. So wird ein bis vor nicht allzulanger Zeit ausgelagerter Berufszweig wieder in den typischen Hausfrauenbereich der unbezahlten, schlecht oder gar nicht entlohnten Arbeiten an die Frauen zurückgegeben. Wir sehen also: wir müssen nicht tendenziell weniger, sondern immer mehr arbeiten.
Und keine von uns glaubt daran, daß sich die Emanzipation, die Befreiung durch die Arbeit vollzieht. Deswegen geht es nicht nur darum "Lohn für Hausarbeit" oder ein höheres Einkommen für Frauen zu fordern, das würde unsere Hausfrauenrolle nur weiter festschreiben. Es geht auch nicht allein gegen die niedrige Bezahlung der Frauenlohnarbeit. Worum es uns vielmehr geht, ist der Kampf gegen unsere doppelte Ausbeutung, gegen das Privateigentum, gegen die kapitalistische Arbeit an sich, die uns nicht nur in den Fabriken, bei den Sklavenhändlern oder in den Krankenhäusern begegnet, sondern auch in der Form unserer heutigen entfremdeten Hausarbeit. Es ist klar, daß die besondere Form der Ausbeutung, die die Hausarbeit darstellt, eine besondere Form des Kampfes erfordert, nämlich den des Frauenkampfes auch innerhalb der Familie. Nachdem wir uns klargemacht haben, daß die Familie die hauptsächliche Stütze der kapitalistischen Organisation der Arbeit ist, kann es uns nur darum gehen die Hausfrauenrolle zu zerstören, den Versuch zu unternehmen, die Isolierung der wir als Frauen innerhalb der Familie unterliegen, aufzubrechen und die Haus- und Lohnarbeit, also die kapitalistische Arbeit überhaupt zu verweigern. Es geht darum uns als Frauen zu organisieren.
Die Geschichte der proletarischen Frauenkämpfe gegen UNSERE Arbeit ist - wie im Lohnarbeitsbereich - auch im sog. Reproduktionsbereich lang:
In den 20er Jahren plünderten Frauen massenhaft Lebensmittelläden. Der Antiteuerungsbewegung ging es damals nicht um einen bürgerlichen Konsumboykott, nein die Frauen holten sich einfach, was sie zum überleben brauchten.
In den 70er Jahren organisierten sich Frauen in Italien in Stadtteilkomitees. Sie setzten eine Senkung von Strom- Miet- und Fahrpreisen durch und holten sich so einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums, den die Klasse erarbeitet hat, zurück. Auch die Bergarbeiterfrauen in Großbritannien fingen über ihre Oranisierung in den Großküchen und ihre Kämpfe an der "picket line" an, die Hausarbeit in Frage zu stellen.
Wenn wir entschlossen sind unsere Hausfrauenrolle zu zerstören und die Häuser zu verlassen, um uns bei Stadtteil- oder Fabrikversammlungen, in Frauenkneipen zu treffen, kann das ein erster Schritt sein, eine gemeinsame Solidarität und neue Kampfformen gegen die Arbeit zu entwickeln.

Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.
Wir Frauen haben nichts zu verlieren als unsere Schürzen.
Wir haben eine Welt zu gewinnen!



GOLF KRIEG ODER KLASSENKRIEG ?

Der neueste amerikanische Granatbeschuß auf einen iranischen Ölförderturm repräsentiert eine bedeutunsvolle Eskalation des Golfkrieges. Da ist überhaupt nichts geheimnisvolles dabei, weswegen Nationen den Krieg anfangen; für denselben Grund, wofür Ganster den Krieg anfangen.....wirtschaftliche Konkurenz.

Für Amerika, die Gewalt über den ölreichen Golfgebiet ist problematisch geworden, nachdem der Schah vom Iran, der als Hauptbulle fungierte, um amerikanische Interesse im Gebiet zu garantieren, gestürzt worden ist.

Die USA verlassen sich jetzt auf den Iraq diese Rolle zu erfüllen und deswegen sind die USA's Kriegsmarine im Golf um "das Spiel zu manipulieren" um zu versichern daß der Iraq nicht verlieren kann. Erinnert euch an die Entschuldigung für die USA intervention gegen Iran -einen versehentlichen (?) Angriff von Iraq auf einen amerikanischen Tanker. Jedoch geht es nicht nur um die mineralische Naturschätze. Der Hauptgrund, weswegen der Krieg gemacht wird, ist, wie immer, die Ausbeutung von Hauptressourcen des Kapitalismus: Die Arbeiterklasse.

Der Sturz des Schah's in 1979 war nicht einfach gewaltige Besetzung durch den "verrückten Mullah" oder "anti-imperialistische Streitkräfte" (abhängig von welcher bürgerlichen Scheißblatt ihr ließt), sondern durch eine Reihe von Streik massiv und Aufstände, die das Zusammenbrechen des Staats bedrohten und die Boße zwangen bedeutende wirtschaftlische Konzession zu machen. Am Anfang kaum jemand hatte von Chomeini gehört, sowohl die "Voice of America" und "BBC World Service viele Publicity für ihn getrieben haben. Chomeini konnte nur an die Macht kommen durch die Verwendung seiner Truppe (Pasdaran) und "regierungstreuen Sonderkommandos (von der Schahzeit übriggebliebenen), um jeden Wiederstand zu vernichten, und auch dadurch extravagante Versprechung den Armen zu machen (Z.B. kostenlose Elektrizität für die Armen). Wenn jemand heutzutage in Iran von diesen Versprechungen redet, wird er vom Staat umgebracht. Natürlich, als Chomein an die Macht gekommen ist, war er von der Linke "kritsch unterstürzt", insbesonderes von der "Kommunistische Partei". die die Arbeiterklasse aufforderte sich nicht gegen den islamischen Garden zu verteidigen. Später hat Chomeini viele von der K.P. niedergemetzelt. Zum Dank für ihre Mühe. Das ist ihnen ganz recht geschehen!!!!!!.

"Indirekt (implizit) bedrohte die iranische Revolation jedes herrschende Regime in der islamischen Welt, genau wie die fransösische Revolation alle die gekrönte Haupte von Europa bedrohte".

Leitartikel von "The Times" 21.9.1980 .

In September 1980 die iranische Armee hatte den Iraq fast niedergeschlagen und Jordanien und Saudi-Arabien, mit der Unterstützung Amerikas hofften auf einen schnellen Sieg. Insbesonders wollten sie die totale Beherrschung der Schatt Al-Arab Wasserstraße gewinnen und den ölreichen Gebiet von Khuzistan annektieren. Aber der Hauptgrund für den Krieg war die Vorbeugung gegen der Verbreitung des Virus des proletarischen Kampfs nach Iraq. Der Krieg hat enorme Entbehrungen für die Arbeiteklasse der beiden seiten gebracht. Hundert-tausende sind an der Front getötet und verstümmelt worden. Riesige Gehalskürzungen und Steigerungen der Arbeitszeit sind gemacht worden. Jedoch die beide "seiten" haben sich kraftvoll gegen den Krieg gewehrt. In der iranischen Hauptstadt, Tehran, gab es Aufstände in März 1984 und April 1985. Beim ersten Mal gab es plünderen und mehrere von Chomeini-Kohorten (Pasdaran) waren veletzt. Folglich wurden tausende verhaftet. Beim zweiten Aufstand (von dem wir wissen) schrien die Leute "Tod dem Chomeini!" "Nieder mit dem Krieg" 25 wurden getötet und viele verletzt. In anderen Teile von Iran hat es mehrere Gefängnis Meuterein gegeben, und in wenigstens einem Fall die Soldaten, die am Dienst waren, haben für die Gefangene Partei ergriffen. In der irakischen Armee hat es ungehorsames Verhalten im größen Rahmen gegeben, organisierte fraternisieren mit den iranischen Soldaten und Fahnenflucht in monumentalischen Ausmaße (Bei einem Mal das irakische Kommando wurde gezwungen einen angelegten Angriff auf ihre eigenen Stellungen mit Artillerie, Rakete.....usw. Der Kampf dauerte 2 Stunden und 6500 Menschen fielen zum Opfer).

NTI-TERRORISMUS

Der letzte lang dauernde Krieg von der USA-in Vietnam- ist mitten in eitverbreitete Opposition zu seiner Fortsetzung beendet worden. Die Diziplin n den Streitkräfte war am Rande des Sturzes mit weitverbreiteten Sabotage de usrüstung, ungehorsames Verhalten gegenüber Befehle und Androhungen den ffizieren. IN der zivilen Gesellschaft, anti-krieg Proteste und widerstand geg er Einberufung zum Wehrdienst haben auch eine Rolle gespielt. Wegen dieser ächtigen anti-krieg Bewegung, seitdem widerstrebt es den USA direkt in auerndem militärischen Konflikt zu kommen, und sie bleiben entweder bei lötzlichen Aktionen (Z.B. der Fall in Grenada und der Bombenangriff auf Libye der bei undirekter Vermicklung (Z.B. in Nicaragua oder in dem Iran-Iraq Krieg m einen größen Krieg möglich zu machen, muß die US herrschende Klasse die ganz S Gesellschaft für so einen Krieg vorbereiten, und insbesonders die Arbeiteasse. Das ist die Aufgabe der gegenwärtigen Anti-Terroristaktionen. Dieser eldzug, des amerikanischen Staats und der Medien, zielt auf verschiedene Staate ußerhalb der US Sphäre, die als Terrorist bezeichnet worden sind (Z.B. Nicaragu nd Iran). Es wird gesagt, daß diese Staaten die terroristische Gruppen, die chandtäte gegen unschuldige Menschen begehen, unterstützen oder kontrollieren. ie herrschende Klasse bringt dadurch einen bösen Feind allen "zivilisierten enschen" vor und einigt die Nationen (d,h das Proletariat und seine Ausbeute) m Name eines gemeinsamen Feinds. Diese nationale Vereinigung ist die orbedingung eines erfolgereichen Krieges (der immer "in national Interesse" ist)

Für die Arbeiteklasse gibt es nie so etwas wie einen "gerechten" nationalen rieg oder eine "gerechte" Beilegung eines nationalen Konflikts. Für uns ist es rrelevant ob Gange von kapitalistische Ausbeuter sich "gerechtig" gegenüber inander benehmen (Respekt für Souveräntität ....usw).

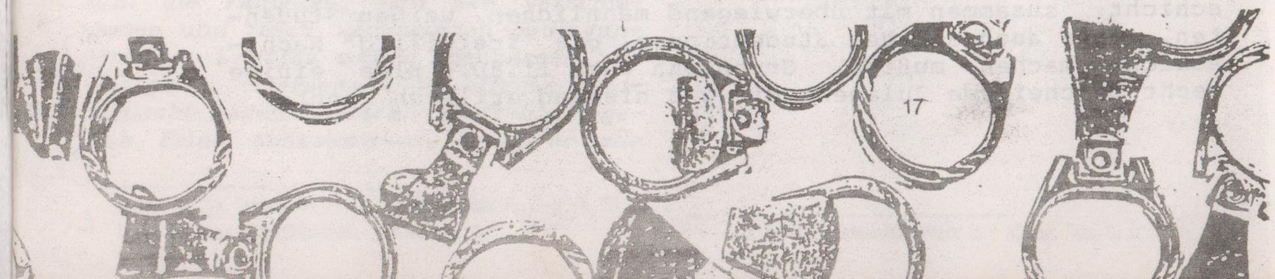
Es ist uns egal genau wo sie ihre Grenze (ihre Kontrollpunkte, ihre Haftsantalten für Immigranten...) liegen. Es ist egal, daß Iraq den Iran/Iraq Krieg angefangen hat", Deutschland den zweiten Weltkrieg "angefangen hat", Argentinie en Falklands/Malvinas Krieg "angefangen hat" oder, daß Amerika sich "aggressiv" im Gegensatz zu "defensiv") im Golf benimmt. Wenn man in einem Land wohnt, das ich im Kriegszustand befindet, seine Hauptbesorgnis ist gegen seiner "eigenen" errschenden Klasse zu kämpfen, ob sie die "Aggressoren" sind oder nicht. eder nationale Krieg ist Krieg gegen der Arbeiteklasse.

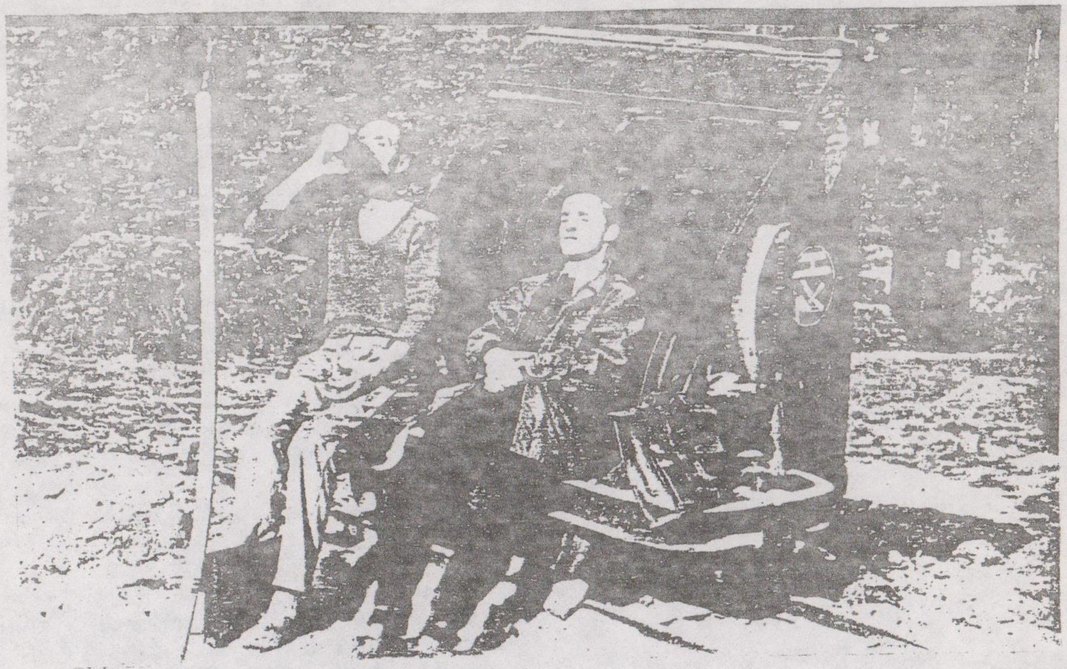
Den einzigen Krieg wofür wir sind , ist der Klassenkrieg, der krieg gegen ationale Grenzen und für internationale Solidarität. Einen Krieg gegen Arbeit, egen Privateigentum, gegen die Familie, gegen den Staat.

In jedem Land in der Welt fängt diesen Krieg an mit dem Kampf gegen usterity-Maßnahmen und steigende polizeiliche Unterdrückung, wodurch die herrchende Klasse uns für ihr Kriegsunternehmen büßen lassen wollen. Der klassenampf ist immer gegen das nationale Interesse, egal wieviel die Linker, und ndere Verteidiger des Kapitalismus, anders zeigen wollen (Z.B. durch Behauptung aß es nicht "im Intresse Großbrianniens" ist, die Industrie durch den Rausschmiß on Arbeitern mehr rentabel zu machen). Wenn "patriotische" Arbeiter von ihre osse klauen, blaumachen, oder Streike organisieren, kämpfen sie im Grunde enommen gegen ihr Land, ob sie das mögen oder nicht.

Jeder Klassenkampf wirft einen Krüpel zwischen die Beine des Kapitalismus nd kann (manchmal) das Risiko vom Krieg verringern aber nur ein vereinigter nternationaler absichtlich auf Kapitalismus gerichteter Kampf wird die assakers, den unsere Klasse unterworfen ist, beenden.

NIEDER MIT ALLE NATIONEN!!!





POST-PROTOKOLL

Was wir mit diesem Papier wollen:

Wir wollen aus einem kurzen Arbeitsverhältnis bei der Post einige Beobachtungen und Fragen aufschreiben, damit andere, die dort arbeiten müssen, sich besser zurechtfinden und weitere Informationen über der Betrieb herausholen können.
Letztlich geht es uns darum, die geläufige Spaltung zwischen alltäglicher Lohnarbeit und Feierabendpolitik in Frage zu stellen und die Arbeitsverhältnisse als eine Möglichkeit zu begreifen, den Kampf gegen patriarchalische und kapitalistische Ausbeutung zu führen.

Unsere Situation:

Bei der Post in der Luckenwalder unter dem Gleisdreieck waren wir als Weihnachtsaushilfen für 2-3 Wochen angestellt. Wir arbeiteten 40 Std./Woche in Wechselschicht, darunter Nachtschicht, zusammen mit überwiegend männlichen, weißen Studenten, aber auch einigen Studentinnen, die "freiwillig" Nachtschicht machen mußten. Grundlohn war 11.80.- plus einige recht bescheidene Zulagen, die uns niemand erklären konnte.

Arbeitsorganisation

Wir waren in der Luckenwalder beim Paketpostamt beschäftigt. Die Pakete kommen in Güterwaggons und LKWs an, werden ausgeladen, über eine Förderanlage verteilt, in Rollbehältern gestapelt und in diesen weitertransportiert. Die Rollbehälter haben dabei gewisse Containerfunktion.
Während der Vorweihnachtszeit ist der Krankenstand der Festangestellten sehr hoch. Der Betrieb wird von einer handvoll Festangestellter und vielleicht 30-40 JobberInnen pro Schicht am Laufen gehalten. Dabei haben die Festangestellten meist Aufseherfunktion.



Zusammensetzung

Die JobberInnen, die also die Hauptmasse der Arbeit erledigen, sind ungefähr zur Hälfte Tagelöhner, die für einen Tag von Tusma oder Heinzelmännchen angefordert werden. Dabei handelt sich die Post oft Probleme ein, weil regelmäßig ein großer Teil der Studies nicht erscheint. Insgesamt sind unter den JobberInnen die vielfältigsten Verträge anzutreffen: es gibt TagelöhnerInnen, 2 oder 3 Wochen-Verträge, 20-Stunden-Teilzeitkräfte, Leute, die regelmäßig bei der Post anrufen und kommen, wenn es Arbeit gibt, Dreimonats- und Sechsmonatsverträge und Studies, die seit Jahren jedes Wochenende arbeiten und dafür auch Urlaub und Krankengeld beanspruchen können.
Die Schichten beginnen zu verschiedenen Zeiten, wobei wir uns zu jedem Arbeitsanfang einem undurchschaubaren Haufen aus Arbeitskräften mit ganz unterschiedlichen Verträgen gegenübersahen.
Wer festangestellt ist, stellt sich bald heraus. Mit den anderen wird oft zu Anfang der Schicht der Status geklärt. Das ist sehr wichtig, um von gemeinsamen Interessen ausgehen zu können.

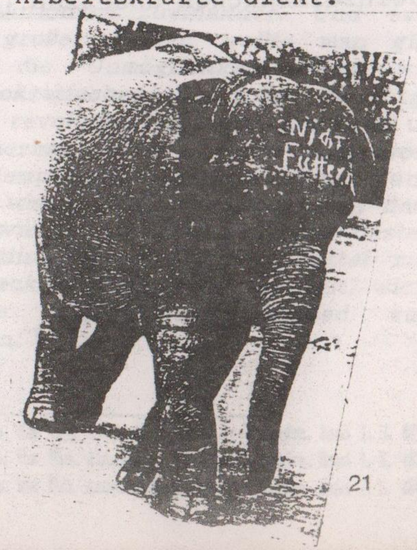
Das Arbeitsklima am PA Lehrter Bahnhof

Ich arbeitete für 2 Wochen zusammen mit 4 anderen Jobbern bei der Paketverteilung am Lehrter Bahnhof. Der Anteil der festangestellten Arbeiter bzw. der vorübergehend "umgesetzten" Beamten war hoch. Das Arbeitsklima war, was die Zusammenarbeit anbelangte, angenehm. Arbeitsdruck wurde selten vom "Meisterbüro" ausgeübt. Wenn Druck kam, dann von höchster Ebene, doch wurde er dann nur an den Capo gegeben, der somit gezwungen war, die übrigen Schufftenden anzutreiben. In diesem Fall kam es zu lautstarken Protesten, die zumindest zu einer Arbeitsverlangsamung führten. Ansonsten hatte ich den Ein-druck, daß sich die Leute gegenseitig halfen.



Die Frauen waren fast alle nur Teilzeitkräfte, die mit ihrem Dienstplan sehr unzufrieden waren. Sie wurden zwar von den Männern nie direkt angepöbelt oder lautstark mit Sprüchen diskriminiert, doch die sexistischen Sprüche der Männer untereinander hatten beim Anblick einer Frau Hochkonjunktur. Sie galten aber nicht nur als Sexualobjekt, sondern oft auch als "Drückbergerinnen, die mit ihrer weiblichen Rolle spielen und somit den Männern immer die anstrengende, miese Arbeit überlassen". Pornographische Werbebilder und Kalender ähnlicher Coleur im Meisterbüro ergänzen das diskriminierende, sexistische Frauenbild.
Rassistische Äußerungen bekam ich direkt nicht zu hören. Doch als ich die letzten beiden Tage mit zwei ansonsten ganz netten deutschen Briefzustellern am Band arbeitete, fingen sie nach einiger Zeit an, sich absolut dumme, reaktionäre und verachtende Witze zu erzählen, die v.a. von Juden handelten. Sie fanden diese Art der Unterhaltung so lustig, daß sie die "Witze" auch noch auf Frauen und Türken ausweiteten. Ich fand diese Situation so unerträglich, daß ich versuchte, ihnen zu erklären, warum ich diese Art von "Witzen" beschissen finde. Sie zeigten für meinen Einwand allerdings kein Verständnis und erzählten sich weiter. Ich wurde so wütend darüber, daß ich sagte, ich würde den Arbeitsplatz verlassen. Erst da bemerkten sie wohl, daß meine Meinung zu ihren Witzen wirklich ernst gemeint war. Doch verstanden haben sie mich bestimmt nicht. Ihrer Meinung nach war ich eben so´n Politischer, der keinen Sinn für Witze hat, nach dem Motto, entweder politisch oder lustig. Ähnliche Neigungen habe ich allerdings auch bei einem der vier Jobbern festgestellt, wie er überhaupt dem klassischen, überheblichen Studijobber entsprach, der sich in keiner Weise das Proletarierdasein vorstellen kann.

Wie uns Langzeitjobber erzählten, wurde bei der Post die Kernbelegschaft seit 1980 um etwa die Hälfte abgebaut. Aufgefüllt wurden die Lücken durch entgarantierte TeilzeitmalocherInnen und JobberInnen. Bei der Technik hat sich offenbar in den letzten 20 Jahren nicht viel geändert, jedenfalls haben alle Beschäftigte noch recht gute Möglichkeiten, sich eine zeitlang abzuseilen.
Die festangestellten Frauen haben alle 20-Stunden-Verträge und malochen am Paketband, teilweise schon 20 Jahre lang. Keine einzige der von uns angetroffenen Frauen hat aus dem Status der Hilfsarbeiterin aufsteigen können. Ihr Arbeitstempo ist recht hoch. Die Vorarbeiter waren oft sehr jung, so daß sie ihre Söhne hätten sein können. Sie sprachen Frauen und Ausländer nicht mit Namen an, sondern nach Geschlecht ("Ich schick Dir 2 Frauen") oder Nationalität ("Wo ist der Chinese?") an. Die von uns angetroffene Schicht junger Postangestellter hat sich inzwischen auf die Studies eingestellt. Der Umgang ist, verglichen mit anderen Betrieben, wenig militärisch, der Druck von oben wird nur sehr vorsichtig weitergegeben.
Wie uns zu Ohren kam, hatten die festangestellten Frauen dafür gekämpft, die Sonntagsschicht auf 7 h vorzuverlegen, damit sie rechtzeitig nach hause kämen, um den Männern das Essen zu kochen.
Der Abbau der Kernbelegschaft macht eine Organisierung im Betrieb sehr schwierig, da die kurzfristigen Arbeitskräfte weit in der Überzahl und einer Organisierung unzugänglich sind. Trotzdem wird der Erfolg jedes Kampfes gegen die Post stehen und fallen mit der Einbeziehung der JobberInnen. Der SEW-nahe Betriebsrat der Post hat deren Umstrukturierung jahrelang ignoriert und sich auf sein zusammenschmelzendes, festangestelltes Klientel verlassen.
Inzwischen, von den Ereignissen längst überholt, scheint er Lunte gerochen zu haben und hat immerhin einen Ansprechpartner für Teilzeitkräfte eingerichtet. Die Belegschaft sieht der Umstrukturierung ohnmächtig entgegen, obgleich die meisten sie als Angriff gegen ihre Gewohnheiten und Interessen begreifen. Der letzte Streik fand 1980 statt. Die PostlerInnen werden zwar als recht links und kämpferisch eingeschätzt, was sich aber gegen die Pläne des Postministers ausgewirkt hat. Wichtig ist auch in diesem Zusammenhang, daß das Postamt in der Luckenwalder als eine Art Abschiebebahnhof innerhalb der Post für unerwünschte Arbeitskräfte dient.



Der geplante Umbau

Nach Plänen von Postminister Schwarz-Schilling soll mit der Aufhebung der Monopolstellung im Kommunikationssektor eine Dreiteilung der Post in die Bereiche Postdienst, Bankwesen und Telekommunikation einhergehen. Jeder Bereich untersteht einem auf 5 Jahre verpflichteten, privaten Manage-ment. Dieses muß unbedingt gewinnorientiert wirtschaften, d.h. drastische Rationalisierungsmaßnahmen sind legitim und werden auch praktiziert. Dies ist im gewinnbringenden, hochtechnologisierten Telekommunikationssektor gewiß unproble-matisch. Mit diesem Gewinn wurde bisher v.a. der arbeitskräfteintensive Paketdienst (Kostendeckungsgrad 63 %) abgedeckt, was nach den neuen Plänen von nun an nicht mehr möglich ist. Die Folgen der Umstrukturierung sind somit im arbeitskräfte- und lohnintensiven Bereich katastrophal. Arbeitsverschärfung, Akkord und ein gigantischer Abbau der Werktätigen sind unausweichlich!

Der Betrieb wird also immer mehr auf JobberInnen ausgelegt. Die heutige Arbeitsorganisation mit ihrem Schlendrian für unsereinen ist also einerseits die flankierende Maßnahme für den baldigen großen Angriff, anderseits aber auch das Experimentierfeld für den Umgang mit einer weitgehend entgarantierten und immer nur kurzfristig beschäftigten Belegschaft.

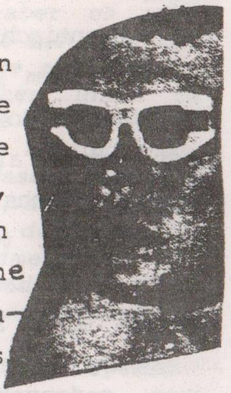
Die Post handelt sich natürlich durch die Zerschlagung der alten Kernbelegschaft neue Probleme ein: JobberInnen brauchen lange, bis sie angelernt sind, lange, bis sie ihre produktive Kooperation entwickeln. Sie identifizieren sich oft nicht mit der Arbeit und können sich ganz anders verweigern, weil ihre Angst um den Arbeitsplatz geringer ist.

Und: Sie können untereinander manchmal eine Übereinkunft über kleine Widerbortigkeiten entwickeln, weil sie nicht so leicht entlang der rassistischen und sexistischen Linie zu spalten sind und auch von alter Kultur und Gewohnheit her schneller ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln. Damit meinen wir nicht, daß JobberInnen die besseren KämpferInnen sind, aber wir halten es für wichtig festzustellen, daß das Kapital sich mit seinen Präkarisierungsmaßnahmen einen ganzen Sack neuer Probleme einhandeln wird. Dazu müssen aber noch mehr Erfahrungen gemacht und ausgewertet werden.

Eine längerfristige Organisation im Betrieb ist aber durch die JobberInnen sehr schwierig. Sie müsste eher bei Tusma und den Heinzelmännchen ansetzen.



Eine Beobachtung zum Patriarchat bei der Post



Eines Morgens sah ich oben am Paket-Förderband zwei Frauen arbeiten und rief der einen in einer kurzen Bandpause zu, sie möge mir ein Stück von ihrem Brot runterwerfen. Sie ignorierte den Anruf. Erst danach wurde mir klar, daß meine Initiative, eher ein Versuch zur Herstellung einer Verbindung unter den Arbeitskräften gemeint, von ihr vermutlich als plumpe Männeranmache verstanden worden ist. in diesem Zusammenhang kann der patriarchalische Widerspruch zwischen mir als männlicher und ihr als weiblicher Arbeitskraft ein großer Hemmschuh sein bei dem Versuch, aus dem Arbeitsalltag heraus gemeinsame Interessen gegen das Management zu finden und durchzusetzen. Wenn ich oder ein anderer Mann sie anspricht mit dem Anliegen, einen Zusammenhalt gegen die Capos herzustellen, muß sie realistischerweise jedesmal damit rechnen, daß ich sie eigentlich anmachen will und die Gemeinsamkeit als Ausgebeutete nur als Vorwand dafür benutze. Das bedeutet aber auch für mich, wenn ich versucht habe, mir ihre Situation klarzumachen, eine massive Verunsicherung und normalerweise eine ziemliche Zurückhaltung, weil ich ja meinerseits bei einer unüberlegten Kontaktaufnahme damit rechnen muß, als Abschlepper verstanden und dafür völlig abgeblocktzu werden.

Ich hab nach diesem Erlebnis auch festgestellt, daß ich danach bei der Zusammenarbeit mit Frauen am Band oder an der Schore sehr viel zurückhaltender war, sie Anzusprechen, (z.B. um zusammen langsamer zu arbeiten) als wenn ich nur mit Männern dort stand.An diesem Punkt erlebe ich als männliche Arbeitskraft (Potentieller Patriarchatsprofiteur , ihr wißt schon) das sexistische Gewaltverhältnis als meinen Interessen hinderlich. Anders ausgedrückt: Eine Veränderung der patriarchalischen Bedingungen liegt ganz unmittelbar in meinem Interesse.

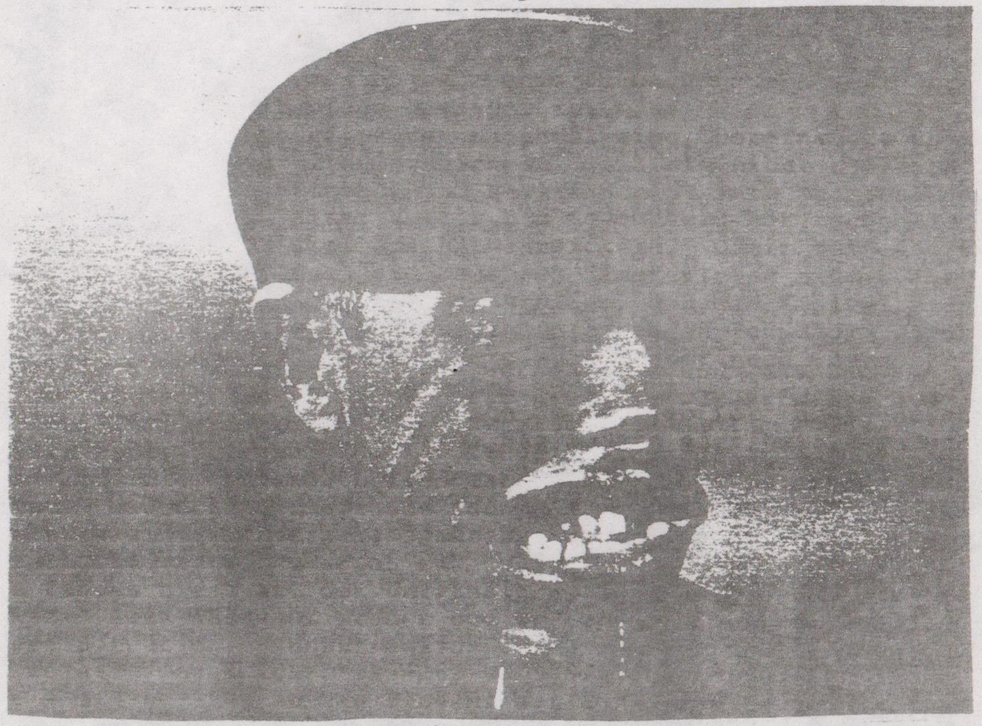
Was das aber bedeuten soll als Ansatzpunkt für konkrete Kämpfe mit anderen Männern gegen den Sexismus, ist für mich noch vollkommen unklar. Und noch viel unklarer sind die Möglichkeiten, überhaupt in irgendeine Form von Auseinandersetzungen einzutreten gegen Kapital und Patriarchat in Betrieben, wo Frauen und Männer ausgebeutet werden - zwar nebeneinander und vielleicht sogar mit denselben Löhnen, aber trotzdem unter grundverschiedenen Bedingungen.

Widersprüche in der Klassenzusammensetzung:

Das Verhältnis Festangestellte - Prekarisierte

Normalerweise haben die Pekaris einen schlechten Ruf im Klassenkampf!

Die studentisch geprägten JobberInnen identifizieren sich zwar nicht mit dem Betrieb, aber identifizieren sich auch nicht mit dem permanenten Arbeitskampf, da sie die Jobs nur vorübergehend haben, nicht als "Lebensziel" begreifen, da sie sich oft eine Karriere durchs Studium verprechen. Sie haben Angst den Job zu verlieren, vor allem bei ausländischen StudentInnen, da sie weniger Jobs bekommen können und ihr gesamtes Einkommen davon abhängig ist. Sie haben Schwierigkeiten und viel Unsicherheit im Umgang mit Festangestellten. Sie passen sich daher gleich ans "Betriebsklima" an und wehren sich nicht gegen die Vorarbeiter. Oft gehen die Studies nur hin und wieder jobben und haben daher keine Erfahrungen im Betrieb, im Umgang mit der Maloche und den dort festangestellten ArbeiterInnen. Ganz besonders krass ist es, wenn sie mal 2 Tage hier, mal 2 Tage dort malochen.



Es kommt oft vor, das studentisch geprägte JobberInnen wie die "Tiere" arbeiten und jeden Akort zerstören und sich den Haß der Festangestellten zuziehen. Die drücken die Löhne und zersetzen die eingespielte Festbelegschaft. Und sie verhalten sich oft arrogant gegenüber den ArbeiterInnen.

Dies alles verschlechtert die Ausgangsbedingungen für eine politische Klassenzusammensetzung.

Doch stellt sich die Frage, wie das gegen das Kapital umzudrehen ist?

In unserer Gruppe waren wir uns mit unseren Erfahrungen mit den studentisch geprägten JobberInnen und einer Einschätzung ihres Verhaltens sehr uneinig.

Einige von uns waren der Ansicht, daß aus diesen Leuten (mithin also auch aus uns) längerfristig ein kämpferisches Sekment der Klassenzusammensetzung werden kann.

Dafür spricht Mobilität, Auseinandersetzung mit linken Inhalten an der Reformuni, geringere Anfälligkeit für Sexismus und Rassismus, die Erfahrungen gewisser kollektiver Auseinandersetzungsformen an der Uni und ihrer Nichtidenfikation mit dem Betrieb. Die materielle Situation, gewissermaßen ihre objektive Klassenlage, vieler StudentInnen wird zusehends schlechter, d.h. der Arbeitszwang nimmt zu.Und die Möglichkeiten übers Studium Karriere zu machen, werden eingeschränkt.



Schätzen wir die Quantitative Bedeutung dieser JobberInnen für das berliner Kapital richtig ein, wenn wir sehen, wieviel Betriebe (z.B. Jakobs, Philipp Morris, Tagesspiegel) in der Produktion weitgehend auf sie angewiesen sind, muß nicht ein Versuch der Organisierung der Arbeitskraft diese Präkarisierungsformen von vorherein mit einbeziehen, indem ihre Subjektivität, Bewußtsein und der Charakter ihrer Arbeitsverhältnisse berücksichtigt werden?

Muß in der Analyse der berliner Klassenzusammensetzung nicht die spezifische Subjektivität des studentisch geprägten Jobberproletariats miteinbezogen werden, statt sich mit einer längst überholten schicken linksradikalen Studifeindlichkeit von ihnen abzugrenzen?
Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sind nicht der Auffassung die Studies seien das neue revolutionäre Subjekt!



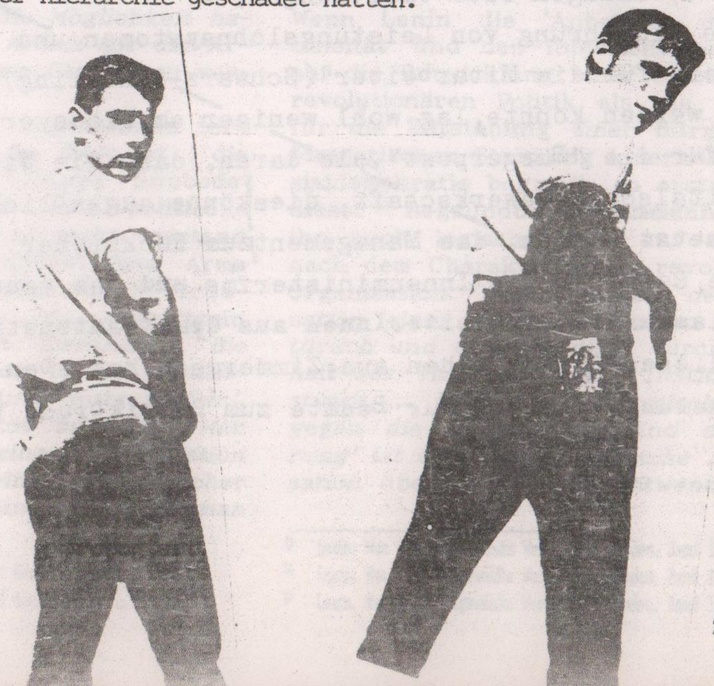




Prekäre Erfahrungen mit den Festangestellten

Wir haben hier einige Erfahrungen und Beobachtungen bei der berliner Post aufgeschrieben. Die meisten Prekaris,mit denen wir es zu tun hatten, waren Studis, ehemalige Studis oder Leute aus deren kulturellem Umfeld. Wir reden im Artikel im wesentlichen von ihnen. Ob diese Erfahrungen auch auf andere Prekaris ,die über Sklavenhändler oder anderswie [redacted] angestellt sind , zu verallgemeinern sind , war unter uns heftig umstritten.
Wie wir in den Betrieb reingingen, hatten wir als grobe Perspektive schon im Kopf, daß die unteren Lohngruppen der Festangestellten gewissermaßen die herkömmliche Arbeiterklasse - mit den Prekären zusammenhalten müßten, um Auseinandersetzungen führen zu können. Wir wollten mitkriegen, wie sie in der alltäglichen Ausbeutung draufsind und wo sie versuchen, sich ihr zu widersetzen und zu entziehen.

In der Wirklichkeit war aber kaum Raum und Möglichkeit für längere Gespräche, weil alle Festen innerhalb der betrieblichen Arbeitsteilung mehr oder minder Capofunktionen hatten, uns einteilten, rumschickten und jedenfalls uns gegenüber ein Interesse am reibungslosen Betriebsablauf hatten. Dadurch mußte mensch stets gewärtig sein, von irgendeinem Festen einen Anpfiff einzufangen; und jede Arbeitsverweigerung führte über kurz oder lang zu Streit mit ihnen. Manche Festen hatten keinen Bock, Capo zu spielen; die JobberInnen nützen die dadurch entstehenden Spielräume natürlich sofort aus bis ein anderer Capo einsprang und uns wieder arbeiten schickte.
Feste und Prekäre sind also in der Betriebshierarchie scharf gegeneinander organisiert, und jede Arbeitsverweigerung verstärkt die bisher nur unterschwellig vorhandene Feindseligkeit. Das verhindert es, mehr über sie mitzubekommen und ergibt eine vertrackte Situation: Wenn wir den Kampf gegen die Arbeit direkt führen,ist kaum die Möglichkeit, ein gegenseitiges Einvernehmen herzustellen, um sich gegen die Schichtleiter zusammenzutun. Das heißt,entweder wir besiegeln die vom Kapital wohlüberlegt vorgezeichneten Spaltungslinien, oder wir müssen annähernd so ranklotzen, wie es die Festen von uns wollen müssen.
In der Realität haben wir das nie so ausdiskutiert und uns ziemlich rasch und entschieden gegen die Festen zusammengetan, um uns die kleinen Pausen rauszuholen. In der Kantine und im kleinen Pausenraum während der Nachtschicht saßen dann die Festen auch immer scharf abgetrennt an einem Tisch für sich. Längerfristig wär aber die Überwindung dieser Spaltung eine sehr wichtige Sache geworden. Vor allem wäre es nötig gewesen, Punkte im Arbeitsablauf zu finden, an denen etwa langsamarbeiten allen genutzt und den Festen nicht in ihren Zwängen in der Hierarchie geschadet hätten.



POSTREFORM UND DIE VERTEIDIGUNG DES STATUS QUO DURCH DIE ARBEITERINNENKLASSE zum WiWo Artikel v. 5.1.88

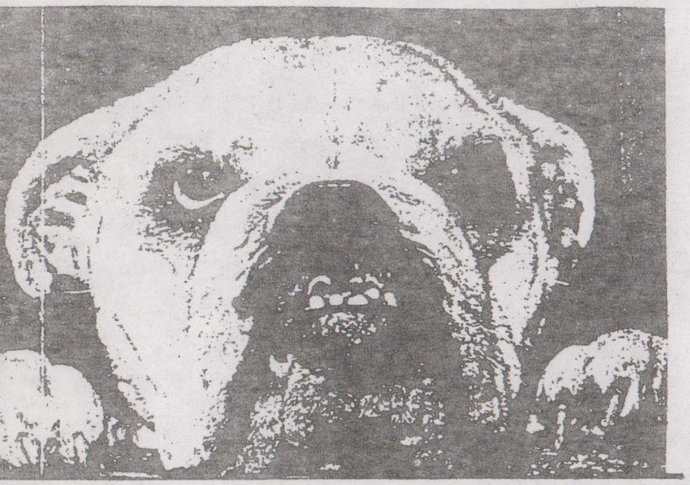
Doch bei aller Propagandashow um Deregulierung und Privatisierung sieht es für den "gelben Bereich" der Post so aus, als liessen sich die Management-Vorstellungen gegen den Klassendruck augenblicklich nicht durchsetzen: eine tatsächliche Entflechtung der drei Bereiche findet weder auf der Kommandoebene ("verwaltungstechnisch") noch vom "Finanziellen"her statt. (Siehe dazu den Artikel aus der Wirtshhaftswoche vom 5.1.1988) Weiterhin wird der Status Quo der ArbeiterInnen im "gelben Bereich" nicht frontal angegeriffen werden, weiterhin werden die Defizite, die die Klasse durch Durchsetzung und Verteidigung des Status Quo der Post beibringt, auf andere Bereiche "abgewälzt". Die bürgerliche Ökonomie nennt dieses Ausweichen vor dem Klassendruck "Subvention".
Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: wir behaupten hier nicht, dass bei der Bundespost der revolutionäre rote Bär tobt. Vielmehr geht es uns darum, klar zu machen, dass das Management die MalocherInnen im "gelben Bereich" nach wie vor nicht zum Arbeiten bringt, sie dazu bringt, "sich als Kapital zu verwerten". Weder gelang ihm dies durch die permanente Neuzusammensetzung der Klasse ~~durch die~~ über verschiedenartigsten "Arbeitsverhältnisse" - Studies / Feste- , noch durch Zersetzungsmechanismen wie ein Sammelsurium der verschiedensten Schichtzuteilungen oder Umsetzungen,
Dass die Einführung von Leistungslohnsystemen und "Leistungswettbewerb für die Mitarbeiter"(Schwarz-Schilling) nicht durchgesetzt werden konnte, lag wohl weniger am Plädoyer der Postgewerkschaft für die "Bürgerpost", als daran, dass die Warnsignale der Kapitalsonde Gewerkschaft, dies könne augenblicklich nicht durchgesetzt werden, das Management zum Rückzieher trieb.
Auch die Reaktion des Innenministeriums und das neuerliche "Nein" zur Entlassung der ArbeiterInnen aus dem Beamtenstatus drückt dieses Zurückziehen aus: Zimmermann hat eben noch genau in Erinnerung, dass er nur Beamte zum Streikbruch verpflichten kann.

Trotz der Stärke des Klassendruckes zur Verteidigung des Status quo ist die Klasse im "gelben Bereich" nicht in der Offensive. Wie widersprüchlich diese "Verteidigung" ist, geht schon allein aus der Zusammensetzung der Klasse hervor, die sich vorallem dadurch auszeichnet, dass der verteidigte Status quo nur für eine Minorität der ArbeiterInnen gilt.
Dieser -in gewissem Grade und punktuellen- Blockade seiner Entwicklungsdynamik weicht das Kapital in andere Sektoren aus, es verlagert bzw. verstärkt seinen Angriff auf andere Segmente der Klasse. Hier sind augenblicklich zwei Linien auf "nationaler Ebene" zu erkennen:
Zum einen über die Aufweichung bzw. Auflösung des "Zulieferkartells", d.h. über die "Einführung der Konkurrenz" soll ein Teil der Defizite auf die in diesen Industrien arbeitenden MalocherInnen abgewälzt werden, die so gesenkten Preise sollen als "Senkung der Produktionskosten" gegen die MalocherInnen durchgesetzt werden. Beispielsweise ist der erhöhte Druck auf die MalocherInnen in den VW-Zulieferklitschen nur zu ahnen, wenn man bedenkt, dass VW bislang das absolute Zuliefermonopol für PKW's, Kleinbusse, Pritschenwagen und Ersatzteile an die Post inne hatte.
Zum anderen über die Digitalisierung des Fernmeldenetzes, d.h. die bisherige elektromechanische Übertragungs/Vermittlungstechnik zwischen den Fernmeldeämtern wird auf Elektronik/Computer umgestellt. Wie diese Umstellung bei der Post im einzelnen technisch funktioniert, ist in der Wechselwirkung 1/88 nachzulesen. Wichtig für uns hier ist: durch dieses "neue Produkt" wird die gesamte Produktion in einigen Elektronikbuden vollkommen umstrukturiert und darüber die ArbeiterInnenklasse völlig neu zusammengesetzt. Was vor Jahren bereits bei DETEWE durchgezogen wurde (60% der Produktion gehen an die Post), läuft augenblicklich gegen die MalocherInnen bei SEL und vorallem gegen die Frauen. Bereits im Sommer 85 schreibt die FAZ von anachroniatischen Arbeitsbedingungen und einer sehr niedrigen Produktivität im Berliner SEL-Werk. Über den "Hebel Post" werden die "neuen (Takt)Zeiten" in der Produktion nun gegen die Klasse aufgefahren.

Dieses Artikelchen könnte/sollte auch ein Beitrag zur Diskussion über/Einschätzung von Klassenkämpfen für einen Status Quo sein,

wie sie beispielsweise auch gerade an Rheinhausen laufen.

Ein zentraler Punkt in diesen Diskussionen, auf den wir nicht näher eingehen können, da unsere Kontakte zu den Festen schwer zu wünschen übrig liessen, ist das Verhältnis der MalocherInnen zur Gewerkschaft.
Genauer: Inwieweit forciert die Klasse in diesen Kämpfen Risse und Brüche zu diesem Arm des Kapitals, in welcher Richtung wären diese zu vertiefen, inwiefern können wir in Interventionen zu einer sochen Vertiefung der Risse beitragen?



Reform nur am Rand

Noch hinter den zögerlichen Reformvorschlägen der Fernmeldekommission bleibt der Gesetzesvorschlag zurück, der derzeit im Postministerium erarbeitet wird: Der Minister wagt sich nur an die überfällige Organisationsreform und an eine Lockerung des Postmonpols in wenigen Randbereichen.

Post von der Post erhielten 28 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik: „Die Post macht sich fit", ließ Minister Christian Schwarz-Schilling per Postwurfsendung verkünden. Denn plötzlich soll es ganz schnell gehen: Abstimmung des vorläufigen Gesetzentwurfs zur Postreform mit den anderen Bundesministerien noch im Februar, Kabinettsvorlage bis März, Gesetzgebung im Lauf des Jahres und erste Reformschritte bereits 1989 – so lautet zumindest der Fahrplan des Bundespostministers.

Doch die flotte Frühjahrskur verdeckt, daß außer der seit den sechziger Jahren aufgeschobenen Organisationsreform fast alles beim alten bleibt – das antiquierte Monopol schminkt sich auf modern, wie die derzeit vorliegenden vertraulichen Gesetzentwürfe und Begründungen für ein Postverfassungsgesetz zeigen:

☐ Zwar wird das Postministerium optisch von den eigentlichen Betriebsbereichen getrennt. Doch auch in Zukunft darf der Minister „die mittel- und langfristige Unternehmenspolitik" bestimmen und im „Rahmen der politischen Vorgaben" festlegen, welche neuen Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation angeboten werden. Damit definiert er die Grenzen des Monopols und bleibt weiterhin Minister und oberster Chef, Spieler und Schiedsrichter in einer Person.

☐ Zwar wird formal die Post in je ein Unternehmen für Postdienst, Bankgeschäfte und Telekommunikation aufgeteilt. Doch sie bleiben ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sondervermögen Deutsche Bundespost vereint und sind „ausdrücklich gehalten, ihre Dienstleistungen im Rahmen ihres Bedarfs und unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit gegenseitig in Anspruch zu nehmen".

☐ Zwar erhält jeder der drei Teilbetriebe einen eigenen, dem Aktienrecht nachempfundenen Vorstandsvorsitzenden. Doch die Postchefs bilden eine Dreifaltigkeit in einem sogenannten Direktorium, das die Bundespost nach außen vertritt, „zusammenfassende und koordinierende Aufgaben wahrnimmt" und als „einheitliche Verwaltung" wirkt.

☐ Zwar soll jeder Betrieb dafür sorgen, „daß die Aufwendungen die Erträge decken und darüber hinaus ein angemessener Gewinn als Selbstfinanzierungsbeitrag erwirtschaftet" wird. Doch allen Beteuerungen zum Trotz, die Subvention des Briefdienstes durch den Telefonkunden werde beendet, wird der Finanzausgleich zwischen den Unternehmenszweigen auch weiterhin ermöglicht.



Und daß die Quersubvention auch lautlos funktioniert, dafür sorgt das Direktorium: Dort sollen die Verrechnungspreise festgelegt werden, welche die Posttöchter sich gegenseitig genehmigen, um Profite und Defizite auch weiterhin hin- und herschieben zu können.

Die Einrichtung des Direktoriums mußte sich Schwarz-Schilling einfallen lassen, um den lautstarken Protest der Deutschen Postgewerkschaft gegen die angebliche „Zerschlagung unserer Bürgerpost" aufzufangen. Aber auch andere Interessengruppen verhindern eine grundlegende Reform. So wird der Umbau der Post zu einem „marktorientierten Serviceunternehmen mit leistungsbezogenem Entgelt und Leistungswettbewerb für die Motivation der Mitarbeiter" (Schwarz-Schilling) auch durch Friedrich Zimmermanns Innenministerium gebremst: Allenfalls die Vorstandsmitglieder der neuen Postbetriebe und die ihnen unmittelbar unterstellte Führungsschicht dürfen auf seine Weisung hin aus den Fesseln des öffentlichen Dienstrechts entlassen werden.

Einen Rückzieher mußte Schwarz-Schilling auch auf Druck der Industrie machen: Frühestens ab 1990, so seine Zusage an den Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie kommt es zur Freigabe des Endgerätemarktes – bis dahin kauft die Post weiter ihre Telefone beim Kartell der deutschen Hoflieferanten ein.

Ärger steht auch bei der Neugestaltung der politischen Aufsicht an: Derzeit werden grundlegende Weichen für die Post im Postverwaltungsrat gestellt, dessen 24 Mitglieder sich aus je fünf Bundestagsabgeordneten, Länderrepräsentanten und Wirtschaftsvertretern sowie sieben Gewerkschaftsfunktionären und zwei Sachverständigen für Finanzen und Technik – letzterer bisher von Siemens gestellt – zusammensetzen. In Zukunft kann Schwarz-Schilling insgesamt 63 Aufsichtsratspöstchen in den drei Töchtern vergeben – wobei allerdings die Wirtschaftsvertreter leer ausgehen: Für sie ist kein Mandant vorgesehen, denn nach der neuen Postphilosophie befindet man sich ja im Wettbewerb mit der Wirtschaft.

Allerdings ist noch offen, ob die Länder mitziehen: „Die Regierungschefs der Länder erwarten, daß auch in Zukunft die Mitwirkungsrechte der Länder in der Substanz mindestens im heutigen Umfang erhalten bleiben", droht die Beschlußempfehlung der Ministerpräsidentenkonferenz: Die Länder stemmen sich gegen eine Entpolitisierung der Post, um weiter „strukturpolitische Gestaltungsmöglichkeiten" zu behalten.

Bei soviel politischem Widerstand gegen die Organisationsreform bleibt wenig Luft für die angestrebte Neuordnung der Märkte: Zwar kündigte Schwarz-Schilling eine „sorgfältige Prüfung" darüber an, ob wenigstens Autotelefon und Funknetze wie in England und Frankreich für Wettbewerber freigegeben werden könnten. Doch die Reformgegner arbeiten darauf hin, die notwendigen Verfahren möglichst langwierig zu gestalten – möglichst so lange, bis alle fürs Autotelefon zur Verfügung stehenden Frequenzen bereits von der Post besetzt sind.

Und auch die freizügige Satellitenkommunikation soll weitgehend im Monopolgriff bleiben: Nur besonders langsame Datenströme dürfen demnach per Satellit von Computer zu Computer geschickt werden – zudem dürfen die Satellitennetze nicht mit den irdischen Netzen der Post verknüpft werden.

Die Angst der Post ist in diesem Fall nicht unbegründet: Die anderen europäischen Postverwaltungen und die internationalen Satellitenorganisationen verfügen derzeit über eine Überkapazität an Satellitenkanälen. Weil die Bundespost für ihre Datennetze bis zu 20mal soviel verlangt wie andere europäische Postbetriebe, rechnet es sich für Banken, Versicherungen und Verlage, dem überteuerten Postnetz über Erdtrabanten auszuweichen.

Zufrieden mit der Postreform kann allerdings Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg sein: Ihm garantiert Schwarz-Schilling bis 1992 eine jährliche Posttantieme für den Bundeshaushalt von fünf Milliarden Mark, danach will sich die Post wie eine Aktiengesellschaft besteuern lassen.

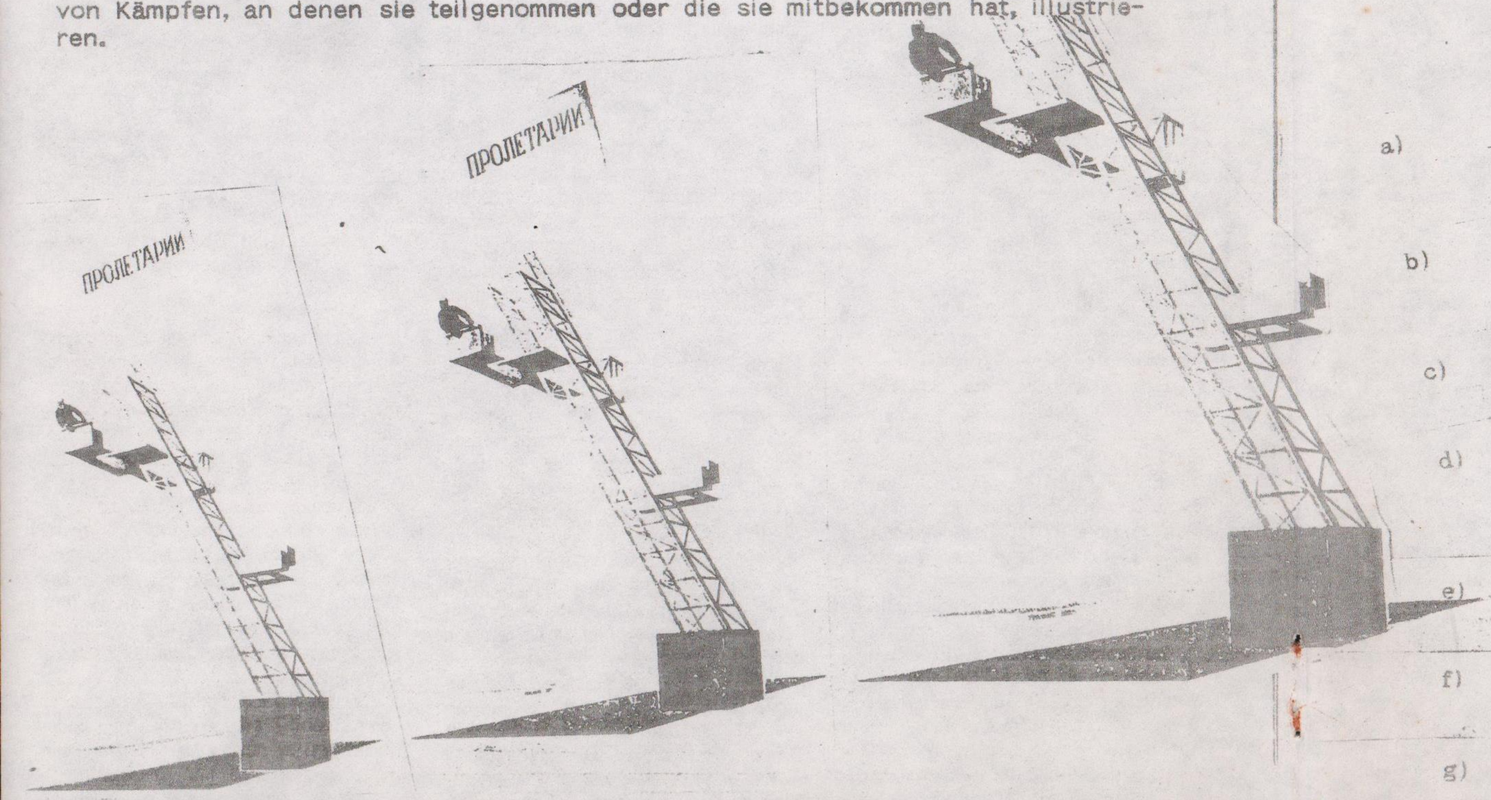
Doch auch hier haben die Postler eine Fallgrube eingebaut: Weil ab 1989 steuermindernde Pensionsrückstellungen für die volle Altersversorgung der Postbeamten gebildet werden, bleibt dann vom Jahresgewinn der Post nichts mehr für den Finanzminister übrig.

ROLAND TICHY

LENIN: WAS TUN

(Zusammenfassung)

»Was Tun« ist einer der Haupttexte Lenin's, den er in den Jahren 1901 / 1902 schrieb. Die Punkte, die er hier entwickelt, beinhalten also noch nicht die Erfahrungen der Revolution von 1905, benennen aber die zentralen Momente, die sein Konzept revolutionärer Organisation umreissen.
Die Zusammenfassung, die wir im folgenden abdrucken, stellt erstmal noch keine politische Diskussion der Lenin'schen Thesen dar, sondern soll der Diskussion um Konzepte revolutionärer Organsisierung als Arbeitsmaterial dienen. Der Text selbst bildete die Grundlage der bolschewistischen Organisationskonzepte der folgenden Jahre, die historisch gesehen eine zentrale Erfahrung der Arbeiterklasse und damit einen wichtigen Orientierungspunkt für die revolutionäre Organisierung bilden. Den Bezug auf Lenin haben wir in der schon (mehr schlecht als recht) laufenden Diskussion mit der Zusammenfassung von Negri's »La fabricca della strategia - 33 lezioni su Lenin« hergestellt (siehe Info 19). Uns erscheint diese Zusammenfassung eines Textes von Lenin selbst aber deshalb notwendig, weil Negri sehr geschickt darin zu sein scheint, Lenin so zu interpretieren, wie er's braucht. Damit stellt sie also auch Arbeitsmaterialien für die Diskussion des Negri'schen Textes dar.
Bei der Lektüre sowohl Lenin's wie anderer revolutionärer Theoretiker sticht in's Auge, daß die Situation der Frauen wie ihre Beteiligung an den Klassenkämpfen unter den Tisch fällt. Deswegen folgen im Anschluß an die Zusammenfassung noch zwei Texte:
1. Ausschnitte aus »Die Bolschewiki und die Frauenunterdrückung« von Alix Holt, die einen, wenn auch nicht sehr detaillierten, Blick auf die Situation der Frauen vor, während und nach der Oktoberrevolution wirft.
Wenn dann doch hier und da Namen von Frauen im historischen Rahmen der Oktoberrevolution auftauchen, sind es vor allem zwei - die Kollontai und die Krupskaja. Deshalb als
2. Ausschnitte aus einer Autobiographie Alexandra Kollontai's, die ihre Sichtweise von Kämpfen, an denen sie teilgenommen oder die sie mitbekommen hat, illustrieren.



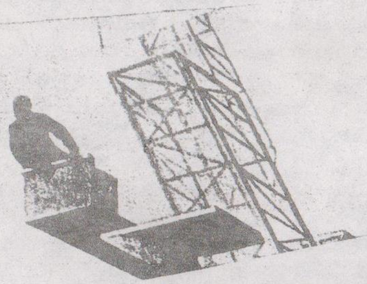
I. Die Entstehung revolutionären und reformistischen Bewußtseins

a) Das 'spontane' Bewußtsein der Arbeiterklasse und die Lehre des Sozialismus



b) Die Anbetung der Spontaneität, Grundlage für die Entstehung des Ökonomismus

c) Der Zusammenhang zwischen Ökonomismus und Terrorismus



II. Die Notwendigkeit, mit Hilfe einer starken Organisation die revolutionäre Theorie zu verbreiten und ihr praktisch zum Durchbruch zu verhelfen.

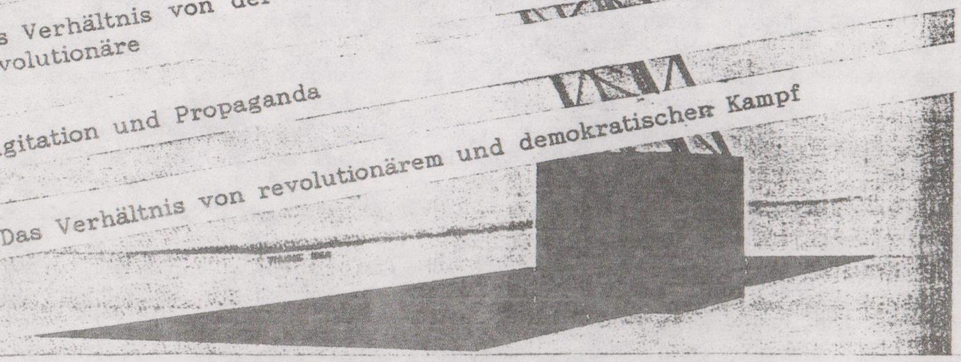
a) Die Organisation der Revolutionäre und die Handwerkelei



b) Das Verhältnis von der Organisation der Arbeiter zur Organisation der Revolutionäre

c) Agitation und Propaganda

d) Das Verhältnis von revolutionärem und demokratischem Kampf



e) Das Verhältnis von Demokratie und revolutionärer Organisation

f) Das Verhältnis von örtlicher und überregionaler Arbeit

g) Der Plan einer zentralen Zeitung als kollektiver Organisator

I. Die Entstehung revolutionären und reformistischen Bewußtseins

a) Das 'spontane' Bewußtsein der Arbeiterklasse und die Lehre des Sozialismus

In der zusammenfassenden Betrachtung Lenins »Was Tun« können wir grob zwei Argumentationsstränge ausmachen, die sich durch den gesamten Text ziehen, die einerseits die Bedingungen und Voraussetzungen für die Entwicklung revolutionären Bewußtsein beschreiben und andererseits dessen praktische Umsetzung in organisatorischer Hinsicht thematisieren. Um zu verstehen, warum Lenin die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation auch und gerade im Hinblick auf die Entwicklung und Verbreitung revolutionären Bewußtseins begründet, ist es notwendig, seine Ausgangspositionen zu kennen, auf denen er im wesentlichen seine Argumentation aufbaut.

Wesentliches Moment ist für ihn die Feststellung, daß die Arbeiterklasse aus sich selbst heraus nie ein revolutionäres Bewußtsein entwickeln wird. *"Streiks gab es in Rußland auch in den siebziger und sechziger Jahren .... und sie waren begleitet von 'spontaner' Maschinenstürmerei u. dgl. Verglichen mit diesen 'Rebellionen' kann man die Streiks der neunziger Jahre sogar als 'bewußt' bezeichnen - so bedeutend ist der Schritt vorwärts, den die Arbeiterbewegung in dieser Zeit getan hat. Dies zeigt uns, daß das 'spontane Element' eigentlich nichts anderes darstellt als die* ***Keimform*** *der Bewußtheit .... Waren die Rebellionen lediglich eine Auflehnung unterdrückter Menschen, so stellten die systematischen Streiks bereits Keimformen des Klassenkampfes dar, aber eben nur Keimformen. An und für sich waren diese Streiks ein trade-unionistischer und noch kein sozialdemokratischer Kampf; sie kennzeichneten das Erwachen des Antagonismus zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, aber den Arbeitern fehlte - und mußte auch fehlen - die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System, das heißt, es fehlte ihnen das sozialdemokratische Bewußtsein. In diesem Sinne blieben die Streiks der neunziger Jahre trotz ihres gewaltigen Fortschritts im Vergleich zu den 'Rebellionen' eine rein spontane Bewegung."*[1]

Während Lenin hier sowohl die Bedeutung der Kämpfe der Arbeiterklasse für die revolutionäre Bewegung in Rußland betont als auch deren Befangenheit im trade-unionistischen Bewußtsein thematisiert, stellt er im Folgenden die Entwicklung der sozialistischen Theorie als etwas davon Unabhängiges dar, wobei er besonders auf deutsche Erfahrungen zurückgreift. *"Engels spricht* ***nicht von zwei*** *Formen des großen Kampfes der Sozialdemokratie (dem politischen und dem ökonomischen) ...,* ***sondern von drei, indem er neben diese auch den theoretischen Kampf stellt.*** *... Ohne Vorausgang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels, wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus - der einzige wissenschaftliche Sozialismus, der je existiert hat - nie zustande gekommen."*[2] --- *"Die Lehre des Sozialismus ist ... aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. ... (Ebenso) entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären, sozialistischen Intelligenz."*[3]

Lenin stellt also unterschiedliche Ebenen von Bewußtheit fest: die wissenschaftliche Lehre des Sozialismus (Arbeiterwissenschaft) und das trade-unionistische Bewußtsein der Arbeiterklasse. Ihm kommt es darauf aufbauend besonders darauf an, zu erklären, daß das revolutionäre Bewußtsein nicht urwüchsig oder gesetzmäßig aus dem Arbeiterbewußtsein erwächst, sondern daß es im Gegenteil vordringlichste Aufgabe der Revolutionäre ist, *"die Arbeiter auf das Niveau des* ***sozialdemokratischen*** *Bewußtseins zu*

1 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 365
2 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 390
3 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 365

heben",[4] denn *"die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten verbreitete ... bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf."*[5]

Dieser Zusammenhang zwischen Arbeiterbewußtsein und revolutionärer Theorie ergibt sich für Lenin zwingend auf der Grundlage der materiellen Bedingungen, auf denen allein Bewußtsein entstehen kann. Da die Arbeiterklasse erst einmal ihre Erfahrungen aus der ökonomischen Konfrontation mit den Kapitalisten sammelt, Erfahrungen, die alleine nicht ausreichen, um den gesellschaftlichen Rahmen, in dem diese Kämpfe stattfinden, zu erfassen, ist sie aus sich heraus auch nur dazu in der Lage, trade-unionistisches Bewußtsein zu entwickeln. *"Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht ... lernen,* ***jede*** *andere Klasse der Gesellschaft in* ***allen*** *Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten. ... Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit ... der durch die Erfahrungen des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen* ***aller*** *Klassen der modernen Gesellschaft."*[6] --- Und weiter, als fiktive Ansprache von Arbeitern: *"Es ist notwendig, daß die Intellektuellen uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrikerfahrung und 'ökonomischen' Erfahrung nie lernen können, nämlich: politisches Wissen."*[7] ---

Und wenn Lenin als Schlußfolgerung dann davon spricht, daß dieses Wissen, das revolutionäre Bewußtsein überhaupt den Arbeitern nur 'von außen' gebracht werden könne, so verwendet er dieses 'von außen' nicht als lokale sondern als inhaltliche Bestimmung. *"Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter* ***nur von außen*** *gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern."*[8]

b) Die Anbetung der Spontaneität, Grundlage für die Entstehung des Ökonomismus

Aus der Feststellung, daß die Arbeiterklasse aus sich selbst heraus nur dazu in der Lage ist, trade-unionistisches Bewußtsein zu entwickeln, ergibt sich fast schon zwangsläufig, daß jeder Versuch, revolutionäre Politik auf der Grundlage ökonomischer Konflikte oder spontaner Bewegungen der Arbeiterklasse zu entwickeln, zum Scheitern verurteilt sein muß. Lenin entwickelt diese These an Hand der Auseinandersetzungen, die zu der Zeit, als er »Was Tun« schrieb, zwischen der Strömung der Ökonomisten und seinen eigenen Auffassungen in der russischen Sozialdemokratie liefen. Repräsentiert wurde die ökonomistische Strömung im Wesentlichen von den Zeitungen 'Rabotsche Delo' und 'Rabotschaja Mysl', während Lenins Auffassungen sich häufig in den Artikeln der 'Iskra' wiederfanden. In der Gegenüberstellung wesentlicher Zitate aus den beiden erstgenannten Zeitungen mit den Entgegnungen Lenins wird deutlich, daß es bei dieser Auseinandersetzung letztlich um die Konfrontation zwischen reformistischer und revolutionärer Politik ging.

In der Nummer 10 des 'Rabotsche Delo' ist zu lesen: *"Der revolutionäre Sozialdemokrat hat die Aufgabe, durch seine bewußte Arbeit die objektive Entwicklung nur zu beschleunigen, nicht aber sie durch subjektive Pläne aufzuheben oder zu ersetzen. In der Theorie weiß die 'Iskra' das alles. Aber die enorme Bedeutung, die der Marxismus der bewußten revolutionären Arbeit mit Recht beimißt, verführt sie, ... in der Praxis dazu, die Bedeutung des objektiven oder spontanen Elementes der Entwicklung zu unterschätzen."* Wie sich die Ökonomisten die richtige Einschätzung des 'spontanen

4 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 411
5 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 377
6 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 407
7 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 412
8 Lenin, Was Tun. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Band 1. S. 418

Elementes' in der Praxis vorstellten, wird aus folgenden, von Lenin zusammengestellten Zitaten der Nummer 1 der 'Rabotschaja Mysl' deutlich: "*die ökonomische Bewegung wird verdunkelt durch das Bestreben, stets an das politische Ideal zu denken; - der Wahlspruch der Arbeiterbewegung müßte 'Kampf um die wirtschaftliche Lage' oder, besser noch 'Die Arbeiter für die Arbeiter' sein; - die Streikkassen sind für die Bewegung wertvoller als hundert andere Organisationen; - die Hauptsache ist nicht die 'Elite' der Arbeiter, sondern der 'Durchschnitts'arbeiter, der Arbeiter aus der Masse; - die Hauptsache ist, daß die Politik immer gehorsam der Wirtschaft folgt.*" Das 'Rabotscheje Delo' variiert diese letzte Aussage in ihrem Programm, indem es schreibt: "*In Rußland ist der ökonomische Kampf mehr als in irgendeinem anderem Lande mit dem politischen untrennbar verbunden.*" Und diese Ansicht wird von dem Redakteur B. Kritschewki im 'Rabotsche Delo' Nummer 7 noch vertieft: "*Welcher Sozialdemokrat weiß denn nicht, daß nach der Lehre von Marx und Engels die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Klassen die entscheidende Rolle in der Geschichte spielen und daß folglich auch der Kampf des Proletariats für seine wirtschaftlichen Interessen von ausschlaggebender Bedeutung für die Klassenentwicklung und den Befreiungskampf des Proletariats sein muß?*"[9]

Die Aneinanderreihung verschiedener Zitate aus den beiden wesentlichen Sprachrohren der ökonomistischen Strömung innerhalb der damaligen russischen Sozialdemokratie dient Lenin hier dazu, deutlich zu machen, wie logisch und konsequent bürgerlich-reformistische Politik aus der Überbetonung des 'spontanen Elementes' innerhalb der Arbeiterklasse entsteht. Diese Politik bedeutet für ihn "*vollständige Unterdrückung der Bewußtheit durch die Spontaneität ... derjenigen Arbeiter, die dem Argument erlagen, daß eine Kopeke Zulage pro Rubel wertvoller sei als aller Sozialismus und alle Politik; ... daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des 'bewußten Elementes', ... die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet. ...*"[10], denn "*die **spontane** Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.*"[11]

Besonders die Behauptung, daß der ökonomische und politische Kampf untrennbar verbunden sei, daß der politische Kampf gleichsam naturgesetzmäßig aus dem ökonomischen Kampf hervorginge, kennzeichnet die ökonomistische Strömung in der Sozialdemokratie. "*Diese Behauptungen der 'Rabotschaja Mysl' und des 'Rabotsche Delo' sind absolut unzutreffend, **wenn man unter Politik sozialdemokratische Politik versteht.** Sehr oft ist der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter ... mit der bürgerlichen, klerikalen usw. Politik (wenn auch nicht untrennbar) verbunden. Die Behauptungen ... sind zutreffend, wenn man unter Politik trade-unionistische Politik versteht, das heißt das gemeinsame Bestreben aller Arbeiter, zu erreichen, daß der Staat diese oder jene Maßnahmen ergreift, die den mit ihrer Lage verbundenen Nöten abhelfen, aber diese Lage selbst nicht beseitigen, d.h. die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital nicht aufheben. ... Wir sehen also, daß die 'Rabotschaja Mysl' auch in Bezug auf den politischen Kampf weniger eine Ablehnung dieses Kampfes zum Ausdruck bringt als vielmehr die Anbetung der **Spontaneität**, der Unbewußtheit dieses Kampfes. Sie erkennt durchaus den politischen Kampf an, der aus der eigentlichen Arbeiterbewegung elementar hervorwächst (richtiger: die politischen Wünsche und Ansprüche der Arbeiter), verzichtet aber gänzlich darauf, eine spezifische **sozialdemokratische Politik selbstständig auszuarbeiten**, die den allgemeinen Aufgaben des Sozialismus und den heutigen russischen Verhältnissen entspricht.*"[12] --- "*Aus dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Interessen eine entscheidende Rolle spielen, ist **keineswegs zu folgern**, daß der wirtschaftliche ... Kampf von ausschlaggebender Bedeutung sei, denn die wesentlichsten, 'entscheidenden' Interessen der Klassen können **nur** durch radikale **politische** Umgestaltungen befriedigt werden; insbesondere kann das grundlegende wirtschaftliche Interesse des Proletariats nur durch eine politische Revolution befriedigt werden, die die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt.*"[13]

[9] Alle Zitate aus Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 371 - S. 386

[10] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 372/372

[11] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 376

[12] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 378/379

c) Der Zusammenhang zwischen Ökonomismus und Terrorismus

Während der Ökonomismus als wesentliche Strömung innerhalb der Sozialdemokratie dem Hauptangriff der Lenin'schen Argumentation ausgesetzt ist, so wird von ihm jedoch auch der Terrorismus, im wesentlichen verkörpert von der revolutionärsozialistischen Gruppe und ihrer Zeitung 'Swoboda', als weitere Spielart opportunistischer Politik aufgeführt. Der Zusammenhang zwischen Ökonomismus und Terrorismus stellt sich für Lenin über deren gemeinsame Wurzel, die Spontaneität, her, die jedoch unterschiedlich ausgeprägt ist.

"*Die 'Ökonomisten' und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die 'Ökonomisten' - der Spontaneität der 'reinen' Arbeiterbewegung, die Terroristen - der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden.*"[14]

Wenn hier von einer sogenannten terroristischen Strömung die Rede ist , die sich vor allem um die Gruppe 'Swoboda' bildete, so meint dies eine politische Richtung, die den 'Terror' nicht verstand als Aktiosnform des militärischen Arms einer politischen (übergeordneten) Organisation, sondern ihn als Bewußtsein schaffendes Instrument anwandte. "*Die 'Swoboda' propagiert den Terror als Mittel, die Arbeiterbewegung 'aufzurütteln', ihr einen 'starken Anstoß' zu geben. Man kann sich schwerlich eine Argumentation vorstellen, die sich selbst anschaulicher widerlegte! Gibt es denn, so fragt man sich, im russischen Leben noch zu wenig Schändlichkeiten, daß man besondere 'aufrüttelnde' Mittel erfinden muß? Und andererseits, wer selbst durch die in Rußland herrschende Willkür nicht aufgerüttelt wird, ... der wird offenbar zum Zweikampf zwischen der Regierung und einem Häuflein von Terroristen ruhig zusehen und 'die Daumen drehen'.*"[15] --- Der Terrorismus ist bestrebt "*in der Bewegung, die sich entwickelt und festigt, aber noch dem Anfang näher steht als dem Ende, die Symptome des Endes künstlich hervorzurufen.*"[16]

Und hier treffen sich dann nach Lenins Ansicht der Ökonomismus und der Terrorismus, wobei der Terrorismus nur noch die oben beschriebene Politik der Ökonomisten vervollständigt: "*Die Arbeiter führen 'ihren ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung' ... - die Intellektuellen aber führen den politischen Kampf aus eigenen Kräften natürlich mit Hilfe des Terrors.*"[17]

II. Die Notwendigkeit, mit Hilfe einer starken Organisation die revolutionäre Theorie zu verbreiten und ihr praktisch zum Durchbruch zu verhelfen

a) Die Handwerkelei und die Organisation der Revolutionäre

Wenn Lenin die 'Anbetung der Spontaneität' und den folgerichtigen Verzicht auf die Entwicklung einer eigenständigen revolutionären Politik als die Grundlage für die Entstehung einer bürgerlich-reformistischen Strömung innerhalb der Sozialdemokratie begreift, so erstreckt sich dieser Begründungszusammenhang für ihn auch logischerweise auf die Frage nach dem Charakter einer revolutionären Organisation. "*Der Charakter der Organisation einer jeden Institution wird natürlich und unvermeidlich durch den Inhalt der Tätigkeit dieser Institution bestimmt ... Für den 'ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung' ist eine gesamtrussische ... Organisation überhaupt nicht notwendig - und*

[13] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 383

[14] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 414

[15] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 416

[16] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 480

[17] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 414

aus diesem Kampf kann daher eine derartige Organisation gar nicht hervorgehen ..."[18]

Im Folgendem versucht Lenin konkret darzustellen, was er unter Handwerkelei versteht, welche Konsequenzen daraus entstehen und warum diese Entscheidung praktischer politischer Arbeit anfangs unvermeidlich mit dem sprunghaften Anwachsen der Arbeiterkämpfe und der neuen geschichtlichen Situation zusammenhing. "*Ein Studentenzirkel knüpft Beziehungen zu Arbeitern an und beginnt zu arbeiten, ohne jede Verbindung mit den alten Funktionären der Bewegung, ohne jede Verbindung mit Zirkeln an anderen Orten oder auch nur in anderen Stadtteilen, ... die Anziehungskraft des Komitees nimmt zu, es wächst das Ausmaß seiner Tätigkeit, und das Komitee erweitert diese Tätigkeit ganz spontan: dieselben Menschen ... knüpfen nun Beziehungen zu anderen Gruppen von Revolutionären an, schaffen Literatur herbei, machen sich daran, eine lokale Zeitung herauszugeben, beginnen von der Veranstaltung einer Demonstration zu reden und gehen schließlich zu offenen Kampfhandlungen über (wobei eine solche Kampfhandlung, je nach den Umständen, entweder schon das erste Agitationsflugblatt oder die erste Nummer einer Zeitung oder die erste Demonstration sein kann). Und gewöhnlich führt gleich der Beginn dieser Aktionen zum sofortigen und vollständigen Auffliegen. Sofort und vollständig, eben weil diese Kampfhandlungen eben nicht das Resultat eines systematischen, im voraus durchdachten und von langer Hand vorbereiteten Planes für einen langen und hartnäckigen Kampf waren, sondern sich einfach aus dem spontanen Wachstum der traditionell betriebenen Zirkelarbeit ergeben haben."*[19] --- "*Das Auffliegen von Organisationen wurde so häufig, zog eine so große Menge von Menschen in Mitleidenschaft, fegte die lokalen Zirkel so gründlich hinweg, daß ... die Bewegung einen unglaublich sprunghaften Charakter annahm und sich absolut keine Kontinuität und kein Zusammenhang in der Arbeit herausbilden konnte. Das unvermeidliche Ergebnis der geschilderten Verhältnisse waren außerordentliche Zersplitterung der örtlichen Funktionäre, zufällige Zusammensetzung der Zirkel, Mangel an Vorbereitung und ein enger Gesichtskreis in theoretischen, politischen und organisatorischen Fragen."*[20]

Aus den gemachten Erfahrungen folgert Lenin, daß "*die Hauptursache der gegenwärtigen Krise in der russischen Sozialdemokratie in dem **Zurückbleiben der Führer** (der 'Ideologen', der Revolutionäre, der Sozialdemokraten) hinter dem **spontanen Aufschwung der Massen** besteht."*[21] So ergibt sich die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation gerade aus den Notwendigkeiten der Taktik in einer bestimmten Kampfsituation - dies vor allem vor dem Hintergrund des zaristischen Unterdrückungsapparates, dessen politische Polizei das Auffliegen revolutionärer Zirkel unzählige Male vorbereitet hatte. "*Solche Arbeiter, Durchschnittsmenschen aus der Masse sind fähig, in einem Streik, einem Strassenkampf gegen Polizei und Militär riesige Energie und Opfermut an den Tag zu legen, sie sind fähig, (und nur sie allein können es), den Ausgang unserer ganzen Bewegung zu **entscheiden** - aber gerade der Kampf gegen die **politische** Polizei erfordert besondere Eigenschaften, erfordert **Berufs**revolutionäre. ... Die Organisierung dieses Kampfes ist nicht **weniger notwendig** geworden, weil die Masse spontan in die Bewegung hineingezogen wird. Im Gegenteil, dadurch wird die Organisation noch **notwendiger**, denn wir Sozialisten würden unsere direkten Pflichten der Masse gegenüber nicht erfüllen, wenn wir es nicht fertigbrächten zu verhindern, daß die Polizei jeden Streik und jede Manifestation geheimhält."*[22]

Während die weiter oben beschriebene Handwerkelei notwendigerweise zuerst einmal das Ergebnis völlig neuer Erfahrungen mit der spontan anwachsenden und noch relativ jungen Arbeiterbewegung war, hat sich in der Verarbeitung dieser Erfahrungen in der russischen Sozialdemokratie wiederum gezeigt, daß die Verneinung der Notwendigkeit einer

18 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 439
19 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 440/441
20 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 442
21 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 446
22 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 450/451

starken Organisation ihre Wurzel in der Spontaneität und der ökonomistischen Herangehensweise an die Entwicklung einer revolutionären Politik hat. Die Versuche, die Beschränktheit der herrschenden Handwerkelei theoretisch zu begründen, stellten sich für Lenin folgendermaßen dar: "*Die einen begannen so zu reden: Die Arbeitermasse hat noch nicht selbst solch umfassende politische Kampfaufgaben gestellt, wie sie ihr von den Revolutionären 'aufgezwungen' werden, sie muß noch für die **nächsten** politischen Forderungen kämpfen, den 'ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung' führen (diesem, der Massenbewegung 'zugänglichen' Kampf entspricht aber naturgemäß auch eine selbst der ungeschultesten Jugend 'zugängliche' Organisation). Die anderen ... sagten: Es ist möglich und notwendig, eine 'politische Revolution zu vollbringen', dazu aber ist es absolut nicht notwendig, eine starke Organisation der Revolutionäre zu schaffen, die das Proletariat durch harten und zähen Kampf erzieht; dazu genügt es, daß wir alle den uns 'zugänglichen' und schon bekannten Knüppel zur Hand nehmen. ... Diese beiden Richtungen, die Opportunisten und die 'Revolutionisten', kapitulieren vor der herrschenden Handwerkelei, sie glauben nicht an die Möglichkeit, sich von ihr zu befreien, sie verstehen nicht unsere erste und dringendste praktische Aufgabe: **eine Organisation von Revolutionären** zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen."*[23]

b) Das Verhältnis von der Organisation der Arbeiter zur Organisation der Revolutionäre

"*Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genauso (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Partei unvermeidlich **anderer Art** sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein ... Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist. ... Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation **muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen**, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen, **völlig zurücktreten.**"*[24]

Die Arbeiter geben sich gewerkschaftliche Organisationen, die Organisation der Revolutionäre arbeitet in ihnen mit und nimmt so bewußt Einfluß auf sie. "*Die Gewerkschaftsorganisationen können nicht nur für die Entwicklung und Verstärkung des ökonomischen Kampfes von gewaltigem Nutzen sein, sie können auch zu einem sehr wichtigen Helfer für die politische Agitation und revolutionäre Organisation werden." --- "Und je breiter diese Organisationen sind, umso größer wird unser Einfluß auf sie sein, ein Einfluß, der nicht nur durch die 'spontane Entwicklung' des ökonomischen Kampfes ausgeübt wird, sondern auch durch die direkte, bewußte Einwirkung der sozialistischen Mitglieder des Verbandes auf ihre Kollegen." --- "Wir sind auch verpflichtet, alle Töne der Versöhnung und 'Harmonie' anzuprangern, die aus den Reden der liberalen Politiker in öffentlichen Arbeiterversammlungen klingen werden - einerlei, ob sie diese Töne anschlagen, weil sie aufrichtig überzeugt sind, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Klassen erwünscht sei, oder weil sie sich bei der Obrigkeit lieb Kind machen wollen, oder weil sie einfach ungeschickt sind. ... Soweit ihr den Arbeitern ... eine Falle stellt, werden wir schon für eure Entlarvung sorgen. Soweit ihr einen wirklichen Schritt vorwärts tut - wenn auch nur in Form eines 'schüchternen Zickzacks', aber immerhin einen Schritt vorwärts - , werden wir sagen: Bitte sehr! Ein wirklicher Schritt vorwärts kann nur eine tatsächliche, wenn auch nur winzige Erweiterung der Ellenbogenfreiheit der Arbeiter sein."*[25]

23 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 445
24 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 453
25 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 454 - S. 458

An Hand der Kritik der 'Swoboda' an Lenins Organisationsvorstellungen (Swoboda, Nr. 1) macht er noch einmal deutlich, welche konkreten Aufgaben und Funktionen die Organisation der Revolutionäre erfüllen muß. Die 'Swoboda' schrieb: "*Kann denn eine Arbeiterbewegung, die von außen angetrieben wird, eine wirkliche Kraft darstellen? Die Studenten sind fort - und alles steht still; man hat die Fähigsten herausgegriffen, den Rahm abgeschöpft - und die Milch wird sauer; das 'Komitee' ist verhaftet, und bis ein neues zustande kommt, tritt wieder Stillstand ein. Und all das nur, weil die Wurzeln in der Tiefe, in der Menge fehlen; nicht ein Hundert Dummköpfe ist am Werk, sondern ein Dutzend Schlauköpfe. Ein Dutzend kann immer vom Hecht geschnappt werden, erfasst aber die Organisation die Menge, kommt alles aus der Menge - dann vermag bei allem Eifer niemand die Sache zu zerstören.*"[25]

Basierend auf der Feststellung, "*daß der Verfasser die philosophische und sozialhistorische Frage nach den 'Wurzeln' der Bewegung in der 'Tiefe' verwechselt mit der technisch-organisatorischen Frage, wie der Kampf gegen die Gendarmen besser zu führen ist*", entwickelt Lenin im wesentlichen zwei unterschiedliche Stränge, die die Aufgaben der Organisation der Revolutionäre beschreiben:

1.) Die Arbeiterbewegung und der 'Antrieb von außen': "*Worin bestand, ... der 'Antrieb', den unsere Studenten unseren Arbeitern gegeben haben? **Einzig und allein** darin, daß der Student dem Arbeiter die Bruchstücke politischen Wissens übermittelte, die er selber besaß, die Brocken sozialistischer Ideen, die ihm zugefallen waren. ... Mit **diesem** 'Antrieb' müssen wir Berufsrevolutionäre uns in hundertmal stärkeren Maße beschäftigen, und werden dies auch tun.*"[27] --- "*Es ist nicht nur so, daß die Revolutionäre im allgemeinen hinter dem spontanen Aufschwung der Massen zurückbleiben, sondern es bleiben sogar die Arbeiterrevolutionäre hinter dem spontanen Aufschwung der Arbeitermassen zurück. ... Diese Tatsache zeugt davon, daß es unsere allererste, allerdringendste Pflicht und Schuldigkeit ist, die Heranbildung von Revolutionären aus der Arbeiterschaft zu fördern. ... Darum muß das Augenmerk **vornehmlich** darauf gerichtet sein, die Arbeiter auf das Niveau von Revolutionären zu **heben**, keineswegs aber darauf sich selbst unbedingt auf das Niveau der 'Arbeitermasse' **hinabzubegeben**, wie es die 'Ökonomisten' wollen, oder auf das der 'Durchschnittsarbeiter', wie es die 'Swoboda' wünscht. ... Ihr Herren Sachwalter der 'Durchschnittsarbeiter' beleidigt ja eigentlich die Arbeiter, durch euren Wunsch, euch unbedingt zu **bücken**, bevor ihr von Arbeiterpolitik oder von Arbeiterorganisation zu reden anfangt. Gibt es denn nicht auch unter den Intellektuellen Fortgeschrittene, 'Durchschnittliche' und die 'Masse'? ... man kann und muß die Arbeiter (wie auch die Studenten und Gymnasiasten) so **schulen**, daß man mit ihnen über diese Fragen **reden kann**; ... Darum hat B-w* [Redakteur des 'Rabotsche Delo'] *unrecht, wenn er sagt, daß die übrigen revolutionären Funktionen (außer der Agitation) 'mit ihrem Hauptgewicht **notgedrungen** auf einer äußerst geringen Anzahl intellektueller Kräfte lasten', weil der Arbeiter elfeinhalb Stunden in der Fabrik beschäftigt ist. Das geschieht gar nicht 'notgedrungen', sondern infolge unserer Rückständigkeit, weil wir es nicht als unsere Pflicht erkennen, jedem hervorragend befähigtem Arbeiter zu helfen, **Berufs**agitator, **Berufs**organisator, **Berufs**propagandist, **Berufs**kurier usw. usf. zu werden. ... man macht ihn zum Berufsagitator, man veranlaßt ihn, sein Arbeitsfeld zu erweitern, es von **einer** Fabrik auf das ganze Gewerbe, von **einem** Ort auf das ganze Land auszudehnen. ... Ein halbwegs talentierter und 'zu Hoffnungen berechtigender' Agitator aus der Arbeiterklasse **darf nicht** 11 Stunden in der Fabrik arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, daß er aus Mitteln der Partei unterhalten wird, daß er imstande ist, rechtzeitig in die Illegalität zu gehen, daß er den Ort seiner Tätigkeit oft wechselt, denn sonst wird er nicht viel Erfahrungen sammeln, wird seinen Gesichtskreis nicht erweitern, wird nicht imstande sein, sich wenigstens einige Jahre lang im Kampf gegen die Gendarmen zu halten. ...*

[25] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 462
[27] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 464

*Und es ist unsere direkte **Schuld**, daß wir die Arbeiter zuwenig auf diesen Weg der Schulung zu Berufsrevolutionären 'stoßen', der für sie derselbe ist wie für die 'Intellektuellen', daß wir sie allzuoft nach rückwärts ziehen durch unsere dummen Reden darüber, was die Arbeitermasse, den 'Durchschnittsarbeitern' 'zugänglich' sei usw.*"[28]

2.) Die technisch-praktische Bedeutung: "*Die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären bedeutet keineswegs, daß die Berufsrevolutionäre 'für alle denken werden', daß die Menge keinen tätigen Anteil an der **Bewegung** nehmen wird. Im Gegenteil, die Menge wird diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen, denn die Menge wird dann wissen, daß es nicht genügt, wenn sich ein paar Studenten und Arbeiter, die einen ökonomischen Kampf führen, zusammentun, um ein 'Komitee' zu bilden, sondern daß es notwendig ist, sich durch jahrelange Arbeit zu einem Berufsrevolutionär auszubilden ... Die Zentralisierung der konspirativen Funktionen der **Organisation** bedeutet keineswegs die Zentralisierung aller Funktionen der **Bewegung**. ... Die aktivste und breiteste Teilnahme der Massen an einer Demonstration wird nicht nur keinen Abbruch erleiden, sondern, im Gegenteil, viel dadurch gewinnen, daß ein 'Dutzend' bewährter Revolutionäre, beruflich nicht schlechter geschult als unsere Polizei, die ganze konspirative Arbeit zentralisieren werden, wie z.B. die Herstellung von Flugblättern, die Aufstellung eines Planes in groben Umrissen, die Einsetzung eines Stabes von Leitern für jeden Stadtbezirk, für jedes Fabrikviertel, für jede Lehranstalt usw. ... Die Zentralisierung der konspirativsten Funktionen durch eine Organisation der Revolutionäre wird den Umfang und den Inhalt der Tätigkeit vieler anderer Organisationen, die auf ein breites Publikum berechnet und darum möglichst lose und möglichst wenig konspirativ sind, nicht vermindern, sondern vergrößern; ... Solche Zirkel, Verbände und Organisationen sind überall in **möglichst großer** Zahl und mit den mannigfaltigsten Funktionen erforderlich, aber es wäre unsinnig und schädlich, sie mit einer Organisation der **Revolutionäre zu verwechseln**, die Grenzen zwischen ihnen zu verwischen, in der Masse die ohnehin sehr verblasste Erkenntnis auszulöschen, daß zur 'Bedienung' der Massenbewegung Menschen erforderlich sind, die sich speziell und uneingeschränkt der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen, und daß diese Menschen sich mit Geduld und Zähigkeit zu Berufsrevolutionären **heranbilden müssen**.*"[29]

2.1) Die Organisierung und die Spezialisierung: "***Es fehlt an Menschen, und Menschen sind in Massen da.*** *Und gleichzeitig fehlt es an Menschen, denn es sind keine. Leiter, keine politischen Führer, keine organisatorischen Talente da, die imstande wären, eine so umfassende und gleichzeitig einheitliche und geschlossene Arbeit zu organisieren, in der jede, auch die geringfügigste Kraft ihre Verwendung fände. ... Der Mangel an Spezialisierung, über den sich B-w so bitter und mit soviel Recht beklagt, ist einer der größten Mängel unserer Technik. Je kleiner die einzelnen 'Operationen' der gemeinsamen Arbeit sind, um so eher kann man Leute finden, die fähig sind, solche Operationen auszuführen (und die meist absolut unfähig sind, Berufsrevolutionäre zu werden), und um so schwieriger wird es für die Polizei, alle diese 'Teilarbeiter' zu 'schnappen', ... Um aber andererseits all diese kleinen Splitter zu einem Ganzen zusammenzufassen, um mit den Funktionen der Bewegung nicht die Bewegung selbst zu zersplittern und um dem mit kleinen Funktionen Beauftragten den Glauben an die Notwendigkeit und die Bedeutung seiner Arbeit zu geben, ohne den er überhaupt nie arbeiten wird, - für all das ist eben eine feste Organisation von erprobten Revolutionären notwendig. ... Mit einem Wort, die Spezialisierung setzt notwendigerweise die Zentralisierung voraus und erfordert sie ihrerseits unbedingt.*"[30]

[28] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 473 - S. 476
[29] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 467/468
[30] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 470 - S. 473

c) Agitation und Propaganda

Die Heranbildung der "*revolutionären Aktivität*" und "*des politischen Bewußtseins*" der Massen, die Lenin oben als ein wichtiges Moment der Organisation der Revolutionäre beschreibt, kann nur erreicht werden durch "*die politische Agitation bzw. durch deren Erweiterung um die Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.*"

"*In alle Klassen der Bevölkerung gehen müssen wir sowohl als Theoretiker und als Propagandisten wie auch als Agitatoren und als Organisatoren.*" --- "*Das Ideal eines Sozialdemokraten muß der* ***Volkstribun*** *sein, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um* ***vor aller Welt*** *seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um* ***allen*** *und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.*"[31]

Wenn Lenin von der Agitation und der Propaganda als wichtige Mittel der Sozialdemokratie spricht, so unterstreicht er auf der anderen Seite auch die Unterschiedlichkeit beider Formen. Er meint: "*... daß der Propagandist zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen muß usw. Mit einem Wort, er muß 'viele Ideen' vermitteln, so viele, daß sich nur (verhältnismäßig) wenige Personen alle diese Ideen in ihrer Gesamtheit sofort zu eigen machen werden. Der Agitator hingegen, ... er wird bemüht sein, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu* ***wecken*** *... Der Propagandist wirkt darum hauptsächlich durch das* ***gedruckte****, der Agitator durch das* ***gesprochene*** *Wort.*"[32] --- Gegen die Auffassung einiger Ökonomisten, daß die Agitation ein Appell an die Massen zu bestimmten konkreten Aktionen sei, stellt Lenin fest: "*... der 'Appell' als einzelner Akt ist entweder die natürliche und unumgängliche Ergänzung sowohl des theoretischen Traktats und der propagandistischen Broschüre als auch der Agitationsrede, oder er stellt eine rein ausführende Funktion dar.*"[33]

d) Das Verhältnis von revolutionärem und demokratischen Kampf

Neben den oben geschilderten Aufgaben der russischen Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterbewegung (Agitation, Propaganda, revolutionäre Organisierung) stellt sich für Lenin als weitere wichtige Aufgabe die Frage nach der richtigen Behandlung der Widersprüche anderer Schichten und Klassen der Bevölkerung zur Selbstherrschaft: "*Die Rede war von der möglichen und notwendigen Teilnahme der verschiedenen Gesellschaftsschichten am Sturz der Selbstherrschaft, und* ***diese*** *'aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten'* ***können*** *wir nicht nur, sondern müssen wir unbedingt leiten, wenn wir die 'Avantgarde' sein wollen.*"[34]

Auch unter einem taktischen Gesichtspunkt hält Lenin die Arbeit unter anderen Schichten der Bevölkerung für notwendig: "*Um aber den Arbeitern ein wirkliches, allseitiges und lebendiges politisches Wissen zu vermitteln, brauchen wir unsere 'eigenen Leute', Sozialdemokraten, überall, in allen Gesellschaftsschichten, in allen Positionen, wo sie die Möglichkeit haben, die inneren Triebfedern unseres Staatsmechanismus kennenzulernen. Und solche Leute braucht man nicht nur für die Propaganda und Agitation, sondern noch vielmehr für die organisatorische Arbeit.*"[35] ... "*... Wie mir ein Genosse erzählte, daß ein Fabrikinspektor, der der Sozialdemokratie ... half, sich bitter darüber beklagte, daß er nicht wisse, ... inwieweit seine Hilfe notwendig sei und in welchem Maße die Möglichkeit bestehe, seine kleinen und unbedeutenden Dienste auszunutzen. ... Solche im einzelnen 'unbedeutenden', in ihrer Summe aber unschätzbaren Dienste könnten und würden uns Angestellte und Beamte nicht nur der Fabriken, sondern auch der Post, der Eisenbahn, der Zollämter, der Adelsinstitutionen, der Kirchen und* ***jeder*** *anderen Behörde erweisen, selbst der Polizeibehörden und der Hofämter! Hätten wir bereits eine wirkliche Partei, eine wirkliche revolutionäre Kampforganisation, dann würden wir alle diese 'Helfer' nicht so zu exponieren brauchen, ... sondern wir würden sie, im Gegenteil, besonders schonen oder sogar speziell Leute für solche Funktionen schulen, eingedenk dessen, daß viele Studenten der Partei als 'Helfer' in amtlichen Stellungen viel mehr nützen könnten, als wenn sie 'kurzfristige' Revolutionäre sind. Aber ... nur eine schon völlig gefestigte Organisation, die nicht unter dem Mangel an aktiven Kräften leidet, ist berechtigt, diese Taktik anzuwenden.*"[36]

Diesen Abschnitt des Lenin'schen Textes haben wir deshalb relativ kurz gehalten, weil wir denken, daß für uns die Frage des 'demokratischen Kampfes' wohl keine Rolle mehr spielt. Sie hat für Lenin eine Rolle gespielt, weil er mit der Situation konfrontiert war, daß sich in Rußland unterschiedliche Klassen formierten, die teilweise aus unterschiedlichen Gründen im Widerpspruch zum zaristischen Regime standen. Zum Sturz dieses Regimes stellte sich Lenin das Problem, an welchen Punkten durch einen 'demokratischen Kampf' Bündnisse zwischen verschiedenen Klassen möglich seien. In einer Situation, in der sich nur zwei Klassen gegenüberstehen, in der letztlich nur eine das bestimmende Moment aller gesellschaftlichen Bewegung ist, wird sich uns das Problem eines irgendwie gearteten 'demokratischen Kampfes' nicht stellen.

e) Das Verhältnis von Demokratie und revolutionärer Organisation

Gegen die Forderungen der 'Ökonomisten', die umfassende Demokratie in einer revolutionären Organisation durchzusetzen, begründet Lenin

1.) die Unmöglichkeit von Demokratie in einer solchen Organisation: "*... niemand wird eine Organisation als demokratisch bezeichnen, die für alle Nichtmitglieder vom Schleier des Geheimnisses verhüllt ist. Es fragt sich: Welchen Sinn hat also die Aufstellung des* ***'umfassenden*** *demokratischen Prinzips', wenn die wichtigste Vorbedingung dieses Prinzips für eine Geheimorganisation* ***unerfüllbar*** *ist?*"[37] --- "*Das ist eine leere Spielerei, denn in Wirklichkeit hat nie eine revolutionäre Organisation einen* ***umfassenden*** *Demokratismus durchgeführt, und sie kann es auch selbst beim besten Willen nicht tun. Das ist eine schädliche Spielerei, denn die Versuche, das 'umfassende demokratische Prinzip' in der Praxis anzuwenden, erleichtert der Polizei nur, Massenverhaftungen vorzunehmen, ... Ist es bei uns denn denkbar, daß alle, 'die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennen und die Partei nach Kräften unterstützen', jeden Schritt eines konspirativ arbeitenden Revolutionärs kontrollieren?*"[38] --- "*Das einzige ernste Organisationsprinzip muß für die Funktionäre unserer Bewegung sein: strengste Konspiration, strengste Auslese der Mitglieder, Heranbildung von Berufsrevolutionären. Sind diese Eigenschaften gegeben, so ist noch etwas Größeres gesichert als der 'Demokratismus', nämlich: das volle kameradschaftliche Vertrauen der Revolutionäre zueinander. Und es wäre ein großer Fehler, wollte man glauben, daß die Unmöglichkeit einer wirklich 'demokratischen' Kontrolle die Mitglieder der revolutionären Organisation unkontrollierbar macht ... ihre* ***Verantwortlichkeit*** *empfinden sie sehr lebhaft, und zudem wissen sie aus Erfahrung, daß eine aus wirklichen Revolutionären bestehende Organisation vor keinem Mittel zurückschrecken wird, wenn es gilt, sich von einem untauglichen Mitglied zu befreien.*"[39]

---

31 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 419 - S. 421

32 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 404/405

33 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 405

34 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 425/434

35 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 426

36 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 472

37 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 481

38 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 483

39 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 484/485



2.) kritisiert Lenin den falschen Demokratiebegriff der 'Ökonomisten': So forderte z.b. die 'Swoboda': "*Es ist notwendig, daß die Komiteebeschlüsse durch alle Zirkel die Runde machen, um erst dann zu gültigen Beschlüssen zu werden.*" Wichtiges Kennzeichen der Organisationsarbeit ist für Lenin die notwendige Spezialisierung: "*der Mangel an Spezialisierung, ... ist einer der größten Mängel unserer Technik. Je kleiner die einzelnen 'Operationen' der gemeinsamen Arbeit sind, umso eher kann man Leute finden, die fähig sind, solche Operationen auszuführen (und die meist absolut unfähig sind, Berufsrevolutionäre zu werden), und umso schwieriger wird es für die Polizei, all diese 'Teilarbeiter' zu 'schnappen', ...*"[40] und als Beispiel für falsche Vorstellungen von der Demokratie in der Organisation zitiert er das Ehepaar Webb: "*Im Buche des Ehepaars Webb über die englischen Trade-Unions gibt es ein interessantes Kapitel: 'Die primitive Demokratie'. Die Verfasser erzählen darin, wie die englischen Arbeiter in der ersten Periode des Bestehens der Gewerkschaften es als notwendiges Merkmal der Demokratie betrachteten, daß in Sachen der Leitung der Gewerkschaften alles von allen getan werde: nicht nur wurden alle Fragen durch Abstimmung aller Mitglieder entschieden, sondern auch die Ämter wurden von allen Mitgliedern der Reihe nach ausgeübt. Es bedurfte einer langen geschichtlichen Erfahrung, damit die Arbeiter das Sinnlose einer solchen Vorstellung von der Demokratie einsahen und erkannten, daß man einerseits Vertretungskörperschaften und andererseits Berufsfunktionäre braucht. Es bedurfte einiger Fälle des finanziellen Zusammenbruchs von Gewerkschaftskassen, damit die Arbeiter begriffen, daß die Frage des Verhältnisses zwischen den eingezahlten Beträgen und den ausgezahlten Unterstützungen nicht allein durch demokratische Abstimmung entschieden werden kann, sondern daß auch die Stimme eines Fachmannes in Versicherungsfragen erforderlich ist.*"[41]

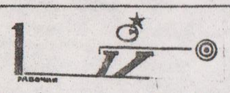


[40] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 471
[41] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 485/486

f) Das Verhältnis von örtlicher und überregionaler Arbeit

Als Beispiel benutzt Lenin hier den Vergleich zwischen örtlichen und zentralen Zeitungen. Was muß eine Zeitung leisten:
1) Sie muß die konkreten Erscheinungen und Ereignisse in der einen oder anderen Fabrik in den Zusammenhang der Erscheinungen der ganzen Gesellschaft stellen: "*Wir stehen hinter niemand zurück in der Erkenntnis, daß Fabrikenthüllungen notwendig und wichtig sind, ... Für die Fabrikenthüllungen an den einzelnen Orten hatten wir stets Flugblätter und* ***werden wir auch stets Flugblätter haben müssen,*** *aber den Typus der* ***Zeitung*** *müssen wir auf ein höheres Niveau bringen und sie nicht zu einem Fabrikflugblatt degradieren. Für eine 'Zeitung' brauchen wir nicht so sehr Enthüllungen der großen, typischen Übelstände des Fabriklebens, Enthüllungen an Hand besonders prägnanter Beispiele, die geeignet sind,* ***alle*** *Arbeiter und alle Führer der Bewegung zu interessieren, die geeignet sind, ihr Wissen wirklich zu bereichern, ihren Gesichtskreis zu erweitern und das Erwachen eines neuen Bezirks, einer neuen Berufsschicht von Arbeitern in die Wege zu leiten.*"[42]
2) Sie muß sich Kategorien erarbeiten, mit denen die anderen Erscheinungen gesellschaftlichen Lebens gemessen und eingeordnet werden können. "*Um die städtischen Angelegenheiten in der richtigen Perspektive zu unserer Gesamtarbeit zu erläutern, ist* ***zuerst*** *notwendig, daß diese Perspektive völlig klar sei, daß sie nicht allein durch Behauptungen, sondern an Hand von zahlreichen Beispielen genau festgelegt sei, daß sie bereits die Festigkeit einer* ***Tradition*** *gewonnen habe.*"[43] --- "*Die ganze Kunst des Politikers besteht eben darin, gerade jenes kleine Kettenglied herauszufinden und ganz fest zu packen, das ihm am wenigsten aus der Hand geschlagen werden kann, das im gegebenen Augenblick am wichtigsten ist, das dem Besitzer dieses Kettengliedes den Besitz der ganzen Kette am besten garantiert.*"[44]

[42] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 491/492
[43] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 493
[44] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 510



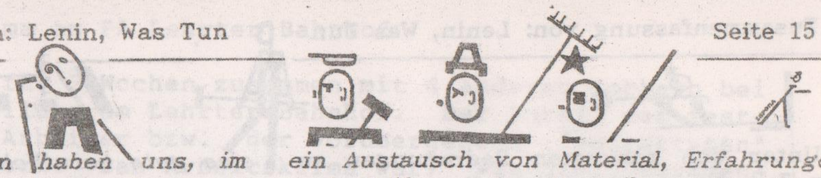




Unter den konkreten Bedingungen zu der Zeit lassen sich diese Voraussetzungen durch die Herausgabe lokaler Zeitungen nicht erfüllen. Lenin folgert: "*Die Mehrheit der lokalen Organisationen müßte hauptsächlich an ein gesamtrussisches Organ denken und vorwiegend für dieses arbeiten. Solange das nicht geschieht, werden wir* ***nicht eine einzige*** *Zeitung herausbringen, die halbwegs imstande wäre, der Bewegung wirklich mit einer* ***allseitigen*** *Presseagitation zu dienen. Geschieht das aber, dann wird sich ein normales Verhältnis zwischen dem notwendigen Zentralorgan und dem notwendigen lokalen Organ von selbst herausbilden.*"[45]

Die Konsequenzen einer falschen Konzentration der Kräfte auf lokale Zeitungsprojekte:
a) Mangelnde Prinzipienfestigkeit: "*Es geht geradezu* ***über die Kraft*** *einer einzelnen lokalen Organisation, ihrer Zeitung Prinzipienfestigkeit zu sichern und sie auf das Niveau zu bringen, das ein politisches Organ haben muß, es geht* ***über ihre Kraft,*** *genügend Material für die Beleuchtung unseres gesamten politischen Lebens zu sammeln und auszuwerten.*"[46]
b) Seltenes Erscheinen einer solchen Zeitung: "*Es erweist sich, daß sie, was den Aufwand an revolutionären Kräften betrifft, übermäßig kostspielig sind und daß sie aus dem einfachen Grund* ***besonders*** *selten erscheinen, weil für eine* ***illegale*** *Zeitung, wie klein sie auch sein mag, ein gewaltiger konspirativer Apparat notwendig ist, der einen fabrikmäßigen Großbetrieb erfordert, denn in der Werkstatt eines Handwerkers ist ein solcher Apparat nicht herzustellen.*"[47]
c) Die dafür notwendige Konspirativität übersteigt die Kräfte einzelner lokaler Organisationen: "*Die Primitivität des konspirativen Apparates führt aber auf Schritt und Tritt dazu, ... daß die Polizei das Erscheinen und die Verbreitung von ein, zwei Nummern ausnutzt, um* ***Massen****verhaftungen vorzunehmen, durch die alles so ratzekahl hinweggefegt wird, daß man wieder von vorn anfangen muß. Ein guter konspirativer Apparat erfordert eine gute berufliche Schulung der Revolutionäre und eine aufs konsequenteste durchgeführte Arbeitsteilung: diese beiden Forderungen übersteigen aber weit die Kraft einer einzelnen lokalen Organisation, ...*"[48]
Fragen und Ereignisse, die es erforderlich machen, im ökonomischen Rahmen detailliert und konkret entsprechend den örtlichen oder berufsspezifischen Bedingungen auf sie einzugehen, könnten von einer sich entwickelnden Gewerkschaftspresse übernommen werden. "*Die den Bedingungen der illegalen Arbeit entsprechende und schon jetzt notwendig gewordene Form der Gewerkschaftspresse müßten bei uns* ***Gewerkschaftsbroschüren*** *sein. In ihnen müßte das* ***legale*** *und das illegale Material gesammelt und systematisch gruppiert werden: Über die Arbeitsbedingungen in dem betreffenden Gewerbe, über die in dieser Hinsicht bestehenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Gegenden Rußlands, über die Hauptforderungen der Arbeiter des betreffenden Berufs, über die Mängel der Gesetzgebung für diesen Beruf, ... Solche Broschüren würden erstens unsere sozialdemokratische Presse von einer Unmenge Berufsdetails befreien, ... sie würden das gesammelte Material, das jetzt in der Menge von Flugblättern und fragmentarischen Korrespondenzen buchstäblich untergeht, sammeln und verallgemeinern; ...*"[49] --- Das Verhältnis zwischen den Aufgaben einer solchen Gewerkschaftspresse und der revolutionären Arbeit mit einer Zeitung läßt sich nur im überregionalen Zusammenhang richtig bestimmen: "*Ist eine lokale Organisation von den Organisationen anderer Städte losgelöst, so ist es für sie sehr schwer, oft sogar fast unmöglich, dabei die richtige Proportion einzuhalten.*"[50]
3) Sie muß die historischen Ereignisse aufarbeiten können, um richtige Vorhersagen treffen zu können und um Fehler nicht zu wiederholen: "*Die Leute, die in ganz Rußland damit beschäftigt sind, Fäden der Organisation zu spinnen, die von einer gesamtrussischen Zeitung ausgehen, haben die Frühjahrsereignisse nicht nur*

[45] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 494
[46] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 489
[47] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 489
[48] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 489/490
[49] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 496/497
[50] Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 498



nicht verpaßt, sondern haben uns, im Gegenteil, die Möglichkeit gegeben, sie vorauszusagen."[51] *--- "War das Original eines historischen Ereignisses eine Tragödie, so ist seine Wiederholung nur eine Farce."*[52]

g) Der Plan einer zentralen Zeitung als kollektiver Organisator

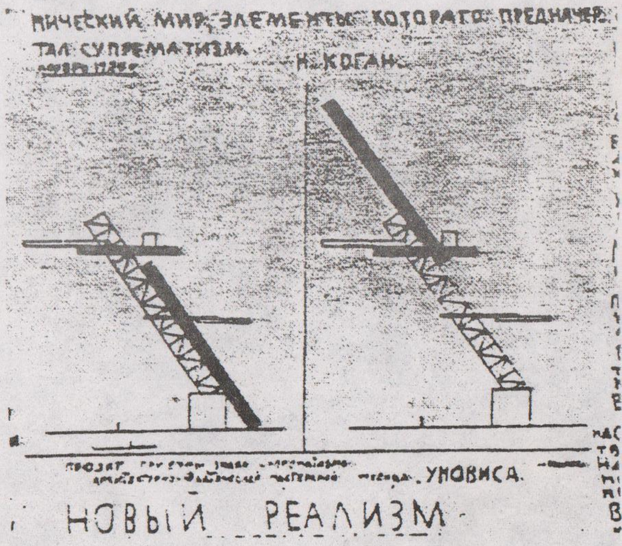
Lenin bestimmt aus dem Verhältnis von lokaler zu überregionaler Arbeit die Notwendigkeit einer zentralen Zeitung, um von der Ebene der bloßen Aneinanderreihung lokaler Erscheinungen und 'Fabrikenthüllungen' zu ihrer Verbindung und Verallgemeinerung zu kommen. Auch in organisatorischer Hinsicht ist für ihn die Herausgabe einer zentralen Zeitung wichtig.

"Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator."[53] *--- "Aber das ist es ja gerade, daß es* ***kein anderes Mittel gibt****, starke politische Organisationen* ***heranzubilden****, als eine gesamtrussische Zeitung."*[54] *--- "Die Gründung einer gesamtrussischen politischen Zeitung, hieß es in der 'Iskra' muß die* ***wichtigste Richtschnur*** *sein, an Hand deren wir die Organisation (d.h. die revolutionäre Organisation, die stets bereit ist, jeden Protest und jedes Aufflakkern der Empörung zu unterstützen) unbeirrt entwickeln, vertiefen und erweitern könnten."*[55]

Im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Organisation, die einen starken überregionalen Zusammenhang bildet und sich durch die Arbeit in diesem Zusammenhang festigt, wird hier die Arbeit an einer gemeinsamen Zeitung zur Verbindung dieses Prozesses. *"Alle werden sicherlich damit einverstanden sein, daß für die 'Vereinigung' der einzelnen Zirkel, sagen wir der Bezirke einer Stadt,* ***gemeinsame Einrichtungen*** *notwendig sind, das heißt nicht nur die einheitliche 'Verband', sondern tatsächlich eine* ***gemeinsame*** *Arbeit, ein Austausch von Material, Erfahrungen und Kräften, eine Verteilung der Funktionen schon nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach den Spezialgebieten der Arbeit in der ganzen Stadt. Man muß, muß unbedingt und muß vor allem diesen Bereich erweitern, muß eine* ***tatsächliche*** *Verbindung zwischen den Städten durch* ***regelmäßige gemeinsame*** *Arbeit herstellen, denn die Zersplitterung entmutigt die Menschen, die ... 'wie in einer Grube sitzen' ohne zu wissen, was in der weiten Welt vorgeht ... Und ich bestehe nach wie vor darauf, daß man mit der Herstellung dieser* ***tatsächlichen*** *Verbindung nur* ***beginnen*** *kann auf der Grundlage einer gemeinsamen Zeitung, als des einzigen regelmäßigen gesamtrussischen Unternehmens, das die Ergebnisse der verschiedensten Arten der Tätigkeit summiert und dadurch die Leute* ***anspornt****, unermüdlich auf* ***all*** *den zahlreichen Wegen vorwärtszuschreiten, die zur Revolution führen, so, wie alle Wege nach Rom führen."*[56]

"Jetzt sind Verbindungen zwischen den Städten zu revolutionären Zwecken größte Seltenheit und jedenfalls eine Ausnahme; dann aber würden diese Verbindungen zur Regel werden, sie würden natürlich nicht nur die Verbreitung einer Zeitung, sondern auch (was viel wichtiger ist) den Austausch der Erfahrungen, des Materials, der Kräfte und Mittel sichern. ... Die örtliche Arbeit würde bedeutend reicher und vielseitiger sein als jetzt. ... Jedes Aufflammen der Empörung, jede Demonstration würde an allen Enden Rußlands von allen Seiten besprochen und erörtert werden und so den Wunsch hervorrufen, nicht hinter den anderen zurückzubleiben, es besser als die anderen zu machen (wir Sozialisten lehnen durchaus nicht jeden Wettbewerb, nicht jede 'Konkurrenz' überhaupt ab!), ... einerseits würde es der Polizei viel schwerer fallen, bis an die 'Wurzeln' zu kommen, da sie ja nicht weiß, an welchem Ort sie zu suchen hat; andererseits würde die regelmäßige gemeinsame Arbeit die Leute daran gewöhnen, die Stärke eines ***gegebenen*** *Angriffs dem gegebenen Zustand der Kräfte eines bestimmten Truppenteils der Gesamtarmee anzupassen ... und den 'Transport' nicht nur von Literatur, sondern auch von revolutionären Kräften aus einem anderen Ort erleichtern. ... Um diese an und für sich noch sehr harmlose und noch sehr kleine, aber regelmäßige und im vollen Sinne des Wortes* ***gemeinsame*** *Sache könnte man eine ständige Armee von erprobten Kämpfern systematisch sammeln und schulen."*[57]

Über die Zeitung kommt Lenin abschließend zur Notwendigkeit, daß der Prozeß einer Verbindung zwischen der spontanen zerstörenden Kraft der Masse und der bewußten zerstörenden Kraft der Organisation als Revolutionäre als allumfassende Kraft zum Durchbruch gelangt. *"... denn der Sturmangriff ist der Angriff einer regulären Armee, nicht aber ein spontaner Ausbruch der Menge. Nadeshdin* [Mitglied der Gruppe 'Swoboda'] *vergaloppiert sich, weil er glaubt, daß diese systematisch zu organisierende Armee sich mit Dingen beschäftige, die sie von der Masse trennen, während sie sich in Wirklichkeit ausschließlich mit allseitiger und allumfassender politischer Agitation beschäftigt, d.h. gerade mit der Arbeit, die die spontane zerstörende Kraft der Menge und die bewußt zerstörende Kraft der Organisation der Revolutionäre* ***einander näherbringt und zu einem Ganzen verschmilzt.*** *... Denn gerade die Gruppe 'Swoboda', die in ihr* ***Programm*** *den Terror aufnimmt, ruft damit zur Organisation der Terroristen auf, eine solche Organisation aber würde unsere Armee tatsächlich von einer Annäherung an die Menge abbringen."*[58] *--- "Wir sind somit bei dem letzten Argument angelangt, das uns veranlaßt, besonders auf dem Plan einer Organisation zu bestehen, die sich um eine gesamtrussische Zeitung gruppiert, die durch die gemeinsame Arbeit für diese Zeitung geschaffen wird. Nur eine solche Organisation wird die für eine sozialdemokratische Kampforganisation notwendige* ***Elastizität*** *gewährleisten, d.h. die Fähigkeit, sich den verschiedenen und rasch wechselnden Bedingungen des Kampfes sofort anzupassen, die Fähigkeit, 'einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind auszuweichen, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, und andererseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird'. Es wäre der größte Fehler, wollte man die Parteiorganisation so aufbauen, daß man dabei nur auf einen Ausbruch und einen Straßenkampf oder nur auf die 'Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfs' rechnet. Wir müssen unsere tägliche Arbeit ständig leisten und immer zu allem bereit sein, denn sehr oft ist es fast unmöglich, vorauszusehen, wann Perioden der Stille durch Perioden des Sturms abgelöst werden. (...) Auch die eigentliche Revolution darf man sich keineswegs in der Form eines einmaligen Aktes vorstellen (...), sondern in der Form eines rasch aufeinanderfolgenden Wechsels von mehr oder weniger starken Ausbrüchen und mehr oder weniger vollständiger Stille."*[59]



51 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 522
52 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 520
53 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 510
54 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 507
55 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 509
56 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 514/515
57 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 516/S. 517
58 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 521
59 Lenin, Was Tun, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band 1, S. 523f.

WARUM IST MEIN FREUND, DER ESEL, BLOSS KEIN PFERD ??? (WSRYW)

(aus: Alexandra Kollontai
'Ich habe viele Leben gelebt')



Anm.: Wenn Alexandra Kollontai bei der Schilderung von Kämpfen von 'den Arbeitern' spricht, wissen wir nicht, ob sie damit 'ArbeiterInnen' meint.

Rußland 1885: Damals brach in Orechowo die erste 'Rote Revolte' aus. (Orechowo liegt bei Moskau. Der Streik begann am 7.Januar und dauerte 10 Tage. Es war der erste organisierte Massenstreik von ArbeiterInnen im Zentralen Industriegebiet, in der Textilfabrik 'Morosow, Söhne u. Co'). Über 600 ArbeiterInnen wurden festgenommen. Die Weberinnen erhoben sich und stürzten sich voller Zorn auf das Kapital. Ergebnis: Das erste Fabrikgesetz in Rußland, den ersten Versuch, Frauen- und Kinderarbeit zu 'schützen' - das Gesetz von 1885, das die Nachtarbeit für Frauen und Kinder in den Webereien und Spinnereien verbot.

9.Januar 1905: Demonstration zum Winterpalais. Forderungen der ArbeiterInnen von Petersburg: Löhne, Wohnverhältnisse, Dauer des Arbeitstages und vor allem Rede-, Streik- und Koalitionsfreiheit für sie. Kurz davor war in den Putilow-Werken ein Streik ausgebrochen, bei dem es um ökonomische Forderungen ging. In den Dörfern gärte es, die Bäuerinnen lehnten sich gegen die zaristischen Behörden auf, als wieder einmal zwangsrekrutiert werden sollte. Die Industriellen waren ungehalten, weil sich die bürokratische, korrupte Politik des Zarismus festgefahren hatte. In diese Zeit der gärenden Unruhe fiel Weihnachten 1904 der Streik.



Im Herbst 1911 brach in Paris und in einigen Industriestädten der Streik der Hausfrauen - 'la grève des ménagères' - aus. Der durch Teuerung ausgelöste Streik verlief stürmisch: die Frauen der Arbeiter schlugen auf den Märkten alles kurz und klein; kamen zwar mit leeren Einkaufskörben nach Hause, kauften aber keine Vorräte zu Wucherpreisen. Besonders heftig kämpften sie gegen die hohen Milch- und Fleischpreise und forderten die Einführung fester Lebensmittelpreise. Es gab Verhaftungen von Hausfrauen; die Antwort waren lautstarke Kundgebungen und Demonstrationen. Die Arbeiter unterstützten die Bewegung und riefen mancherorts den Streik aus, um die Forderungen zu unterstützen. Ende September klang die Bewegung ab. Ein Teilsieg war errungen: die bürgerliche Regierung führte über die örtlichen Selbstverwaltungsorgane Festpreise ein und veranlasste rasch Fleischkäufe in Argentinien.

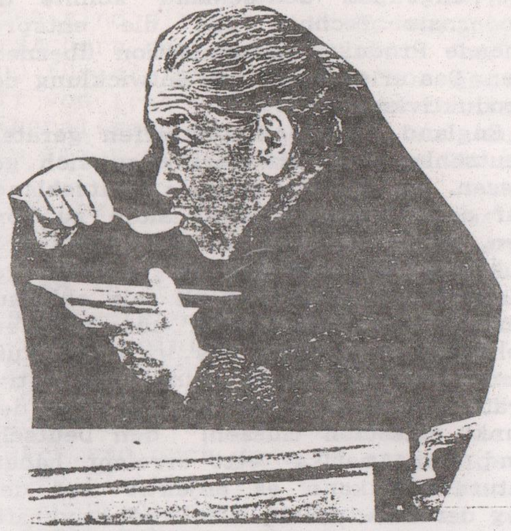
1915: Ob wohl dieser Krieg die 'Übergangsstufe' für die Frauen beschleunigt und erleichtert? Allem Anschein nach ja. Die Frau ist überall anzutreffen, ihre Arbeitskraft wird gebraucht. Ihr Wert ist gestiegen, sie hat den engen Rahmen der Familie verlassen.

Deutschland hat seine Entwicklung dort begonnen, wo England nach jahrhundertelanger kapitalistischer Akkumulation angelangt ist. Deutschland konnte die modernste Technik und die entsprechende Produktionsorganisation übernehmen. Das erleichterte die Entwicklung der Produktivkräfte.

England ist ins Hintertreffen geraten. Deutschland hat die Märkte an sich gerissen. Um der Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt standhalten zu können, hätte sich England aller alten Produktionsinstrumente entledigen, sich gewissermaßen 'erneuern', all sein akkumuliertes 'konstantes Kapital' aus dem Verkehr ziehen müssen. Was wird aus Rußland? Die Entwicklung seiner Produktivkräfte und seiner Technik wird an dem Punkt einsetzen müssen, den Deutschland und Amerika jetzt erreicht haben. Naturgemäß kann es objektiv auf dem Weg der Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik weitaus schneller vorankommen. Unterdessen nimmt der Kapitalismus in China und in Japan Gestalt an. In Nordamerika entwickelt er sich. Eines steht auf jeden Fall fest: Der Kapitalismus hat tatsächlich seinen Höhepunkt erreicht.

Die Menschheit wird vor dem Problem stehen, unterzugehen oder aber die Produktion auf der Grundlage der vergesellschafteten Arbeit zu reorganisieren, keine nationalen, sondern eine internationale Produktion zu organisieren.Der Kampf hat sich ausgeweitet - es ist der Kampf der nationalen Kapitale um die Weltherrschaft. (Theorie: Volkswirtschaft - stufenweise Übergänge von der Gemeindewirtschaft zur Regionalwirtschaft, von der Regionalwirtschaft zur Nationalwirtschaft und dann zur Weltwirtschaft). Der Kapitalismus schafft die objektiven Voraussetzungen für diesen Übergang, so daß nun von der Arbeiterklasse die subjektive Einwirkung auf den Verlauf der historischen Entwicklung abhängt. Die Arbeiterklasse kann diesen Übergang beschleunigen. Es hängt von ihr ab.

Oktober 1915: Januschkewitsch hat 10000e Juden und Polen ausgesiedelt, eine ganze Region evakuiert. Das sind keineswegs 'Flüchtlinge', sondern zwangsweise umgesiedelte Völker. Nun rückt diese hungrige, erbitterte Menge immer mehr auf Moskau zu.



Im September 1915 rollte in Verbindung mit der Auflösung der Reichsduma eine Welle politischer Massenstreiks durch Rußland, z. B. der Streik der Straßenbahner in den Werken 'Dynamo' und 'Gnom'; vom 2. - 5. September streikten in Petrograd bis zu 70 Betriebe mit insgesamt etwa 83000 Arbeitern, am Streik beteiligten sich vorwiegend Arbeiter aus metallverarbeitenden Betrieben - aus dem Putilow-Werk, der Putilow-Werft, dem Petrograder Metallwerk, drei Betrieben der Russischen Gesellschaft für die Herstellung von Geschossen und Munition, dem alten und dem neuen Leßner-Werk und anderen. Am 14.September wurden auf dem Strastnaja-Platz Barrikaden errichtet. Die Polizei schoß auf die Arbeiter.

März 1917: Die Zerrüttung der Wirtschaft nimmt bedrohliche Ausmaße an. Betriebe stehen still. Es gibt keine Kohle. Die Kohleindustrie ist desorganisiert. Die ausländischen Konzessionäre mit ihren Aktiengesellschaften streichen sagenhafte Gewinne ein und bringen die Devisen außer Landes. Es kommt zu versteckten Aussperrungen von Arbeitern, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Fahnenflucht von der Front nimmt gewaltige Ausmaße an. Als Reaktion auf die Herabsetzung der Löhne, Massenentlassungen und Preissteigerungen nahmen im April Arbeiter Fabriken in Besitz und setzten unter ihrer Kontrolle die Produktion in stillstehenden Betrieben wieder in Gang. Bauern nahmen sich eigenmächtig Gutsbesitzerland.

Es streikten die Wäscherinnen, die Bäcker, die kleinen Handelsangestellten. Die Wäscherinnen, d.h. die Arbeiterinnen der privaten Waschanstalten, kämpften standhaft, sie forderten höhere Tarife, die Normierung des Arbeitstages und die Municipalisierung der Wäschereien. In allen Teilen der Stadt finden Kundgebungen statt. Die Arbeitsbedingungen werden an den Tag gebracht (jämmerlicher Hungerlohn). Dieses war der erste Streik in der Republik gegen den menschewistischen Arbeitsminister Gwosdew.

Juli 1917: Es fanden in zunehmenden Maße Verbrüderungen von russischen und deutschen Soldaten statt, die russischen Soldaten gingen zurück in ihre Heimatdörfer, statt wie bisher Ländereien für den Krieg zu beschlagnahmen, beschlagnahmten sie jetzt mit den Dorfbewohnern Hof und Ländereien von den Großgrundbesitzern. Produktion und Lebensmittelkrise sind die Hauptprobleme der Arbeiter. Instinktiv begannen die Arbeiter, an eine Regulierung der Produktion zu denken. Sie bildeten Betriebskomitees (Form der Klassenvereinigung des russischen Proletariats, die nach dem Sturz des Zarismus neben den Gewerkschaften entstanden war. Sie vereinigten die Arbeiter in den Betrieben unabhängig von deren Berufen und lösten Fragen der Produktionsleitung.) Die Arbeiter besprachen auf ihren Versammlungen Maßnahmen, die darauf abzielten, die Industrie vor der völligen Zerrüttung zu bewahren, den Eisenbahntransport zu retten und die Lebensmittelversorgung der Städte zu gewährleisten.

Der Aufstand:
Das revolutionäre Militärkomitee (RMK) kriegt Gewehre von der Sestrorezker Fabrik geliefert. Der Stab der Revolution bereitet den Angriff vor: Arbeiter mit dem Gewehr über der Schulter, Arbeiterinnen mit dem Kopftuch der Sanitäterinnen.



Danach:
Die Menschen glaubten nicht daran, daß sie mit dem Krieg und dem Lebensmittelproblem fertig werden könnten. Vom vielen Schlangestehen waren sie schon ganz erschöpft. Aber sie verstanden auch noch nicht alle die Bolschewiki und hatten daher Angst vor ihnen. Auf den Straßen Petrograds gehen die Menschen gleichgültig den Dingen des Alltags nach: Die eine hastet zur Arbeit, der andere, um sich nach Lebensmitteln anzustellen. Vor einem Dekret über die neue Regierung und die Einrichtung von Volkskommissaren bleibt kaum wer stehen. Es wundert sich kein Mensch: "Ein Wechsel mehr oder weniger."



Mit dem Dekret vom 20. Januar 1918 leitete das Volkskommissariat für staatliche Fürsorge vor allem die Neuordnung und Reorganisierung der Entbindungsanstalten ein. Das Dekret ordnete an, daß alle Heime, Kliniken und sonstigen Institutionen für Geburtshilfe und Gynäkologie der Abteilung für den Schutz von Mutter und Kind, wo der Abteilungsleiter der Dr. Koroljow war, zu unterstellen sind. Des weiteren wurde in dem Dekret verfügt, die Geburtshilfe auf der Grundlage von drei neuen Prinzipien zu organisieren: 1. Kostenlose klinische Hilfe. 2. Entlohnung der Ärzte durch den Staat, um zu verhindern, daß wohlhabendere Frauen durch private Honorare für die Ärzte Privilegien bei der Geburt geniessen, und um die Ungleichhheit zwischen wohlhabenden und mittellosen Gebärenden zu beseitigen; 3. Schutz der Gebärenden, hauptsächlich der mittellosen Frauen, davor, als 'Opfer der Wissenschaft' angesehen zu werden, an dem unerfahrene Hebammen und junge Studenten die Geburtshilfe erlernen und praktizieren könnten. Niemand habe das Recht, die Frau bei der Erfüllung der heiligen, doch für sie qualvollen Bürgerpflicht der Mutterschaft als 'Opfer der Wissenschaft' zu sehen. Geburtshilfeausbildung für Hebammen sollten nicht mehr 1 Jahr, sondern 2 Jahre dauern, wobei die Lehrgangsteilnehmerinnen erst im 2. Ausbildungsjahr zur aktiven Geburtshilfe zugelassen worden.

Das Besondere in der Sowjetunion ist, daß die Frauen das Recht auf Arbeit, auf

Bildung und auf Schutz der Mutterschaft nicht erst von der Regierung fordern müssen, sondern daß die Regierung sie von sich aus in all die Bereiche der Arbeit einbezieht, zu denen die Frauen in den meisten bürgerlichen Ländern keinerlei Zutritt haben. Diese Grundsätze sind in der sowjetischen Verfassung verankert.

Die Frauenabteilungen des ZK sollten nicht so sehr unter den Hausfrauen Unterstützung suchen, als vielmehr unter den Frauen des Ostens, unter den Lohn- und Heimarbeiterinnen, die ihrer Klassenzugehörigkeit und ihren Lebensbedingungen nach mehr befähigt sind, den Kommunismus zu begreifen. Der Einfluß der Partei über die Frauenabteilungen äußert sich so, daß die Frau des Ostens den Schleier abwirft und aufbegehrt. Der Unterschied zwischen Stadt und Land äußerte sich auch in der Kleidung: So bekam eine Parteigenossin, die mit kurzen Haaren und Zigarette rauchend aufs Land zur Agitation fuhr, einen Rüffel von der Partei, weil sich dieses Aussehen nicht mit der Mode der Landbäuerinnen vertrug.





Die Bolschewiki und die Frauenunterdrückung (Alix Holt)
(aus Frauen und Arbeiterbewegung, ISP)

>> Wenn der standhafteste und tapferste Kämpfer von der Bürgerkriegsfront nach Hause kommt, und sich Tag für Tag das Murren und Klagen seiner Frau anhören muß, wenn er in ihrer Person dauernd einen Gegner des weiteren Kampfes für die Sowjetmacht vor sich hat, weil es ihr an politischem Bewußtsein mangelt, dann kann auch der Wille eines kampfgestählten, entschlossenen Kämpfers geschwächt werden, und jemand, der der Konterrevolution standgehalten hat, kann vor seiner Frau kapitulieren und ihrem schädlichen Einfluß unterliegen. Darum müssen wir aus der Masse der werktätigen Frauen eine feste Stütze schmieden, die begreifen, daß sie, wenn sie für die Sowjetmacht eintritt, für ihre Rechte und ihre Kinder kämpft. <<
(W.I. Lenin)

Da die Sozialdemokraten außerdem unaufhörlich umzogen, um sich der Polizei zu entziehen, da sie oft eingekerkert oder exiliert waren, hatten sie - im Unterschied zu ihren Brüdern in Westeuropa - nicht die Gelegenheit, ein ordentliches Familienleben zu führen; dadurch entkamen sie der Versuchung reformistischer Sichtweisen über die Frauen als Hüterinnen von Haus und Herd.

Die russischen Marxisten hatten das lebendige Beispiel des wirtschaftlichen Beitrags der Bäuerin für ihre Familie vor Augen. Möglicherweise finden wir deshalb in einigen ihrer Schriften eine wesentlich fundiertere Kenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung der Hausarbeit als bei den Sozialisten Westeuropas.

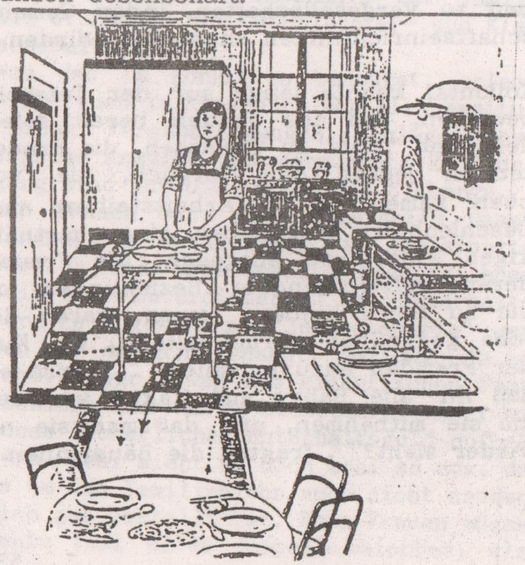
Die sowjetische Verfassung erkennt die Nützlichkeit der Hausarbeit an, die anderen Individuen gestattet, an der produktiven Arbeit teilzunehmen; das Parteiprogramm von 1919 versprach, die Hausarbeit zu vergesellschaften, indem Gemeinschaftseinrichtungen angeboten würden.

Kollontai konnte lange auf der Tatsache bestehen, daß alle Frauen bereit seien Herd und Töpfe zu verlassen, die Frauen setzten jedoch den Versuch, die 'von oben' kamen, um die Arbeitsteilung nach Geschlechtern aufzuheben, einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Die Frauen, deren befriedigendste Beziehungen oft die zu ihren Kindern waren, waren der Idee gegenüber zurückhaltend, die Kinder Fremden anzuvertrauen: " Stimmt es, daß ihr alle Babys auf Wagen verladet, die sie mitnehmen, und daß man sie nie wieder sieht?" , fragten die Bäuerinnen.

In den städtischen Familien steuerte die Frau im Schnitt nur 10% des Familieneinkommens bei, dieser Anteil blieb während der ganzen 20er Jahre konstant, der Mann galt als Brotverdiener, die Frau als Zuverdienerin, die die Hausarbeit kostenlos verrichtete. Die Bolschewiki waren gezwungen einige Gesetze aus den ersten Jahren der Revolution wieder aufzuheben. Beispiel: Eherecht von 1918. Es sah bei Scheidung vor, daß jeder Partner die Güter behalten konnte, die er durch eigene Arbeit erwirtschaftet hatte. Die weibliche Arbeitslosigkeit wuchs unaufhörlich, die finanzielle Not einer steigenden Zahl geschiedener Frauen, die als unbezahlte Hausfrauen gearbeitet und keine Rechte auf das Vermögen ihres Ex-Gatten hatten, wurde ein gesellschaftliches Problem. Deshalb neues Ehegesetz von 1926: Einführung der Gütergemeinschaft: die Interessen der Frauen wurde durch die gesetzliche Anerkennung der Hausarbeit geschützt. Ebenso Wiedereinführung des Adoptionsrechtes 1926.

Anfang der zwanziger Jahre nimmt die Zahl der arbeitenden Frauen rascher ab als bei Männern. Weniger Frauen haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Immer weniger Frauen machen eine Ausbildung.

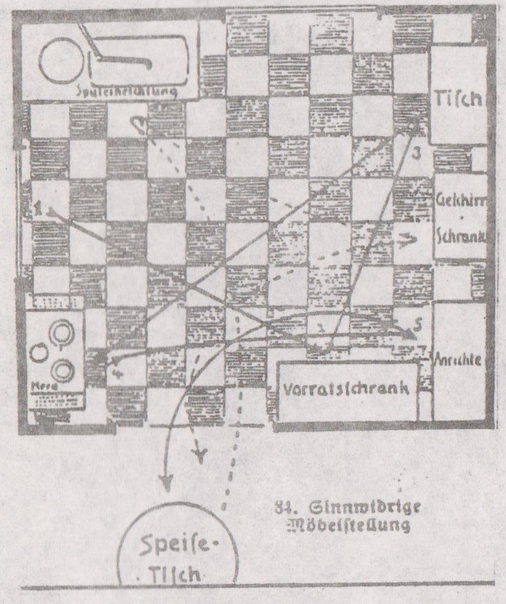
Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bestand weiterhin. Kollontai: Die Verantwortung der Frau gegenüber der Gesellschaft besteht darin, Kinder zu gebären und sie zu stillen; die Aufgabe des Aufziehens und der Ausbildung liegt bei der ganzen Gesellschaft.



83. Zweckmäßige Möbelstellung

Abtreibungsdekret 1920: "Die Arbeiter- und Baüernregierung ist sich des ernstlichen Übels bewußt, das dies [die Abtreibung] für die Gemeinschaft darstellt. Sie bekämpft dieses Übel durch Propaganda gegen die Abtreibung bei den Arbeiterinnen. Indem sie auf den Sozialismus hinarbeitet und den Mutterschaftsschutz und den Schutz der Kleinkinder einführt, ist sie überzeugt, daß sie ein allmähliches Verschwinden dieses Übels erreichen wird." - 1920 wurde die Abtreibung offiziell legalisiert, während der Revolution und des Bürgerkriegs wurde das Gesetz (Abtreibung = Verbrechen) nicht angewandt. Das neue Dekret wurde damit gerechtfertigt, daß 'das Überleben der Moral der Vergangenheit und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart viele Frauen zu diesem Eingriff' zwingen. Im Dekret über die Abtreibung hieß es, daß 4% der Frauen, die heimlich abtrieben, starben, und daß 50% unter schweren Nachwirkungen litten. Wenn die Bedingungen in den öffentlichen Krankenhäusern auch besser waren und sich während der 20er Jahre weiter besserten, so blieben sie doch erschreckend gefährlich. Das Fehlen wirksamer Mittel zur Empfängnisverhütung ließ die Ärzte an die Möglichkeiten der Frauen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, zweifeln. Der Koitus Interruptus war die geläufige Methode. Die Ärzte warnten, daß Pessare innere Tumore mit sich bringen könnten und die Mehrzahl der anderen verbreiteten Methoden(mit Essig oder Jodtinktur getränkte Schwämme) hatten unangenehme Nebenwirkungen, abgesehen von ihrem Wirkungsgrad. (Abort, Beilage zu 'Rabotniza'[Moskau]). Kondome galten als zu 80 - 96% sicher, aber es war schwer, sie sich zu verschaffen (technologischer Stand der Gummiindustrie war sehr niedrig). Offenbar war auch was in Arbeit, was der heutigen Pille ähnelte, denn ein Arzt sprach von einer chem. Verbindung, die man an Tieren ausprobiert hätte, die dann 6 Monate lang 'steril geworden' seien.
(aus: Ginsburg, Geburtshilfe und Abtreibungen in Westsibirien).

botniza': "Die Empfängnisverhütung ist ein Übel, aber ein geringeres als die Abtreibung."(1925) --- "Jede Methode der Schwangerschaftsverhütung ist anormal. Eine gesunde Frau muß Mutter sein, da nur die Mutterschaft ihre körperliche und geistige Kraft völlig aufblühen läßt. Mit anderen Worten: Das Ergebnis sexueller Beziehungen muß die Empfängnis sein."(1927). Auf der anderen Seite stellten die aktivsten Arbeiterinnen in den Städten ihre Familienbeziehungen in Frage, während viele Frauen eine größere sexuelle Freiheit fürchteten, weil sie ihre Unterdrückung verstärken könnte. Die sexuelle Ausbeutung der Frauen durch ihre Ehemänner zuhause oder durch ihre Meister oder Kollegen am Arbeitsplatz waren die bevorzugten Themen von Anekdoten in der 'Rabotniza'.



84. Sinnwidrige Möbelstellung

Man untersuchte auch noch die empfängnisverhütende Wirkung der Röntgenstrahlen. Zwischen 1923 und 1930 erschienen in 'Rabotniza' nur insgesamt 6 Artikel über Abtreibung und Empfängnisverhütung.Die Landfrauen konnten ihre Arbeit auf dem Feld mit der Betreuung der Kinder verbinden:für sie war der Anspruch auf das Abtreibungsrecht nicht so wesentlich.Für die Arbeiterinnen in den Städten war es ein unmittelbares Problem,ein Kind aufzuziehen, wenn sie einen Arbeitsplatz hatten.In der vorrevolutionären Zeit hatten die russischen Arbeiterinnen die Freigabe der Abtreibung nicht in ihre Forderungen aufgenommen.Aber sie hatten vielmehr als ihre westlichen Schwestern am Arbeitsplatz selbst für die Rechte der Mütter gekämpft(Mutterschaftsurlaub und Krippen waren die geläufigen Vorschriften) , und sie nahmen oft bei den Engelmacherinnen Zuflucht. Während der meisten Zeit in den zwanziger Jahren blieb die Zahl der heimlichen Abtreibungen hoch, und die Anträge auf Abtreibungen in den öffentlichen Krankenhäusern lag über der Zahl der verfügbaren Betten.



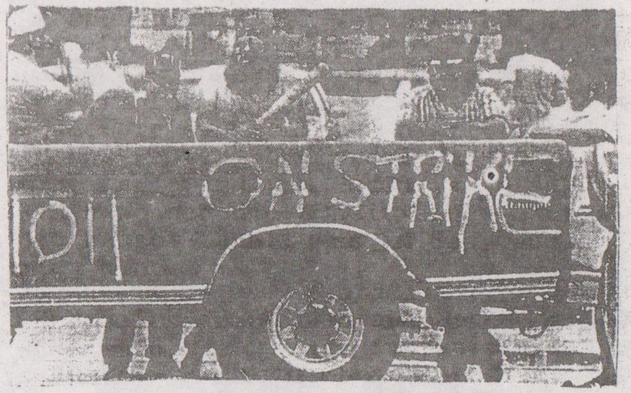


Am Tag nach der Montankonferenz gabs in der Frühschicht ne relativ kurze und kleine Demo (und nicht, wie in der Presse berichtet, ne erneute Blockade der Rheinbrücke, was auch für die Zukunft als überholt abgelehnt wird). Des weiteren wurde die beiden ersten Tage kaum gearbeitet, stattdessen wurden intern rege Diskussionen geführt. Seitdem ist alles ruhig und die Produktion läuft (angeblich mit voller Leistung).

Die IGM-Betriebsräte haben Anfang Februar ein Alternativkonzept zur Schließung angekündigt und bis zu dessen Vorstellung Ruhe verordnet.

Die Hütte hat 5300 offiziell bei Krupp Beschäftigte, dazu kommt eine auf 2000 geschätzte Zahl von Leiharbeitern; niemand, mit dem wir sprachen, weiß das so genau, noch was die drin treiben (außer daß die die schlechtesten Jobs haben) oder ob die momentan z.B. drin sind.

Von den Festen sind genau über 1000 Angestellte der Verwaltung. Wieviele in den einzelnen Produktionsbereichen (2 Hochöfen, Stranguß-, Formgußanlage, Walzwerk) jeweils arbeiten und wie sich das im einzelnen zusammensetzt(Produktionsarbeiter, Instandhaltung etc.) konnte uns ebenfalls niemand so genau sagen (im Walzwerk sollen es insgesamt etwa 100 pro Schicht sein, in der nachgelagerten Qualitätskontrolle 30-40). Es gibt viele die nur in Frühschicht arbeiten, ansonsten bis zu 4 Schichten (Kontischicht 6 Tage hintereinander). Der "Rest" verteilt sich auf Werkstätten, Verladung, Hafen, Entsorgung von Betriebsstoffen. Die Mehrheit der Leut in der Produktion sind Angelernte. Es gibt zwar den Hüttenarbeiter als Qualifikation, bringt aber nicht mehr Geld und taugt bei der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt nix, deswegen machts kaum einer. Überdurchschnittlich viele junge Malocher nach den Rationalisierungen der vergangenen Jahre, ca. 20 % Türken.



Die einzelnen Werksteile liegen relativ weit auseinander (bis zu ner1/2 Std. zu Fuß vom Zentrum), sodaß (?) kaum Kontakte über den einzelnen Betriebsteil raus bestanden. Zumindest was unsere Genossen betrifft, kamen diese erst mit Beginn des Arbeitskampfes zustande, obwohl die seit z.T. fast 8 Jahren da drin schaffen.

Abgesehen von den Leiharbeitern sind die meisten Jobs relativ lokker: Kranführer/Transport, Warte, Kontrolle. Qualitätskontrolle z. B. heißt schallgedämpfte Kabine, klimatisiert, Instrumente überwachen und Knöpfe drücken. Die harten Jobs sind an den Hochöfen, im Hafen, beim Verladen der Eisenbahnschienen.
Von diesen Jobs abgesehen haben die Malocher relativ viel freie Zeit (rumlaufen, labern, lesen, in der Nachtschicht auch pennen). Mit den Zuschlägen für Schichtarbeit kommt ein Unverheirateter auf ca. 2100 netto. Ist vielleicht ein Grund mit dafür, warum gerade RH und nicht Huckingen, das von den technischen Anlagen her älter ist, geschlossen werden soll, daß die Malocher trotz ständiger Rationalisierungen in den letzten 10 Jahren noch relativ viel Spielraum bewahrt haben (in Huckingen soll die Produktivität um einiges höher liegen, wobei diebeiden Werke produktionsmäßig nur in Teilen miteinander verglichen werden können.

Was die Strukturen unter den Leuten betrifft, konnten die Genossen nur von ihrem Betriebsteil des Walzwerks berichten, weil sie eben

nur die 30 Leute ihrer Schicht mitkriegen. Das Walzwerk ist nebenbei der modernste Teil des Werks und wurde 1980 errichtet. Sollte damals dann schon nach nem 1/2 Jahr wieder demontiert und an Thyssen verkauft werden, der damit das Monopol über dt. Walzstahl gehabt hätte.
5-6 Türken in der Schicht, die sich an Aktionen grundsätzlich nur beteiligen "wenn alle mitmachen". Und wenn ihr Sprecher seine Zustimmung gibt. Deshalb verhandeln die Genossen auch immer gleich mit ihm. Ansonsten ne Gruppe von 5,6 Jüngeren, die schon mal durchsetzen können, daß die Schicht ihren Betriebsteil komplett verlässt, auch wenn es, wenn z.B. sowas wie die AufRuhr-Tage anliegen, z.T. nur darüber funktioniert, daß sie die zentralen Figuren wie den Kranführer abschleppen, womit dann zwangsläufig alles steht. Viele der Jüngeren sind bereit, Aktionen mitzumachen, wenn ... konkrete Vorschläge kommen. Aber eben nur Mitmachen und v.a. abwarten, was der BR macht.

Das war lediglich am Anfang anders, als nach dem von BR und GL Anfang September ausgehandelten "Optimierungskonzept", das einen Stellenabbau auf 4000 bis Ende 88 vorsah (vor einem Jahr arbeiteten noch 6200 in RH), Ende November dann durchsickerte, daß die völlige Schließung bevorstehe. Damals bei den ersten Aktionen wie Krupp-Villa, Aufsichtsratsitzung in Bochum, bei den ersten Streiks haben die Leute in ihrer Empörung autonom gehandelt: Verwüstungen in der Villa und im Vorstandshochhaus, Angriffe auf den Vorstandsvorsitzenden Crommeund den BR-Chef, wilde Streiks, für den Besucher offene Hütte etc.. Damals konnte der BR nur mit Mühe und nach heftigen Auseinandersetzungen durchsetzen, daß die Hochöfen von einer "Notbelegschaft" runtergefahren wurden. Die Leute v.a. am Hochofen waren eher drauf: wenn die Ende 88 eh dicht machen, können wir die Anlage auch gleich verrecken lassen; außerdem ists eh ne beschissene Arbeit. Hochöfen sind mit Schamott ausgemauert; wenn sie erkalten, brechen die Mauern nach innen zusammen, das kostet so ca. 30 Mio.; und wenn innen drin noch Stahl erkaltet, bleibt nur der Abriß. So kamen auch die ersten Streiks zustande, weil gerade die Hochöfenleute die Arbeit einstellten und damit alles, was hintendrein kommt, automatisch nicht mehr malochen kann.

Seit die erste Welle der Empörung verraucht ist, hat die Gewerkschaft die Situation wieder weitgehend im Griff.Dazu dienten ja auch die Aktionstage im Dezember. Zum einen genießt der BR relativ viel Vertrauen, was wohl viel damit zu tun hat, daß bei den BR-Wahlen im letzten Frühjahr viele Linke bis hin zur MLPD neu in den BR gewählt wurden (der stellvertretende BR-Vorsitzende und von der gesamten Presse Dauerinterviewte Steegmann ist n alter Betriebslinker, hat überdies nen IGM-Autonomen zur Seite, der sich mit Lederjacke, schwarzer Katze und Wildcat unterm Arm präsentiert), und die Linie des BR ist eben "Rheinhausen muß leben" (die offiziellen Transparente/Plakate könnten mit nem anderen Text genausogut dem Protest gegen das Rheinsterben dienen). Schließlich übt die Betriebsleitung gelinden Druck über die Erpressung aus, wer zu der angeblichen "Hälfte" (2150) gehört, die mit der Verlagerung von Betriebsteilen nach Huckingen übersiedeln soll.
Wobei wohl ganz entscheidend hinzukommt, daß sämtliche linken Gruppen -von der FAU bis hin zur MLPD- keinen anderen Vorschlag anzubieten haben als den, der IGM Druck zu machen (mal abgesehen von der ollen staatskapitalistischen Vergesellschaftungskamelle, die zu Recht keinen Proleten mehr hinterm Ofen vorlockt). Und genau das läuft ja über das Medium BR, für dessen Neuzusammensetzung die Rheinhausener noch "rechtzeitig" gesorgt haben.

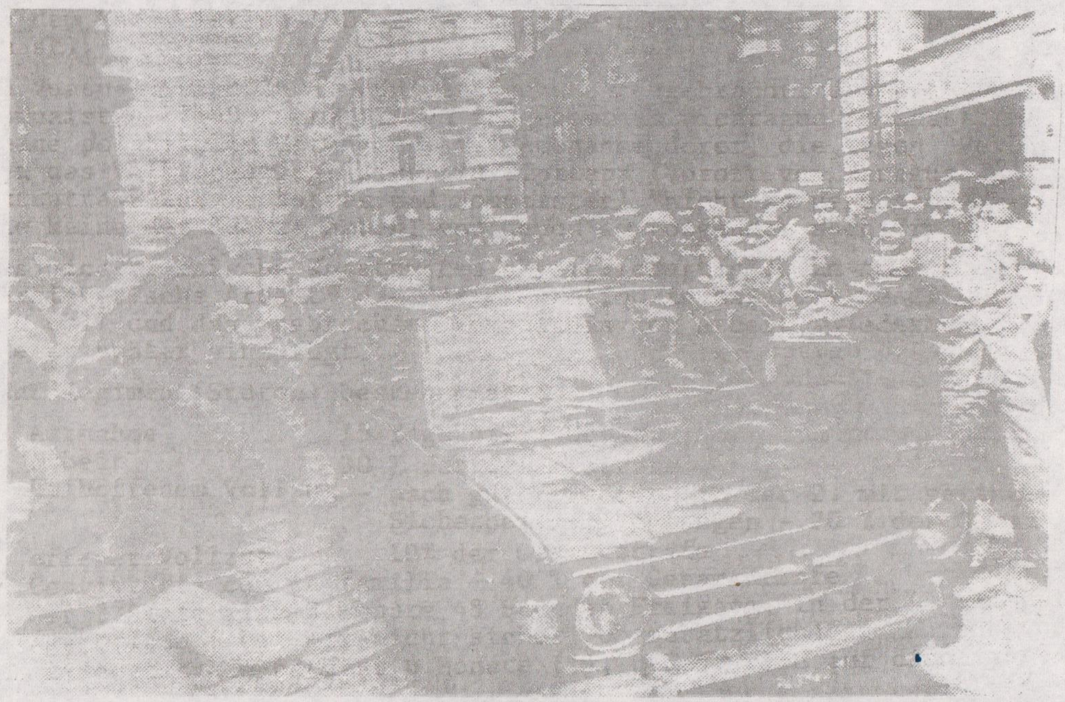
Und als letzter Punkt wäre noch zu erwähnen, daß, solange in Huckingen mit den für die Stillegung von RH erforderlichen Umbauarbeiten nocht nicht begonnen wird, die "Zeitfrage" noch nicht allzu brenzlig ist.

So die Situation, als wir zur Bürgerversammlung gingen. BV ist ne Versammlung von Malochern und Solidaritätsbewegung aus RH in ner alten Kruppkantine schräg gegenüber Tor 1 (Mahnwache). Zweimal wöchentlich treffen sich hier zwischen 400 und 1000 Leuten.

Auf dem Podium zwei BRs, zwei Pfaffen und eine Frau aus der Frauenini RH. Der ev. Pfaffe und ein BR fungieren als Conferenziers.

Das Programm diesen MO: ein Viertel der BV-Stunde Verlesen von Soliadressen und Empfang von Geldspenden (wobei keiner weiß, was mit der ganzen Knete tun).
das zweite Viertel Ankündigung von kulturellen Veranstaltungen und Technix
ein weiteres Viertel "Diskussion" ums angekündigte BR-Konzept, was -soweit überhaupt- nur die aufm Podium kennen aber noch nicht verraten. Der ungeduldigen Menge, die endlich wissen will was da ausbaldowert wird, wird noch etwas Geduld abgefordert mit dem Motto: was lange währt... Und Beifall wird vom Podium auch schon eingefordert für den BR, der in 6 Wochen die Arbeit eines Jahres des Aufsichtsrats mache und sie besser mache, was im Saal aus besagten Gründen keiner beurteilen kann.

Zu diesem Punkt gibt es drei Redebeiträge, einer, der beim Konzept mitmacht, zwei kritische Stimmen.
Statt von Fusion mit Huckingen, gegen die sich der BR auch von daher querlegte, weil eine neue Gesellschaft, die dabei entstünde, jahrelang an keine Sozialpläne gebunden wäre, ist nun von Kooperation die Rede. Darauf beziehen sich denn auch die beiden kritischen Beiträge (einer vom MLPD-Betriebsrat).

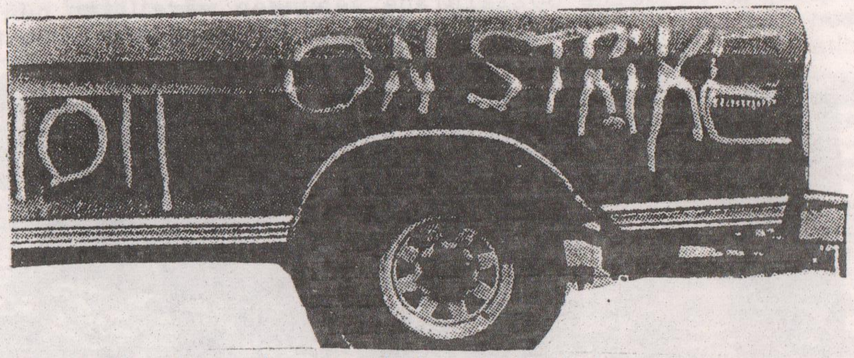


Die werden vom Podium mit dem Argument, man höre nicht auf anonyme (!) Miesmacher abgebügelt, stattdessen wird darauf eingeschworen, daß nach der Veröffentlichung des Konzepts die politische Aktion angesagt ist, um diese "zweitprofitabelste aller Lösungen" gegen die GL durchzusetzen. Denn bis zur entgültigen Entscheidung des Aufsichtsrats am 2.5. bliebe nur noch kurze Zeit.

Das letzte Viertel der BV-Stunde beschäftigt sich mit einer von Steegmann und Laakmann beabsichtigten Gründung eines Vereins "Arbeiten und Leben in Rheinhausen". Laakmann, ein auf Seiten der Belegschaft stehender Betriebsleiter und von daher offensichtlich beliebt, erzählt nix genaues: Der Verein solle die kulturellen Aktivitäten der BV verlängern und zu dem Zweck evtl. die Kantine übernehmen, ferner solls um Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten von Jugendlichen gehen, gedacht wird an Dinge wie Denkmalspflege. Das ganze riecht nach einer privaten Beschäftigungs G.m.b.H. Anschließend kündigt ein weiterer Redner aus dem Duisburger Süden noch das gleiche Modell für seinen Stadtteil an.

Erfreulich an diesem Spektakel war, daß die Conferenciers ihr Theater nicht verkaufen können wie sie wollen: über ihre dauernden Scherzchen lachte niemand, eine Distanz war offenkundig.

Zum Schluß noch ein paar wichtige Anmerkungen am Rande:
- für die Genossen war an dem Streik das wichtigste, daß sie darü-



ber die ersten Kontakte in andere Werksbereiche bekommen haben
- über die flying pickets kamen auch sporadisch Kontakte in andere Betriebe zustande, die aber bisher nicht weiterverfolgt wurden
- Heute morgen (24.3.) wurde von 6.00 bis 8.00 in einer außerordentlichen Betriebsversammlung das Konzept des BR der Belegschaft vorgestellt. Das Kooperations- oder besser Rationalisierungskonzept läuft auf eine Reduzierung der RH-Belegschaft auf ca. 3150 hinaus. Dies über eine Kappung von Werksverwaltung und -erhaltung. Was heißen dürfte, daß die Produktionsbereiche weitgehend unangetastet bleiben. Genaueres muß erst abgewartet werden. Wie mir ein Genosse am Telefon erzählte, sind auf dieser BV einige"Hardliner" umgefallen, von wegem "kleinerem Übel" und so. Diejenigen , die gegen dieses Konzept opponierten(FAU.MLPD), hatten wohl nix zu melden, was heißen soll: die Mehrheit steht ganz offenkundig hinter diesem Konzept.

Der Knast liegt ca. 6-7km außerhalb von Matagalpa, wurde 1985 eröffnet und ist noch nicht fertiggestellt. Vorher war der Knast in der Stadt selbst.
Bisher besteht der Knast aus einem Verwaltungsgebäude, das baulich getrennt ist von dem Männer- und dem Frauenflügel, die man durch ein zweit und drittes Portal (mit Kontrollfunktion, von der wir als Besucherinnen nichts zu spüren bekamen, wenn ich davon absehe, daß ein individuelles Zurückgehen nicht möglich war) erreicht. Diese beiden Flügel sind räumlich weit voneinander getrennt und voneinander nochmal durch eine Mauer abgegrenzt. Alle Gebäude sind einstöckig, wobei die Knastgebäude selbst höher sind als der Verwaltungstrakt (in dem auch die Besuchsräume untergebracht sind). Das ganze Gelände ist ziemlich groß, viele freie Flächen die aber sicher nur jetzt noch so sind, weil der Knast ja noch im Bau is (wovon aber nix zu bemerken war). Das Ganze ist umgeben von der unweiger lichen Mauer, die allerdings nicht sehr hoch ist (schätze mal 2,5m) und man relativ weit sehen kann, von den Zellen aus, glaub ich aber nicht. Stacheldraht oder ähnliches ist nicht obendrauf (den brauchen die Nicas auch mehr zum Wäscheaufhängen - anderen gibt es nämlich nicht). Wachtürm hat´s auch, von denen aber nur einzelne besetzt sind. Die Mauer und alle Gebäude sind weiß gekalkt; das ganze Areal liegt in einer Ebene, die kaum bewachsen ist. Von Ferne betrachtet käme frau - als Mitteleuropäerin jedenfalls nicht unbedingt auf die Idee, daß das ein Knast ist. Erst beim Näherkommen und spätestens an den Kontrollposten wirds gespenstig (ob das an dem Wissen darum liegt, wo frau jetzt hingeht oder ob es einfach auch so zu registrieren ist, kann ich nicht beurteilen).
Die folgenden Informationen stammen aus dem Gespräch mit dem Subdirector des Prisións, das den Hauptteil des Knastbesuchs ausmachte (zeitlich gesehen). Der Typ ist so um die 40, war Guerillero in den Bergen bis zwei Jahre nach der Revolution und bei der Befreiung Matagalpas dabei (das belegte er anhand von Fotos). Er war vorher Bullendepartmentchef von Matagalpa, hat jeweils einjährige Kurse in Bulgarien und der SU in Psychologi und Gefangenenbehandlung sowie einen anderen, kürzeren in Cuba über 'Gefängnisleitung'hinter sich. Ansonsten ein ziemlich ekliger Macho - wie di meisten Nica-Männer.
In dem Knast ist das Abfertigen von Besuchergruppen wohl üblich (Modellknast).

In`Vuasuali´sind 700 - 800 Gefangene untergebracht, davon 50% Contras und Somozisten. 7500 Leute sitzen insgesamt in Nicaragua im Knast. Es gibt keine politischen Gefangenen mit Ausnahme derer, die wegen `Verbrechen gegen das Volk´angeklagt sind. In Tipitapa (Vorort von Managua) gibt es ein Extratrakt für (Contras und Somozisten) "nicht zu verbessernde Gefangene die keine der Rechte haben, von denen im folgenden noch die Rede sein wir

Das nicaraguanische Knastsystem untergliedert sich in fünf Stufen, deren "erzieherische Arbeit" die "Reintegration in die neue Gesellschaft" bewirken soll und das "gebrochene Verhältnis zur Arbeit" wiederherstellen soll wie er später hinzufügt.

Fünf`Regimen´(Stufen) bestehen aus:

1. Aufnahme	15 Tage bis 1 Monat
2. Arbeit	30 % der Gesamtstrafe
3. halboffenem Vollzug	- nach guter Führung in der 2. mit geringeren Sicherheitsvorkehrungen - 20 % der Gesamtstrafe
4. offener Vollzug	10% der Gesamtstrafe
5. Convivencia con la familia	- 40 % der Gesamtstrafe

In der 3.Stufe alle 3 Monate 48 Stunden Freigang, in der 4. alle 6 Monate 8 Tage Urlaub (bin mir nicht sicher, ob zusätzlich)
Die Mindeststrafe beträgt 6 Monate (!), U-Haft wird auf die Strafhaft an-

gerechnet (Gegenteiliges wurde in einem TAZ-Artikel von Anfang Januar behauptet); der Knast ist U-Gefängnis und Strafgefängnis zugleich.
U- und Strafhaft haben die gleichen Bedingungen.
In der Aufnahmephase werden die persönlichen Bedingungen eines jeden Gefangenen festgestellt: schuliche und berufliche Ausbildung, sportliche und musische Fähigkeiten etc., nach denen dann die Einteilung für Arbeit und Freizeit entworfen werden.
Freizeit: Radio, TV, Zeitung, Bibliothek, Musik- und Sportgruppen
Arbeitsbereiche: Schreinerei, Konstruktionsbrigade (Bau), Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerernte, Vieh- und Landwirtschaft

Ausbilder und Lehrer sind selbst Gefangene (Mit den Berufsverboten von hier im Kopf fragte einer, ob ehemals gefangene Lehrer wieder draußen auch als solche arbeiten dürften. Sie dürfen. Bei dem Lehrermangel, aus de heraus schon ältere Schüler als Lehrer fungieren müssen, kein Wunder).
Die Arbeit draußen läuft mit`Unterstützung´durch MIDINRA und andere Ministerien.
Die Gefangenen sind in `contingentes´von jeweils 120 - 180 Personen organisiert, aus denen `Consejos´(Räte) von den Gefangenen gewählt werden.
Die `consejos´untergliedern sich in`comisiones´für Erziehung, notwendige soziale Aufgaben, Hygiene und Kultur). Die ´consejos´sind zudem für Unregelmäßigkeiten innerhalb des Knasts zuständig und sollen die Ansprüche der Gefangenen sichern helfen.
`reeducatores´(Sozialarbeiter) gibt es auch noch, daneben jede Menge weiterer `consejos:

- `Consejo de reeducacion´- Gefangene und Vertreter der Knastleitung
- ´consejo de evaluacion´(Bewertungskommission) - Jefes (Vorsitzende o.ä.) der Contingentes und Knastleitung: regelt die Übergänge in die nächste Stufe und bewertet die Arbeit in den Contingentes
- `consejo de disciplina´- ist für Verstöße innerhalb der Contingentes zuständig und verhängt Diziplinarstrafen: Streichung von Urlaub, von Essenspaketen, Besuchssperre, Suspendierung von Freizeitveranstaltungen oder Arbeit und Disziplinierungszelle (Bunker).

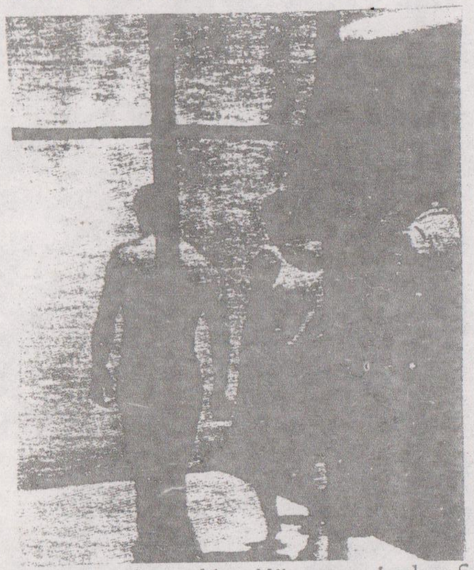
Bunker heißt: Wasser, normales Licht, Fenster, Bad, Luftzufuhr, Klopapier (in Nicaragua ein wahrer Luxus), Seife, Zahnputzzeug, normales Essen und medizinische Versorgung. Keine Bücher! (Begründung dafür: es sei nur für eine kurze Zeit und schließlich soll man im Bunker nachdenken). Täglicher Besuch vom Jefe des Contingent und vom Chef der WAchen.
Der Bunker wird für höchstens 30 Tage verhängt und für weitere 30, wenn "sich keine Besserung einstellt".
Besuch gibt es in der zweiten Stufe 1mal monatlich für 4 Stunden, in der dritten 1mal wöchentlich ebenfalls 4 Stunden. Nach der Festnahme gibt es den ersten Besuch frühestens nach 7 Tagen.
Neben den normalen Besuchsräumen gibt es die `cuartos de conyugo´, die für die intimen Treffen mit dem/r Ehepartnerin (bzw. Freund/in) da sind. In Nicaragua gibt es nicht nur die im Trauschein festgehaltenen Eheschließung sondern auch die Anerkennung der faktischen Bindung durch Zusammenleben z.B.. In diesem Zimmer kann sich aber nicht jeder mit jedem treffen, sondern die besuchende Person muß ihre Beziehung durch ein Dokument nachweisen oder sie wird durch Kontakte - zur Kirche, Stadtteilkomitees etc überprüft.
Wer nicht arbeiten will, bleibt in Stufe 1 (was nach seinen Angaben aber nicht oft vorkommt).
Es gibt keine Zellenarbeit!
In der fünften STufe (convivencia con la familia) wird der Gefangene einmal monatlich von einem Oficial aufgesucht; der befragt z.B- auch CDS (Stadtteilkomitees) und andere Massenorganisationen über das Verhalten des/r Knackis. (Die CDS übernehmen auch in anderer Hinsicht soziale Kontrollfunktionen, so zur Bekämpfung der v.a. in Managua in breitem Ausmaß existierenden Jugendbanden und zur Rekrutierung von Freiwilligen sowie zur Überzeugung von "Wehrunwilligen". Das weiß ich aus der Diskussion mit CDS-Leuten, z.B. in Managua). Der Gefangene wiederum hat sich einmal monatlich im Knast zu melden.

72 Stunden nach der Festnahme muß der Gefangene dem "Vorrichter" vorgeführt werden, der innerhalb 48 Stunden entscheiden muß, ob jemand dem Richter vorgeführt wird.
Nach spätestens 10 Tagen muß ein Haftprüfungstermin stattfinden.

In der Region dauert die U-Haft höchstens 6 Monate, was jedoch nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruht. Eine, die dem entspricht ist in Vorbereitung.
Auf Nachfrage sagt der Typ,daß die Kriminalität aufgrund der ökonomischen Stituation nicht gestiegen sei, nur Mord und Totschlag hätten zugenommen.

Eine oder die - psychologische - Verhaltensregel für das Wachpersonal lautet: "Es ist verboten, Gefangene anzuschreien!" Wo sie das her haben und was passiert, wenn´s trotzdem jemand macht, hat er uns nicht gesagt.

Die Arbeitszeit ist landesüblich, Mo - Fr ganztags, Sa halbtags. Die Bezahlung geht nach SNOTS, der allgemeingültigen Lohnskala, die Mindestlöhne für die verschieden qualifizierten Tätigkeiten festlegt. (Wie das nach der neuen im Zuge der Währungsreform eingeführten differenzierteren Arbeitsplatzbewertung, die besser qualifizierte Arbeit höher entlohnen soll, funktioniert, weiß ich nicht).
70 % des Lohns werden ausgezahlt; 30% werden einbehalten um "Mittel für Freizeitaktivitäten einzukaufen".



Nach der Gefangennahme werden die Männer jedenfalls (bei den Frauen weiß ich es nicht, weil ich es dann hingekriegt habe, draußen zu bleiben) erstmal zum Friseur und zum Arzt geschleppt. Das war ziemlich schrecklich weil es wie im Zoo ist und man/frau mitten durch den Knast läuft. Der Mittelteil besteht eben aus dem "Friseursalon", der einfach mitten im Gang unmittelbar hinter dem Eingang zu dem ganzen Gebäude befindet und der Klinik; von diesem gehen dann die verschiedenen Werkstätten und Zellentrakte ab (links und rechts), die jeweils nochmal Innenhöfe (nicht sehr groß und nicht bewachsen) haben. Die Zellen haben jeweils 50 - 60 (Doppelstock)Betten und sind zeimlich eng. Aus den Zellen kann man zumindest nach der einen Seite auch nur in den Innenhof sehen. Im ganzen Gebäude gibt es verhältnismäßig viel Tageslicht, ist ziemlich hell, heller als in manch´einer Hütte jedenfalls.

Noch eine Anmerkung zu dem GEspräch mit dem Knastleiter: Auf die Frage ob die Gefangenen denn immer aus ihrem Urlaub zurückkommen, stürmte er hinaus und holte einen Gefangenen (weiß nicht, ob der immer bereitsteht) der dann bekunden mußte, daß er auch wieder zurückkehre und daß er halt schon öfters Urlaub gehabt habe...